

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pro Quartal 1,10 M., monatlich 35 Pf., vierteljährlich 1,10 M., halbjährlich 2,10 M., jährlich 4,10 M., vorausbezahlt. Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Einzelnummern in die Post befördert. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 20. August 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Budgetbewilligung.

I.

Die badische und die bairische Landtagsfraktion haben den Regierungen das Budget bewilligt. Auf die Angriffe wegen dieser Abstimmlung antworten sie mit der Behauptung, es handele sich dabei doch nur um eine taktische Frage, um eine Frage der Opportunität, über die man sich nicht im mindesten aufzuregen brauche. Denn wenn man eine Frage so oder auch so entscheiden könne, sei doch wahrhaftig zu leidenschaftlicher Erregung nicht der mindeste Anlaß gegeben.

Wir bestreiten, daß für die Partei die Frage der Budgetbewilligung eine rein taktische, eine bloße Zweckmäßigkeitsfrage ist. Wie der „Vorwärts“ bereits vor ungefähr einem Jahre aus Anlaß der Bewilligung des Budgets durch die württembergische Fraktion darlegte, traten sowohl der Frankfurter als auch der Lübecker Parteitag dieser Auffassung in der schärfsten Weise entgegen. Denn bereits der Frankfurter Parteitag lehnte im Jahre 1894 mit 142 gegen 93 Stimmen eine Resolution ab, durch die die Gesamtabstimmung über die Finanzgesetze der Einzelstaaten für eine „reine Zweckmäßigkeitsfrage“ erklärt werden sollte, „die nach den örtlich und zeitlich gegebenen Umständen zu beurteilen“ sei. Und die in Lübeck mit starker Mehrheit angenommene Resolution besagt ausdrücklich, daß die Partei das Gesamtbudget normaler Weise abzulehnen habe, um sich nicht „in Widerspruch mit dem Parteiprogramm und den Grundsätzen des proletarischen Klassenkampfes“ zu setzen. Wie Vebel bereits 1894 eindringlich nachgewiesen hatte, daß es sich bei der Budgetabstimmung nicht etwa um eine taktische Frage, sondern um eine prinzipielle Frage handele, so legte auch in Lübeck neben anderen Rednern der Genosse Wurm in seinem Bericht über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsfraktion dar, daß die Fraktion gegen das Budget gestimmt habe, nicht nur, weil die Reicheinnahmen hauptsächlich auf den indirekten Steuern beruhen, und nicht nur, weil die Sozialdemokratie dem kulturfeindlichen Militarismus jeden Groschen verweigere, sondern auch, weil durch die Ablehnung des Budgets der grundsätzliche Gegensatz zum Ausdruck komme. Man sieht also, daß die Mehrheit der Partei, wie es noch der Lübecker Beschluß vom Jahre 1901 ausdrücklich in seiner Resolution aussprach, die Frage der Etatbewilligung für eine „grundsätzliche Frage des proletarischen Klassenkampfes“ erklärte. Deshalb war eine scharfe Kritik an dem Verhalten der beiden süddeutschen Landtagsfraktionen, die vor wenigen Tagen für das Budget gestimmt haben, durchaus geboten!

Singu kommt, daß diese Abstimmungen nicht zufälligen Irrtümern zuzuschreiben sind, sondern einem bewußten Streben entspringen, sich über die Verpflichtungen hinwegzusetzen, die die Parteitage der Partei auferlegen. Es steht außer Frage, daß auf Konferenzen dies Vorgehen der süddeutschen Fraktionen vorbereitet ist. Und wenn es selbstverständlich auch das unbefristete Recht jedes Parteigenossen und jeder Parteiförperschaft ist, eine Befreiung von Beschlüssen anzustreben, die man für unrichtig hält, so sollte man diese Fragen doch im Rahmen der gegebenen Organisationen und in aller Öffentlichkeit behandeln, nicht aber in Fraktions-sitzungen, die gewissermaßen hinter verschlossenen Türen stattfinden. Das letztere ist aber geschehen: Man suchte sich in internen Sitzungen darüber zu verständigen, ob man die Lübecker Resolution derart auslegen könne, daß sie kein Hindernis mehr für die Absichten der süddeutschen Abgeordneten bilde! Nachdem man durch derartige Aussprüche für gegenseitige Deckung gesorgt, ging man alsbald zur Tat über!

Das ist ein so undemokratisches, der Parteidisziplin spottendes Verfahren, daß es schärfste Rüge verdient und gleichzeitig die Budgetabstimmung selbst als etwas viel Schlimmeres erscheinen lassen muß, als die württembergische Abstimmung im vorigen Jahre, die zwar entschieden kritisiert werden mußte — und an sachlich schärfster Kritik hat es damals der „Vorwärts“ wahrhaftig nicht fehlen lassen — aber nicht den geharnischten Protest gegen ein System des Partikularismus und der Auflehnung gegen die Beschlässe und prinzipiellen Richtlinien der Gesamtpartei notwendig machte, der diesmal eingelegt wurde.

Die süddeutschen Genossen haben allerdings bestritten, daß in der Sache ein System liegt, daß es der Ausflucht revisionistischer Tendenzen, nämlich des Bestrebens sei, an Stelle des rücksichtslosen und unversöhnlichen, den Klassenstaat schlechtweg negierenden Klassenkampfes die Taktik jener parlamentarischen do ut des - Politik zu setzen, die im Wesen des bürgerlichen Parlamentarismus liegt. Sie behaupten vielmehr, daß sie ganz ehrlich davon überzeugt gewesen seien, daß wirklich jene „ausnahmsweise“ „zwingenden“, in „besonderen Verhältnissen“ liegenden Gründe vorgelegen hätten, die der Lübecker Beschluß im Auge hatte. Leider aber sind uns die süddeutschen Parlamentarier und Parteiblätter bisher jeden Nachweis darüber schuldig geblieben, worin denn die angeblich zwingenden Gründe bestehen! Daß dieser Nachweis bislang nicht geführt wurde,

ist selbstverständlich; er läßt sich überhaupt nicht führen. Denn wie motivierte die badische Fraktion ihre Abstimmung? Damit, daß sie erklärte, sie halte sich für verpflichtet, nachdem die sozialdemokratische Fraktion am Zustandekommen der Beamtengesetze nach besten Kräften mitgearbeitet habe, auch mitzuwirken bei der Beschaffung derjenigen Mittel, die zur Ausführung dieser Gesetze notwendig seien. Also nicht, weil es sich um die Wahl des kleineren Übels handelte, nicht, weil ein günstiger Etat gescheitert wäre, nicht, weil die Beamten im Falle der Budgetverweigerung der Gehaltserhöhung verlustig gegangen wären, also nicht aus irgend welchen zwingenden Gründen stimmte man für das Budget, sondern weil sich die badischen Genossen verpflichtet glaubten, auch für die Aufbringung der Mittel sorgen zu müssen! Und das, trotzdem die Ausföhrung der Mittel in einer Weise erfolgte, die bei der Beratung der betreffenden Steuergesetze den schärfsten Widerspruch der Fraktion gefunden hatte!

Und weshalb stimmte man in Bayern für das Budget? Weil eine Reihe von Kulturaufgaben in Angriff genommen war, weil die politische Gleichberechtigung nicht so arg wie in Preußen mit Füßen getreten wurde, weil sich ein Anfaß zur Besserung zeigte, die man durch Anerkennung des guten Willens der Regierung fördern, ja auch auf andere Bundesstaaten übertragen zu können glaubte. Das ist ganz genau dieselbe Politik, die den Freisinn zur Blockpolitik veranlaßt hat! Auch der Freisinn hat ja, wie die Mugdan und Wiemer so schön sagen, mit der „starrten Prinzipienreiterei“ gebrochen, die „rein negierende Haltung“ aufgegeben, um schon für kleine Zugeständnisse an den Liberalismus der Regierung Gegenstände zu leisten! Und nachdem wir anderthalb Jahre lang den Freisinn wegen dieses korrupten Systems, das der Regierung liberale Zugeständnisse abringen zu können meint, bis aufs Blut verhöhnt und gegeißelt haben, unternehmen die Parteigenossen in Bayern und Baden den Versuch, die Regierung genau nach demselben politischen Rezept durch Zugeständnisse zu Konzessionen zu verlocken! An die Stelle des Kampfes, an die Stelle des Drucks, der durch die Aufzettelung und Organisierung der Massen ausgeübt wird, mit einem Wort: an Stelle des proletarischen Klassenkampfes will man jetzt das bürgerliche, blockliberale System des Parlamentarismus, des Abschadens und Abschmeichels von Zugeständnissen sehen!

Und die Parteipresse, die die liberalen Blockdiplomaten so schonungslos kritisiert hat, sollte dem — wenn auch noch halb unbewußten — Versuch von Partei-Parlamentariern, die schlechtesten Seiten des bürgerlichen Parlamentarismus auch in die Partei einzuschmuggeln, nicht mit äußerster Schärfe entgegenzutreten?!

Selbst vom praktischen Standpunkte aus liegt nicht die mindeste Ursache vor, die die süddeutsche Fraktion zur Budgetbewilligung veranlassen konnte! Dagegen die wichtigsten Gründe, das Budget abzulehnen! Wie sieht denn das bayerische Budget aus? Im bayerischen Finanzgesetz sind Militärausgaben nicht enthalten. Dagegen finden sich darin folgende Ausgaben:

Billiste des Königs	4 231 044 M.
Kosten der Reichsverwesung	412 857 „
Apanagen an Mitglieder des königlichen Hauses	728 574 „
insgesamt für den Hof	5 402 475 M.
An Kultusaufgaben enthält das Finanzgesetz	
für den katholischen Kultus	5 270 055 M.
„ protestantischen Kultus	2 758 083 „
„ israelitischen Kultus	14 000 „
für sonstige kirchliche Zwecke	1 082 754 „
zusammen für Zwecke der Kirche	9 719 872 M.

Wir fordern die Trennung der Kirche vom Staat, deshalb müßte ein Budget für eine sozialdemokratische Fraktion schon allein deshalb nicht annehmbar sein, weil in ihm Gelder der Allgemeinheit zu kirchlichen Zwecken Verwendung finden!

Aber weiter: Bayern zieht seine Einnahmen zum geringsten Teile aus direkten Steuern, die nur 41 000 000 Mark bringen. Die Erbschaftsteuer bringt ganze 3 000 000 Mark! Die Gebühren und Stempelabgaben ergeben 25 231 000 Mark Einnahmen. Zölle und indirekte Steuern — nur für Rechnung Bayerns — liefern 48 668 000 Mark, davon entfallen allein auf den Malzausschlag 41 405 000 Mark. Die Eisenbahnen sind mit einem Ueberschuß von 56 307 387 Mark, die Post mit 8 645 420 Mark, die Forsten mit 24 368 093 Mark eingesetzt. Die Ueberweisungen aus der Reichskasse beziffern sich auf 20 746 850 Mark.

Wie man sieht, zieht Bayern seine Mittel überwiegend aus indirekten Quellen! Auch die Ueberflüsse bei Post und Eisenbahn sind doch zweifellos eine Folge der zu hohen Tarife und der schlechten Bezahlung der Angestellten. Genosse Segitz glaube die Besserstellung der Angestellten betonen zu müssen. Beweis ist auf diesem Gebiet manches erreicht worden, und es steht fest, daß noch weit mehr erreicht worden wäre, wenn es nach den Wünschen der Sozialdemokraten gegangen wäre, denn auch das Erreichte ist absolut unzulänglich. Nur einige Beispiele aus den Besoldungskategorien: Bei der Eisenbahn beziehen an Gehalt: Bahnwärter 780—1080 M., Lokomotivführer, Schaffner, Wagenmeister usw. 1290—1710 M., Zug-

führer 1500—2400 M. Die Postverwaltung zahlt den Briefträgergehilfen 960—1200 M., Postboten 780—1080 M., Briefträgern 1230—1710 M., Postadjunkten 1140—1680 M., Postexpeditoren 2. Klasse 1380—1740 M. Bei der Forstverwaltung beziehen Forstgehilfen 1080—1260 M., Forstaufseher 840—900 M., Waldarbeiter, für die der Mindestlohn nicht angegeben ist, im Durchschnitt 740 M. pro Jahr.

Wenn auch in Preußen die Löhne noch niedriger sind, so kann das doch wirklich noch kein „zwingender“ Grund für Sozialdemokraten sein, nun in Bayern das Budget zu bewilligen! Unsere süddeutschen Genossen würden also besser tun, anstatt den Norddeutschen stets Unkenntnis ihrer Verhältnisse vorzuwerfen, einmal klipp und klar die Gründe anzugeben, die sie als zwingend im Sinne des Lübecker Beschlusses angesehen haben!

Vom Katholikentag.

Düsseldorf, 18. August. (Fig. Ver.)

Von den zahlreichen Veranstaltungen, die mit den Katholikentagen zugleich stattfinden, ist ohne Zweifel die Generalversammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland die wichtigste. Sie wurde heute morgen durch den Vorsitzenden Fabrikbesitzer Brandts (M.-Gladbach) eröffnet. Nach dem vom Generaldirektor Dr. Pieper erstatteten Jahresbericht zählte der Volksverein Ende Juni dieses Jahres 61 800 Mitglieder, gegen 565 700 im Vorjahre, was einen Mitgliederzuwachs von 45 000 ausmacht. An der Zentralfstelle sind gegenwärtig 16 akademisch gebildete, literarisch tätige Beamte, teils Geistliche, teils Laien angestellt; 50 weitere Angestellte sind mit der Buch- und Kassensührung, der Korrespondenz, den Arbeiten in der Expedition und der Buchhandlung beauftragt. An Druckschriften wurden im Berichtsjahre 15 633 073 verbreitet, 3000 Volksversammlungen fanden statt, zum Teil auch unter Herausziehung der Frauen und der erwachsenen Jugend. Der gewinnvolle volkswirtschaftliche Kursus, an dem 50 Arbeiter teilnahmen, wurde im Juni und Juli an der Zentralfstelle abgehalten, an dem Ferienkurs im Herbst beteiligten sich 300 Männer und Frauen; im Winter fand ein 14tägiger Kursus für selbständige Handwerker statt. Wie der Bericht hervorhebt, fehlte der Volksverein mit besonderem Nachdruck ein zur Förderung der Jugendfürsorge, in der Ueberzeugung, daß die soziale und religiös-sittliche Arbeit an den Vätern und Müttern vielfach vergeblich bleiben muß, wenn nicht schon die männliche und weibliche Jugend für ihre späteren Aufgaben durch Belehrung und Schulung vorbereitet ist.

Nach den Ausführungen des Direktors Dr. Brauns, der über das Wesen und die Aufgaben des Volksvereins redet, hat der Volksverein alle die großen Probleme, die in den letzten Jahrzehnten die Gemüter bewegt haben, in den Bereich seiner Tätigkeit gezogen: das Gewerkschaftswesen, die Handelspolitik, das Genossenschaftswesen, Steuerprobleme usw. „Mit welchem Eifer — so führte der Redner aus — sind die Getreuen des Volksvereins aus allen Ständen, nicht zuletzt gerade aus dem Arbeiterstande, in der letzten Zeit öffentlich für ihre Ideale aufgetreten. Hat nicht die jüngst verlossene Landtagswahl in Preußen einen ekklatanten Beweis dafür geliefert?“ — Der Volksverein hat sich mit der Zeit zur wertvollsten Stütze der Zentrumspolitik herausgebildet, ohne die Tätigkeit des Volksvereins auf politischem und sozialem Gebiete würde ohne Zweifel das Zentrum die Reichstags- und Landtagswahlen nicht so erfolgreich bestanden und die Massen nicht so zahlreich unter seiner Fahne gehalten haben. Die Lobreden, die die Herren Gröber und Trimborn dem Volksverein hielten, kamen aus dankbaren Herzen und ihre Mahnungen an das katholische Volk, dem Volksverein zahlreich beizutreten und nicht nur Beitrag zahlen, sondern auch Mitarbeiter zu werden, entsprangen dem Bewußtsein, daß die Macht und die Zukunft des Zentrums in der Stärke und dem Wachstum des Volksvereins beruht.

Die zweite geschlossene Generalversammlung beschäftigte sich mit einer Reihe von Anträgen des Ausschusses für kirchliche Fragen: Bonifaziusverein (Seelsorge in der Diaspora), Rafaeleverein (Fürsorge für katholische Auswanderer), Missionswesen usw. Im allgemeinen gehen die Verhandlungen über die Anträge recht gemächlich und trocken von statten; nur als Mathias Erzberger, um einige heiläufige Worte zur Empfehlung der Herausgabe eines kirchlichen Handbuchs zu sprechen, die Tribüne bestieg, geht langanhaltender und starker Beifall durch den Saal — er galt dem oppositionellen Zentrumspolitiker und Kritiker des Kolonialwesens, das durch die Missionen mit der Debatte in Zusammenhang steht.

Die Anträge des Ausschusses für christliche Bildung, die sodann zur Verhandlung gelangen, sind sehr zahlreich. Ein Antrag aus katholischen Lehrkreisen spricht sich aus für die Errichtung und Förderung konfessioneller Schulen und Erziehungsanstalten und für die Vorbildung der Lehrer in Seminarien, die in katholischen Geiste geleitet sind. Ein anderer Antrag, der der Bekämpfung der öffentlichen Unsitlichkeit gewidmet ist, wendet sich gegen die Ausstellung und den Vertrieb unsittlicher Bilder und Druckschriften, gegen die überhandnehmenden skandalösen Bühnenaufführungen und kinematographischen Darstellungen; der Antrag empfiehlt den Beitritt zum Verband der Männervereine zur Bekämpfung der öffentlichen Unsitlichkeit. Ein Antrag, der angesichts der unsere

Genossen gegenwärtig bewegenden Debatten über die Organisation der Jugendlichen von Bedeutung ist, betrifft die Fürsorge für die schulentlassene Jugend. Der von hervorragenden Führern der katholischen Jugendbewegung gestellte und von der Versammlung einstimmig angenommene Antrag zeigt den Eifer und die weiten Pläne, womit die Ultramontanen an den Jugendfang heranzugehen gedenken. Der Beschluß hat folgenden Wortlaut:

Die 55. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands betont von neuem die dringende Notwendigkeit einer planmäßigen Fürsorge für die schulentlassene Jugend in Stadt und Land, wodurch die mit deren Austritt aus der Volksschule vorzeitig abbrechende religiös-sittliche Anleitung und Festigung, sowie die sonstige Bildungs- und Erziehungsarbeit fortgesetzt, vertieft und ergänzt wird.

1. Sie wünscht zu dem Zwecke die allgemeine Einführung eines den jeweiligen Verhältnissen angepaßten Fortbildungsinstitutes, muß jedoch bei demselben unbedingt den obligatorischen Religionsunterricht verlangen.

2. Außerdem sind aber noch weitere Einrichtungen für die schulentlassene, besonders für die männliche Jugend dringend vorzuziehen, welche sich die religiös-sittliche Belehrung und Charaktererziehung, die allgemeine Bildung sowie die soziale Schulung und Fürsorge zur Aufgabe setzen und auch den jungen Leuten angemessene Gelegenheiten und Anleitung geben zur Ausfüllung ihrer arbeitsfreien Zeit, verbunden mit körperlicher Kräftigung und gesitteter Erholung.

3. Diese Bestrebungen immer mehr in ihre Tätigkeit aufnehmen und den Verhältnissen entsprechend durchzuführen, sind zunächst die seit Jahren bestehenden, von Kirche und Staat empfohlenen katholischen Jugendvereine (Jünglings-, Lehrlings-, Gefellen-, Pürschen-, Diensthöfen-, Ladnerinnen-, Jungfrauenvereine, Kongregationen und Sodalkäten).

4. Die 55. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands empfiehlt deshalb auf das nachdrücklichste die Gründung solcher Vereinigungen und deren Ausgestaltung in genannter Hinsicht. Sie spricht die Erwartung aus, daß die Eltern ihre schulentlassenen Söhne und Töchter diesen Vereinigungen zuführen und zu reger Teilnahme an den Veranstaltungen und Einrichtungen anhalten.

Wenn es erwartet sie von allen Freunden der Jugend eine tatkräftige Unterstützung und Förderung dieser Vereine, besonders durch Mitarbeit und Beschaffung der nötigen Geldmittel, Einrichtung von Jugendheimen, Erholungsplätzen und Versammlungsräumen.

5. Damit diese Arbeit für die schulentlassene Jugend eine möglichst planmäßige sei, empfiehlt die 55. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands die Gründung besonderer Organisationen, wie sie schon mancherorts als Schulpfandvereine, Jugendkomitees, Jugendfürsorgevereine, Vereine katholischer Jugendfreunde u. a. recht segensreich wirken.

6. Um diese, wie auch noch manche andere nicht hinreichend geklärten Fragen der Jugendfürsorge und des Jugendschutzes einer systematischen und möglichst einheitlichen Durchführung entgegenzubringen, empfiehlt die 55. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands gemeinsame Beratungen aller die Jugendfürsorge pflegender Organisationen; sie erhofft von denselben für eine der nächsten Generalversammlungen die Vorlage eines als Richtschnur geeigneter vollständigen Programmes.

Von den Darbietungen der heutigen öffentlichen Generalversammlung verdient die Rede des Direktors Dr. Brauns vom katholischen Volksverein erwähnt zu werden. Der Redner, der über die Selbsthilfe der Katholiken in wirtschaftlichen Leben sprach, begann seine priesterliche Tätigkeit im Gebiet des rheinisch-westfälischen Bergbaues; er ist an der Schaffung des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergleute und an der weiteren Förderung der Heilighaus-Gewerkschaftsbewegung hervorragend beteiligt. Er ist der Typ der Männer vom Volksverein, die sozialpolitisch gebildete Geistliche, der ultramontanen Parteigänger mit der Einsicht, daß die neue Zeit neue Mittel erfordert, daß der Arbeiter der Begünstigung am Almosen und an den Freuden des Jenseits entwachen ist, daß er sich seiner wirtschaftlichen Bedeutung bewußt zu werden beginnt und nach größerem Anteil an der Kultur und der politischen Verwaltung begehrt. Deshalb heißt es, dem drängenden Proletariat soviel bewilligen, als der Ultramontanismus eben bewilligen kann, ohne sein Wesen als Glied und Stütze des bestehenden Systems aufzugeben. Das ist gewiß nicht viel, aber es ist in den Augen zahlreicher Katholiken doch viel zu viel, und es sieht fest, daß die Arbeiterpolitik der Herren an der Zentralkasse des Volksvereins in München-Grubbad in ultramontanen Kreisen manchem Unbehagen begegnet. Brauns rühmt in seiner Rede dem Katholizismus in Vergangenheit und Gegenwart große Verdienste für die Allgemeinheit wie für die einzelnen Stände nach und er verspricht sich noch größere Verdienste, die er sich für die Zukunft zu erwerben habe. Man kann Leuten seiner Art ruhig das Zeugnis ausstellen, daß sie berufen sind, das Ende einer niedergelassenen Gesellschaftsordnung und einer absterbenden Weltanschauung, wenn auch nicht auf ewig abzuwehren, so doch um einiges zu verlangsamen. Eine langweilige Rede des Fabrikanten Wiese (Werden) über August Reichensperger, die allgemeiner Gleichgültigkeit begegnete, sei mit Stillschweigen übergegangen. Die sehr lange, mehr schwung- als inhaltvolle Rede des Professor Meyers (Luzernburg) über die Stellung des Katholiken zur modernen Kunst und Wissenschaft hielt sich in dem gewohnten Gedankenkreis: Der Katholizismus fördert die Kunst, er vertritt auch die Freiheit des künstlerischen Schaffens, nur muß auch „wirkliche Kunst“ dabei herauskommen. Leider verlangt aber auch der Katholizismus, daß die Herren Kleriker und Eröder darüber zu bestimmen haben, was „wirkliche Kunst“ ist.

Die Konferenzen der süddeutschen Landtagsabgeordneten.

Ein süddeutscher Landtagsabgeordneter, der als solcher an den Konferenzen teilnahm, schreibt uns in Erwiderung auf die Darstellung eines bayerischen Abgeordneten in der „Münchener Post“:

Die Schilderung des verehrten Kollegen in der „Münchener Post“ ist zum mindesten sehr ungenau, weshalb es notwendig erscheint, ein paar Worte dazu zu sagen. Voraussetzungen will ich, daß ich unbedingt Anhänger solcher Konferenzen bin; sie könnten viel Gutes wirken, wenn sie ausschließlich dazu dienen, gemeinsame Abkommen im Sinne unserer programmatischen Forderungen und zur Abwehr reaktionärer Maßnahmen der verbündeten Regierungen zu unternehmen. Man denke nur an die Finanzreform, an die Eisenbahntarifreform, die Schiffsabgaben usw. usw. Selbstverständlich ist auch schon der Austausch gemeinsamer Erfahrungen ein Gewinn. Aber die bisherigen süddeutschen Konferenzen haben — man möchte sagen vorwiegend! — tatsächlichen Erörterungen gedient und trugen immer, zwar

unausgesprochen aber deutlich fühlbar, einen gewissen freudigeren Charakter gegen die Parteibeschlüsse!

Und es sind dabei auch Beschlüsse gefaßt worden! Der bayerische Kollege hat ein sehr kurzes Gedächtnis, wenn er sagt, jede Abstimmung sei grundsätzlich ausgeschlossen, oder er sucht sich mit diesem Satz, der die äußere Form so stark betont, ein nicht ganz ehrliches Hinterbüchlein zu schaffen.

Wie war es zum Beispiel auf jener Konferenz, die am 10. November 1901 in Stuttgart tagte? Der Rainzger Parteitag hatte ein Jahr vorher verkehrspolitische Leitfäden aufgestellt, die schon in Mainz auf Widerspruch aus süddeutschen Abgeordnetenkreisen stießen. Besonders bekämpften die Genossen Vollmar und David — allerdings vergeblich — den Passus, der die Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich forderte. Der Stuttgarter Abgeordnetentag legte nun Vollmar Leitfäden über Verkehrspolitik vor, welche gerade in dieser Richtung in scharfem Gegensatz zu den Rainzger Beschlüssen standen. Die Vollmarschen Leitfäden wurden mit großer Mehrheit angenommen und dann veröffentlicht. Es knüpfte sich in der Parteipresse eine ziemlich lebhafte Diskussion an diese Beschlüsse der Abgeordnetenkongferenz, die in einer Beziehung manche Ähnlichkeit mit der gegenwärtigen Diskussion hat; die Berechtigung der Konferenz und vor allem ihr nicht-öffentlicher Charakter wurden scharf getadelt. Genosse Parvus nannte den Weg, auf dem die von den Abgeordneten beschlossenen Leitfäden zustande gekommen seien, einen disziplinwidrigen, durch kein Organisationsstatut gedeckten. Und Genosse Keil-Stuttgart, welcher in der „Neuen Zeit“ Stellung gegen die Leitfäden nahm („Neue Zeit“, 20. Jahrgang 1. Band Seiten 271 ff.), verlangte wenigstens eine bessere Berichterstattung. Er erzählt in seinem Artikel zur Begründung seines Verlangens:

In Würzburg fand vor zwei Jahren (1899) die erste Konferenz dieser Art statt, über deren Inhalt ein kurzer referenzartiger Bericht in der Presse erschien, der aber, wie man neuerdings aus einer Erklärung des Genossen Fendrich in Karlsruhe entnehmen konnte, den wichtigsten Beratungsgegenstand, nämlich die Vereinbarung über die Budgetbewilligung, verschwiegen.

Genau wie in Stuttgart 1901! Hier wurde überhaupt nicht berichtet, auch das kümmerliche Surrogat eines offiziellen Berichts wurde den weiteren Kreisen der Parteigenossen vorenthalten, obwohl die Frage der Budgetbewilligung sehr eingehend erörtert wurde!

So nicht also solche Konferenzen sein können: so wie sie sich gestaltet haben, sind sie keineswegs so harmlos, als der Münchener Kollege sie hinzustellen beliebt, und es wird gut sein, wenn die Parteigenossen ein wenig schärfer als bisher darauf achten!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. August 1903.

Die Frage der Wehrsteuer.

Der freisinnige Abgeordnete Doormann stellt allerhand Betrachtungen über die Wehrsteuer an. In einem Leitartikel weist er nach, daß für die Wehrsteuer doch nur die circa 200 000 Personen in Frage kommen könnten, die dem Landsturm oder der Ersatzreserve überwiesen würden, nicht aber diejenigen, die wegen erheblicher Beeinträchtigung ihrer Kräfte zur Erfüllung des Wehrdienstes untauglich seien. Zu einer wirklichen Ablehnung der Wehrsteuer, deren finanzielles Resultat sich höchstens auf einige Millionen belaufen würde, etwa den hundertsten Teil der neuen Steuern, die die Reichsfinanzreform schaffen soll, kommt aber Herr Doormann nicht. Er macht im Gegenteil allerlei Verbindungen vor der unbestrittenen Popularität dieser Steuer. Aber selbst, wenn Herr Doormann und der Freisinn die Wehrsteuer strikte ablehnen würden, hätte er noch immer nicht der Pflicht genügt, zu den Steuerproblemen der Reichsfinanzreform überhaupt ernstlich und unparteiisch Stellung zu nehmen. Denn mit der kindlichen Ausrede, daß die Regierung erst die Notwendigkeit neuer Steuern nachweisen müsse, kommt der Freisinn doch wirklich nicht weit. Damit, daß der Freisinn die eine oder andere Steuer kritisiert, drückt er sich nur vor der ernstlichen Stellungnahme. Seine Aufgabe wäre es vielmehr, selbständige Vorschläge zu machen, wie die 400 oder 500 Millionen Reich neuer Steuern am besten aufgebracht werden können. So lange das der Freisinn nicht tut, macht er sich zum Mitschuldigen derjenigen, die durch die Empfehlung indirekter Steuern dem Volke eine ungeheure Mehrbelastung aufzuerlegen versuchen.

Die „loyale“ Ausführung des Reichsvereinsgesetzes.

Der Sozialdemokratische Wahlverein zu Magdeburg wollte am Mittwochabend eine außerordentliche Generalversammlung abhalten, zu der die Teilnehmer nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches zugelassen wurden. Raun hatte der Vorsitzende die Versammlung eröffnet und der verstorbenen Genossen Ehrhart und Görlich gedacht, da betrat ein Polizeikommissar mit einem Schutzmann den Saal und erklärte, daß er zur Ueberwachung der Versammlung erschienen sei. Der Aufforderung, die Versammlung zu verlassen, gaben die Beamten keine Folge. Die Versammlung wurde daraufhin vertagt, und es begab sich sofort eine Deputation zum Polizeipräsidenten, um diesen zu ersuchen, die ungesetzliche Ueberwachung zurückzuziehen. Der Herr Polizeipräsident, dem noch einmal gesagt wurde, daß es sich um eine Mitgliederversammlung handelte, bei der polizeiliche Ueberwachung nicht zulässig sei, erklärte er ganz lakonisch, er wisse, daß es sich um eine Mitgliederversammlung handele. Auf den Hinweis, daß das Schöffengericht in Breslau in demselben Falle entschieden habe, daß polizeiliche Ueberwachung nicht zulässig sei, gab der Herr Graf die Erklärung ab, die Tatsache sei ihm bekannt, trotzdem bleibe es bei seiner Entscheidung. Die Versammlung, der diese Erklärung des Polizeipräsidenten mitgeteilt wurde, nahm sie mit stürmischen Entrüstungsrufen auf. Um der Ueberwachung durch die Polizei zu entgehen, wurde die Versammlung geschlossen, nachdem ein einstimmig beschlossener Antrag war, an den Minister des Innern über das ungesetzliche Vorgehen der Polizei telegraphische Beschwerden abzugeben.

Die Tagesordnung, Stellungnahme zum Parteitag und zum Bezirkstag sowie Wahl der Delegierten, soll in einer später stattfindenden Versammlung erledigt werden. Weitere Schritte gegen das Vorgehen der Polizei wurden dem Vorstand übertragen. In der Nähe des Versammlungstokals waren 20 Schutzleute untergebracht worden. So sieht die vom Minister versprochene loyale Handhabung des neuen Vereinsgesetzes aus!

Staatlicher Terrorismus.

Die Ärztekammer der Provinz Sachsen veröffentlicht in ihren Mitteilungen einen Fall, der ein Schlaglicht darauf wirft, wie beamtete Ärzte von den Behörden behandelt werden. Dem Kreisarzt Dr. Temple in Quedlinburg war im Nebenamt die Stelle eines Gefängnisarztes mit einer Besoldung von 165 M. übertragen worden. Dem Kreisarzt erschien diese Bezahlung zu niedrig. Er wollte um Erhöhung des Honorars einfordern und befragte vorher den Vorstand der Ärztekammer, ob die von ihm ins Auge gefaßte Summe angemessen sei. Der Ärztekammerpräsident antwortete,

daß 600 M. für die zu leistende Arbeit ein beschädenes Entgelt darstellen würden. Dementsprechend stellte der Kreisarzt sein Gehalt. Da antwortete ihm der Regierungspräsident in Magdeburg, er solle den höchsten der von der Ärztekammer ermittelten üblichen Sätze erhalten, nämlich 8 M. jährlich für jeden Gefangenen, d. h. 800 M. im Jahr. Ginge er hierauf ein, so würde der Regierungspräsident sich genötigt sehen, seine Vernehmung beim Herrn Minister zu beantragen. Der Kreisarzt wünschte nicht verurteilt zu werden und gab sich befriedigt.

Die Beschwerde der Ärztekammer an die Regierung wurde abgewiesen und der Vorfall soll nunmehr im preussischen Landtag zur Sprache gebracht werden.

Das Fiasko der Fahrkartensteuer.

Die Fahrkartensteuer war im Etatsjahr 1907/08 mit einem Ertrag von 30 Millionen Mark eingelegt. Nach dem jetzt vorliegenden Ergebnis hat sie aber bloß 17 Millionen Mark eingebracht. Für das laufende Etatsjahr waren eingelegt 24 Millionen Mark, das erste Quartal — April bis Juni —, das den Pfingstfeiertag in sich schloß, hat aber bloß 4 Millionen Mark ergeben und blieb sogar noch um 800 000 M. hinter dem gleichen Zeitraum des Vorjahres zurück. Der Grund liegt in dem Abstromen der Reisenden in die niedrigen Wagenklassen.

Das neue Vereinsgesetz in Oberschlesien.

Am Sonntag hat in Oberschlesien die erste Versammlung unter freiem Himmel stattgefunden, und zwar in Neuborf im Kreise Ratowitz. Der Genosse Trabalaki hatte mit dem Hausbesitzer Kowal einen Mietvertrag abgeschlossen, nach dem dieser seine Wiese auf drei Stunden verpachtete. Die Versammlung wurde zwar genehmigt, am anderen Tage erschien bei Kowal der Rentant der Gemeindefasse und suchte ihn zu veranlassen, von seinem Vertrag zurückzutreten. Auf das Polizeiamt beschuldigt, wurde er dort vom Amtsekretär gefragt, ob auch sein Gehört in Ordnung sei und ob er denn auf die 10 M. für Vermietung der Wiese gar so gierig sei. Schließlich wurde ihm gesagt: Sie werden das noch behauern. Sie werden noch mehr zu zahlen haben. Zuletzt legte man ihm folgenden Brief an den Genossen Trabalaki zur Unterschrift vor: „Mit Rücksicht darauf, daß ich den mir vorgelegten Vertrag mit Ihnen nicht abgeschlossen habe, gestatte ich unter keinen Umständen, daß die am 16. August 1903 Ihrerseits angelegte Versammlung auf dem mir bezw. meiner Ehefrau gehörigen Grundstück stattfindet. Der Vertrag ist als ungültig zu erklären und mir zurückzugeben.“

Kowal unterschrieb, er selbst hat aber den Brief nicht unterschrieben und er hat auch die 30 M. nicht bezahlt, mit denen frankiert er bei Trabalaki anlangte. Am Sonntag war dann vor der Versammlung der Amtsekretär noch einmal bei Kowal und beehrte ihn; er brauche nur zu sagen: Ich verbiete das Betreten der Wiese, und auf sein Verlangen stände ihm Polizeihilfe zur Seite. Als Trabalaki dann am Nachmittag anlangte, trat Kowal in Begleitung zweier Gendarmen auf ihn zu und erklärte, er habe doch schon geschrieben, daß er zurückziehe. „Der Vertrag ist abgeschlossen; Sie haben ihn unterschrieben,“ war die Antwort. Noch einmal wurde dann ein Besuch unternommen, Kowal zu veranlassen, als Eigentümer die Leute von der Wiese zu weisen, diesmal aber vergebens. Vor 700 Versammelten referierte kurze Zeit später Genosse Haase aus Ratowitz in polnischer Sprache über „Die Politik der Arbeiterklasse.“ Die Mühe der Polizei war also vererbt vergeblich.

Die Mädchenschulreform.

Die neue Ordnung über das höhere Mädchenschulwesen ist nunmehr durch königliche Kabinettsorder bestimmt und der Öffentlichkeit unterbreitet worden. Durch diese neue Ordnung, die der höheren Töchter den Weg über die höheren Mädchenschulen, das Lyceum, die Studienanstalten und die Universtität zu akademischen Berufen bahnt, soll, wie in der vorausgeschickten Einleitung erklärt wird, der Verschiebung der gesellschaftlichen Erwerbs- und Bildungsverhältnisse der Gegenwart Rechnung getragen und den mittleren und höheren Ständen, wo infolge der ungünstigen Konjunktur des Heiratsmarktes viele für die Gesamtheit wertvolle Brautkräfte brachliegen, die Möglichkeit gegeben werden, nicht allein in der Oberlehrerinnenlaufbahn, sondern auch in anderen auf Universtitätsstudien begründeten Lebensstellungen standesgemäßen Unterhalt zu verschaffen.

Es wird also hier das Recht der Frau auf Universtitätsbildung anerkannt. Man darf diese Reform nicht überschätzen. Das einfachste und vernünftigste wäre ja gewesen, auch die Mädchen zum Gymnasium oder anderen höheren Lehranstalten für Knaben und dem daraus sich anschließenden Universtitätsstudium zuzulassen. Aber zu dem Prinzip der gemeinsamen Erziehung der Geschlechter veranlaßt man sich trotz des Bestrebens nicht zu bekennen, für die Frauen mittlerer und höherer Stände angemessene Erwerbsmöglichkeiten zu schaffen. Es handelt sich also um eine sehr schwächliche, unzulängliche Reform.

Originell ist folgender Widerspruch in der Einleitung der Bestimmung. Zur Empfehlung der Reform wird gesagt, es sei zu verhüten, daß die ästhetische und die Gefühlsbildung zu sehr überwiege, während die Verstandesbildung zurücktreten müsse. In anderer Stelle aber heißt es wiederum, daß Religion und Deutsch nach wie vor im Mittelpunkt der Frauenbildung stehen sollten. Was man anfangs verfehlte, wird später also als Hauptprinzip des Studienplanes für die höheren Töchter programmatisch festgelegt.

Von der Militärjustiz.

Die drei Arbeitssoldaten Worch, Lender und Rische standen am Mittwoch in Magdeburg vor dem Kriegsgericht. Sie hatten am 20. Juli zwei Vorgesetzte tötlich angegriffen und alsdann die Flucht ergriffen, wie sie in der Verhandlung angaben, um zu desertieren. Sie hatten das vorher verabredet. Besondere Beschwerden über die Behandlung der Arbeitssoldaten hat in der Verhandlung keiner von ihnen vorgebracht, nur Lender erklärte, der von ihm angegriffene Sergeant habe ihn beständig beschimpft. Die beiden Vorgesetzten, ein Sergeant und ein Gefreiter, sind zu Boden geworfen und mit Spaten verunwundet worden, der erstere ziemlich erheblich, der andere nur unbedeutend. Der Vertreter der Anklage beantragte gegen Worch wegen tätlichen Angriffs, Behorsamungsverweigerung u. a. m. zwölf Jahre Gefängnis, gegen Lender elf und gegen Rische zwölf Jahre Zuchthaus wegen militärischen Aufruhrs. Das Kriegsgericht erkannte gegen Rische und Lender auf je zehn Jahre Gefängnis, gegen Worch, der mit Behorsamungsverweigerung und tätlichem Angriff den Anfang gemacht hatte, 10 Jahre 1 Monat Gefängnis sowie auf Ausstoßung aus dem Heere gegen alle drei Angeklagte. Gegen Lender und Rische kam die Zuchthausstrafe nicht in Anwendung, weil das Gericht annahm, daß sie sich nicht des militärischen Aufruhrs, sondern nur des tätlichen Angriffs auf Vorgesetzte schuldig gemacht haben, da nicht stritte nachgewiesen sei, daß sie bewußt gemeinsam bei dem Angriff gehandelt haben.

Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Richter das schwerere Delikt des Aufruhrs nicht angenommen haben, und daß sie trotzdem ein so drakonisches Urteil fällten, so schaudert man zurück vor der Barbarei des Militärstrafrechts, das Vergehen der Untergebenen gegen die Vorgesetzten mit ungeheuerlichen Strafen bedroht, aber gegen Vorgesetzte die Untergebene systematisch foltern und schinden, nicht ein Fünftel dieser blutigen Strafe aufzubringen hat.

Belgien.

Vertagung der Kongoanexion.

In Parlamentskreisen hört man, daß die Kammer, session bereits in der nächsten Woche geschlossen werden kann. Der Senat dürfte die Vertagung des Kolonialgesetzes bis zum Oktober vertagen.

Ministeriell bestätigt.

In der Kammer hat am Dienstag der Minister des Innern, Davignon, auf die Frage des Abgeordneten...

Türkei.

Die Idylle ist zu Ende, der Kampf beginnt!

So sagen die osmanischen Bulgaren in Protesten gegen das von uns gestern ausgedruckte wiedereröffnete Wahlprogramm...

Das Wort der Bulgaren kennzeichnet die Situation im Lande überhaupt. In Konstantinopel drängt ein Streit den anderen...

Im Hedschos (Arabien) herrscht offene Rebellion — die Araber verfolgen große Strecken der Hedschosbahn.

Marokko.

Rulaj Hafid im Nachteil.

Der Londoner „Standard“ veröffentlicht ein Telegramm aus Tanger vom 18. d. Mts., in dem es heißt, daß die Truppen...

Von der Südgrenze.

Aus Oran wird vom 19. August gemeldet: Eine Abteilung des 80. Regiments ist gestern Abend nach dem äußersten Süden ausgerückt.

Amerika.

Weisse gegen schwarze Proletariat.

Die Kapitalisten der Union haben Grund, zufrieden zu sein — weisse Kreise der weissen Lohnslaven haben nichts Wichtiges zu tun...

Aus Camp Perry in Ohio kommt die Meldung von einer grossen Schlägerei zwischen weissen Kellnern und schwarzen Köchen...

In Springfield in Illinois wird die Lage allmählich ruhiger. Doch sind gestern wieder zwischen dem Militär und einem Haufen rebellischer Regter Schüsse gewechselt worden.

Eine Vertretung für die Philippinen.

Präsident Roosevelt erklärte einem Journalisten gegenüber, er hoffe, daß die Philippinen innerhalb der nächsten 20 Jahre für die Unabhängigkeit reif sein würden.

Aus der Partei.

Zum Parteitag.

In Frankfurt a. M. sprachen der Referent Dismann und alle Diskussionsredner mit einer Ausnahme gegen die Budgetbewilligung...

wird die Schaffung fester Mitgliedschaften der Jugendlichen unter Anleitung an Bildungsausschüsse oder Jugendkommissionen gefordert.

Die Parteigenossen in Weimar nahmen in einer gutbesuchten Parteiverammlung nach einem Referat des Genossen Hennig...

Die Konferenz des Wahlkreises Hanau zu Biskopsheim resolvierte gegen die Budgetbewilligung und erklärte sich mit der Faltung des Parteivorstandes in der Sache einverstanden.

Die Jahresversammlung der Organisation im Wahlkreis Brandenburg-Westhavelland beauftragt die Bildung einer Kommission zum Studium der Agrarfrage.

Die Wahlkreisversammlung zu Solingen nahm einen Antrag an, der sich für die feste Form der Jugendorganisation ausspricht.

Die Sozialdemokratische Verein Wülhausen i. E. nahm ein Referat des Genossen Wich über „Jugendorganisation und Parteitag“ entgegen...

Die Genossen der Saarstädte delegierten den Genossen Reimpeters.

Die „Frankische Tagespost“ und das Pressebureau. Die „Frankische Tagespost“ findet es gesamtadvoll, das Pressebureau in die Diskussion über die Budgetbewilligung zu ziehen.

„Der Vorwärts“ über die bayerische Budgetbewilligung gibt er das Wort einem mit „bayerischen Verhältnissen vertrauten Reichstagsabgeordneten“.

Es läßt sich natürlich mit der „Frankischen Tagespost“ nicht über die bisherigen Erfolge des Pressebureaus streiten; ich bin sehr betrübt darüber...

Das Pressebureau als solches hat sich bisher absolut neutral gehalten und wir haben das eifrigste Bestreben, es auch ferner so zu halten!

In Sorau fand am 16. August die Kreisgeneralversammlung für Sorau-Forst statt, von 25 Delegierten besetzt.

Das Einheitsstatut für die Kreise der Marx-Brandenburg wurde mit einigen materiellen Veränderungen angenommen; unter anderem wurde beschlossen, an das Provinzialsekretariat statt der verlangten 5 Pf. pro Woche nur 3 Pf. also 10 Prozent abzuliefern.

In Potsdam fühlen sich die Töchter der Firma Wenkel u. Rübe veranlaßt, die Arbeit niederzulegen. Die bestreikte Firma, die schon stets den Arbeitern gegenüber in rigoroser Weise aufgetreten war...

Die Firma Wenkel u. Rübe in Potsdam, die die scharfmacherische von ganz Potsdam ist, auf deren Betreiben in diesem Jahre auch den Potsdamer Töpfern der Tarif gekündigt wurde...

Die Wahlkreisversammlung zu Mainz war von 11 Orten mit 61 Delegierten besetzt. Sie beschloß, künftig die Delegiertenwahl zum Parteitag durch Urabstimmung vorzunehmen.

Die Wahlkreisversammlung zu Mainz war von 11 Orten mit 61 Delegierten besetzt. Sie beschloß, künftig die Delegiertenwahl zum Parteitag durch Urabstimmung vorzunehmen.

die Bildung einer reaktionären Zweidrittelmehrheit für Verfassungsverslechterungen verhindert wird.

Der Kreisstag des Wahlkreises Raumburg-Weisenfels-Zeig war von 20 Vereinen mit 64 Personen besetzt.

Personalien. Genosse J. Bruns, bisher Parteisekretär für Oberschlesien, geht bekanntlich als Redakteur nach Offenbach.

Soziales.

Holzarbeiter im Sachsenlande.

Der Bericht der Sächsischen Holzernstgenossenschaft gibt uns interessante Aufschlüsse über die Lage der Holzarbeiter in Sachsen.

2542 Maschinenbetriebe mit 88 685 Arbeitern, 1 699 Handbetriebe mit 5 005 Arbeitern.

Auf jeden Maschinenbetrieb entfallen somit durchschnittlich 18,3 Arbeiter, auf jeden Handbetrieb nur 3,1 Arbeiter.

Im Jahre 1906 waren 4002 Betriebe mit 89 524 Versicherten vorhanden. Der Rückgang der Zahl der Versicherten erklärt der Bericht damit, daß die Kamerasabreiben mit circa 1200 Arbeitern aus der Berufs-genossenschaft ausscheiden...

Im Berichtsjahre wurden insgesamt 1642 Unfälle angemeldet, gegen 1540 im Jahre 1906.

Von den gemeldeten Unfällen ereigneten sich allein 430 in den 478 versicherten Sägewerken, 152 in den Möbelfabriken, 282 in Tischlereien, 150 in Holzwarenfabriken, 134 in Stuhlfabriken usw.

Auch im Jahre 1907 tritt wiederum hervor die hohe Zahl von Unfällen, welche besonders an Kreis- und Abrichtmaschinen in etwas geringererem Umfange auch an Prägemaschinen zu machen waren.

Entschädigt wurden nur 494 Unfälle, wovon also 207 allein auf diese Maschinen entfielen.

Wie die Unfallüberwachungs-Vorschriften eingehalten und beachtet werden, zeigt uns auch der Bericht des technischen Aufsichtsbamten.

Bei Titel: Veranlassung der Unfälle finden wir, daß die Zahl der Unfälle, welche sich an den gefährlichen Werkzeugmaschinen ereignet haben, weit höher ist, als der Bericht zuerst angibt.

Es ereigneten sich 3. B. an Kreis- und Abrichtmaschinen 200, an Prägen 118 usw. Daraus ergibt sich auch, daß die Unfälle an diesen Maschinen sehr schwer waren, fast 40 Proz. entschädigt werden mußten.

Gewerkchaftliches.

Ein neuererrat Hirsch-Dunderscher Arbeiter!

In Potsdam fühlen sich die Töchter der Firma Wenkel u. Rübe veranlaßt, die Arbeit niederzulegen. Die bestreikte Firma, die schon stets den Arbeitern gegenüber in rigoroser Weise aufgetreten war...

Die Firma Wenkel u. Rübe in Potsdam, die die scharfmacherische von ganz Potsdam ist, auf deren Betreiben in diesem Jahre auch den Potsdamer Töpfern der Tarif gekündigt wurde...

Bekanntlich ist diese unter der Flagge der Kirch-
Dundere fegelende Streikbrigade dem Verband der Lötter
vor kurzem auch in Kottbus in den Rücken gefallen. Die Ver-
bandsleitung der Kirch-Dunderer Lötter findet diese fort-
gesetzten verräterischen Unternehmerrdienste aber auch ganz in
der Ordnung, deckt sie mit allen Mitteln und drückt ihre Lieb-
linge verständnisvoll an das vor Harmonie übersprudelnde
Herz. Hier sind beide einander wert: Leitung und Berliner
Mitgliedschaft! Und so etwas nennt sich immer noch Organi-
sation zur Vertretung von Arbeiterinteressen!

Berlin und Umgegend.

„Berechtigte“ Wahrung von Unternehmerinteressen?

Ein recht sonderbarer Urteil ist jetzt vom Kammergericht auf-
gehoben worden. Im Organ des Zentralverbandes deutscher
Industrieller, der von Arnold Steinmann herausgegebenen und
redigierten „Deutschen Industriezeitung“, erschien am 4. Oktober 1907
ein gegen die Gewerkschaften gerichteter kritischer Artikel: „Aus der
Arbeiterbewegung“. Darin war ein aus dem Blatt des „Industrie-
arbeiterverbandes Solingen“ entnommener Artikel in Anführungsstrichen
eingeschaltet, der also lautete: „Die Einsicht in die Dokumente zeigt uns ein
erschreckendes Bild von der Clique, von der der Deutsche Metallarbeiter-
verband regiert wird. Soviel Verworfenheit, wie uns da entgegen-
starrt, hätten wir an der Spitze der größten Gewerkschaft Deutsch-
lands nicht zu finden gehofft. Es wäre eine Schmach für die deutsche
Arbeiterbewegung, wenn sie an ihrer Spitze noch länger Leute dulden
würde, die, um ihr Ziel zu erreichen, vor keinem Verbrechen an der
Arbeiterchaft zurückschrecken“. Die Wiedergabe dieses durch nichts
gerechtfertigten groben Anturfs veranlaßte die Genossen Schilde,
Reichel, Werner und Rastbach als Mitglieder des Hauptvorstandes
des Deutschen Metallarbeiterverbandes, gegen Steinmann die Ver-
leibungsklage anzustrengen. Die 4. Strafkammer des Berliner
Landgerichts III sprach jedoch, gleich dem Schöffengericht, den An-
geklagten frei. Und dazu kam das Gericht auf folgende wider-
spruchsvolle Weise. Es erklärt zunächst für falsch die Behauptung
Steinmanns, er habe die Stellen aus dem Solinger Blatt nur
referierend wiedergegeben. Es sei vielmehr anzunehmen, daß er
den Solinger Artikel dazu verwendet habe, um seiner
Ansicht, daß sich in die Gewerkschaften Schäden und Mängel
eingeschlichen hätten usw., Nachdruck zu verleihen. Dies
lasse die Fassung des Artikels: „Aus der Arbeiterbewegung“
unzweifelhaft erkennen. Insofern habe der Verfasser
dieses Artikels (Steinmann) sich den Artikel des Solinger
Verbandsorgans „zweifelloso zu eigen gemacht“. Daß
der Artikel des Solinger Organs schwere Verleumdungen
der Privatkläger enthalte, und daß die Wiedergabe eines solchen
Artikels in einer Zeitschrift geeignet sein könne, die Privatkläger
in ihrer Ehre zu verletzen und sie zu kränken, sei dem Angeklagten nach
Annahme des Gerichts auch sehr wohl bewußt gewesen. Die in dem
übernommenen Artikel enthaltenen Verleumdungen der Privatkläger
seien größtenteils Natur. — Soweit ganz gut. Nun kommt
aber der Umschwung in dem Urteil. Zunächst wird nun „fest-
gestellt“, daß Steinmann in Wahrnehmung berechtigter Inter-
essen gehandelt hätte und ihm der Schutz des § 193 des Straf-
gesetzbuches zukomme, weil er als Verleger und Redakteur
des Verbandsorgans deutscher Industrieller verpflichtet gewesen sei,
zugunsten der Arbeitgeber in dem Kampfe zwischen Arbeit-
gebern und Gewerkschaften Stellung zu nehmen. Nur diese be-
rechtigten Interessen hätte er wahrnehmen wollen. Auch lasse sich
nicht aus den Umständen und der Form seines Artikels „Aus der
Arbeiterbewegung“ eine Verleumdung erkennen. Nur zur Unterstützung
seiner sachlichen Kritik der Gewerkschaften sei der Artikel des Solinger
Verbandsorgans in die kritischen Bemerkungen eingeschlossen worden.
Der Wortlaut und der Sinn des Artikels „Aus der Arbeiter-
bewegung“ ließen „keineswegs den Schluß zu“, daß er sich
den Behauptungen des übernommenen Solinger Artikels habe an-
geschlossen wollen, daß er diese beleidigenden Behauptungen sich der
Form oder dem Inhalt nach „habe zu eigen machen
wollen“. Daraus, daß er den beleidigenden Solinger
Artikel in seinem Aufsatz „Aus der Arbeiterbewegung“
aufnahm, lasse sich somit nicht schließen, daß auch letzterer über das
zulässige Maß der Wahrnehmung berechtigter Interessen hinausging.
Also Freisprechung.

Das Kammergericht hob am 18. August auf die Revision
der Privatkläger, für welche Rechtsanwalt Dr. Jaffé namentlich
auf die immensen Widersprüche des Landgerichtsurteils
hinwies, die Vorentscheidung auf und verwies die Sache zu noch-
maliger Verhandlung an das Landgericht zurück. Gründe: Es sei
in der Tat ein nicht unbeträchtlicher Widerspruch,
wenn das Urteil einmal damit rechne, daß Angeklagter
sich den Inhalt des Solinger Aufsatzes zu eigen ge-
macht habe, und wenn das Urteil dann wieder das Gegenteil
„feststelle“. Den Widerspruch müsse das Landgericht auflösen.
Dann könne es auch nochmal erörtern, inwieweit § 193 zur An-
wendung kommen könne.

Deutsches Reich.

Ein Erfolg der Organisation in der Zeit der Krise.

Ende Juli lief der zwischen dem Deutschen Metallarbeiter-
Verband und den Unternehmern im Düsseldorf-Feilenhanergerwerbe
bestehende Lohntarif ab. Bei Abschluß des alten Tarifs im vorigen
Jahre hatten die Düsseldorf-Feilen während der guten Kon-
junktur nicht unerhebliche Lohnerhöhungen durchgesetzt. Die Unter-
nehmer hofften nun, jetzt — während der Krise — die Löhre zu
wieder herabsetzen zu können, hatten sie doch während der Krise 1901
die Lohnsätze um 15 Proz. kürzen können. Doch diesmal war ihr
Wählen vergeblich; infolge des einmütigen Zusammenstehens der
Feilen sahen sich die Arbeitgeber gezwungen, in die Verlängerung
des Tarifs auf ein weiteres Jahr einzuwilligen. Zum Streik kam
es nicht, nur bei zwei Firmen mußte die Kündigung eingeleitet
werden, ehe die Bewilligung erfolgte. Beide Firmen gaben aber
bald nach.

Ausland.

Die Arbeiter der Tabakfabrik in Saloniki sind in den Aus-
land getreten. Sie fordern 10stündige Arbeitszeit und eine 60proz.
Lohnerhöhung.

Gerichts-Zeitung.

Schieber-Trip.

Wegen gemeinschaftlichen Betruges hatten sich die Payer Karl
Friedrich und Paul Mietzke vor dem Schöffengericht
Berlin-Schöneberg zu verantworten. Anfangs Mai 1907
hatte Friedrich mit dem (Reichsteften) Baumeister Cohn (Schöneberg)
einen Vertrag abgeschlossen, laut welchem er einen dem Cohn ge-
hörigen Neubau in der Gubenerstraße bauen sollte. Friedrich nahm
sich Payer an, unter anderen auch den Mietzke. Die Payer erhielten
regelmäßig ihr Geld. Der Bau war noch nicht ganz fertig, als Friedrich
im Juli wegblieb und dem Bauherren von einer Schwester des
Friedrich mitgeteilt wurde, daß Friedrich in Stettin im Krankenhause
liege. Der Bau wurde nun von den anderen Payer fertiggestellt.
Es war noch ein Akkordrest von dem Baumeister zu erheben. Da
Berantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.

die Payer aber in der Zwischenzeit böse Erfahrungen mit Friedrich
gemacht hatten, wurde beschlossen, daß Friedrich den Akkordrest nicht
erhalten sollte. Bei dieser Besprechung war Mietzke zugegen. Die
Payer teilten diesen Beschluß dem Cohn mit, und dieser
teille ihnen mit, daß er laut Vertrag an Friedrich das
Geld zu zahlen hätte, er würde es aber nur in ihrer Gegenwart
zahlen. Als Zahlungstermin war der 7. August festgesetzt. Als
einer der lautesten Käufer gegen Friedrich zeigte sich Mietzke. Sehr
erstaunt war der Baumeister Cohn, als Friedrich und Mietzke schon
am 6. August kamen. Friedrich erklärte ihm, daß er den Akkordrest
von 195,25 M. erheben wolle, und Mietzke bemerkte, daß er im
Auftrage der anderen Kollegen, die in einer Kneipe in der Gubener
Straße auf sie warteten, käme. Da Mietzke sich bei den
früheren Verhandlungen als ein heftiger Gegner
des Friedrich gezeigt hatte, so übergab Cohn
dem Friedrich das Geld, ließ sich von ihnen bestätigen, daß
sie keine Ansprüche mehr an ihn hätten, und beide quittierten, Mietzke
auch noch im Namen seiner Kollegen. Von dem so ergebnen
Gelde erhielt Mietzke 25 Mark ab, während Friedrich den
Rest behielt. Die betrogenen Payer erstatteten nun gegen
beide Anzeige.

Ju der Verhandlung am Dienstag war nur Mietzke er-
schienen. Friedrich ist nicht aufzufinden, hinter ihm soll ein
Stechbrief erlassen werden.

Mietzke bestritt, sich strafbar gemacht zu haben; er wolle
von den Abmachungen der Payer untereinander nichts wissen, auch
bestritt er, erklärt zu haben, im Namen seiner Kollegen zu kommen.
Er hätte nur 25 M. erhalten, während ihm 49 M. zuzämen. Der
Zeuge Cohn wies durch Vorzeigung der Quittung nach, daß
Mietzke sich als Bevollmächtigter seiner Kollegen unterzeichnet hatte.
Der Rechtsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von drei
Monaten. Das Gericht erkannte auf acht Wochen Ge-
fängnis. Es sei auf diese Strafe erkannt worden, bemerkte der
Vorsitzende bei Verlesung des Urteils, weil der Angeklagte sich auf
die gemeinste Weise gegen seine Arbeitskollegen vergangen habe.

Ein eigenartiger Kindesraub

Beschäftigte gestern die erste Ferienstrafkammer des Landgerichts II.
Wegen Menschenraubes im Sinne des § 235, 1 Str.-G.-V. war der
Kaufmann Martin G. aus Schöneberg angeklagt. — Der An-
geklagte heiratete im Jahre 1902. Die Ehe war anfänglich auch
sehr glücklich; bald aber stellten sich Differenzen ein, welche die Frau
veranlaßten, ihren Ehemann zu verlassen und zu ihrer in Nieder-
Schönhäusern wohnhaften Mutter zu ziehen. Durch gericht-
liche Verfügung wurde es der Frau gestattet, schon vor
Abschluß der eingeleiteten Ehescheidungsklage von ihrem
Manne getrennt zu leben; auch wurde ihr das Er-
ziehungsrecht über den aus der Ehe hervorgegangenen
leht vierjährigen Sohn Erich eingeräumt. Der von dem An-
geklagten bezügliche dieses Punktes eingelegte Widerspruch wurde ver-
worfen. Die Ehe wurde schließlich geschieden und
das Kind wurde der Frau zugesprochen, da der An-
geklagte als allein schuldiger Teil angesehen worden war. Am
27. Mai d. J. hatte der kleine Erich Geburtstag und um
dem Kinde, an dem er mit großer Liebe hing, eine kleine
Freude zu bereiten, kaufte der Angeklagte Schokolade und
andere Dinge, die ein Kinderherz erfreuen, und fuhr
nach Nieder-Schönhäusern hinaus. Zufällig traf er sein
Kind auf der Straße in Begleitung der Großmutter
wieder. Der Kleine jubelte laut vor Freude, als er den Papa, der
so lange verreist war, wieder sah und wollte sich garnicht wieder von
ihm trennen. Die Liebe zu seinem Kinde verleitete den Angeklagten
in diesem Augenblick zu einer Handlungsweise, die ihm die jetzige
Anklage einbringen sollte. Er ließ plötzlich mit dem Kleinen, der sich
fest an seinen Hals gehängt hatte, davon und sprang schnell in eine
vorübergehende Droschke, ehe sich die Großmutter von ihrem
Schreden erholt hatte. Er brachte das Kind sofort in einer be-
freundeten und kinderlosen Familie unter, wo er es dann fast täglich
besuchte. Die geschiedene Frau des Angeklagten stellte alle
möglichen Nachforschungen an, um wieder in den Besitz des Knaben
zu kommen, die aber sämtlich erfolglos blieben. Erst jetzt, anfangs
August, gelang es der Frau mit Hilfe eines Gerichtsvolkstehers den
Knaben auf der Straße aus den Händen ihres Mannes zu ent-
reißen. — Vor Gericht behauptete der Angeklagte, er habe es
nicht mehr mit ansehen können, wie sein Kind vernachlässigt worden
sei. Der Knabe hätte stets vor Schmutz starrende Wäsche tragen
müssen, die er zum Beweise der Michtigkeit seiner Angaben dem
Gericht vorlegte. Der Staatsanwalt beantragte eine Ge-
fängnisstrafe von drei Tagen. Das Gericht erkannte auf die
niedrigste gesetzlich zulässige Strafe von einem Tage Ge-
fängnis, da der Angeklagte lediglich aus dem edlen Motiv der
Vaterliebe heraus gehandelt habe.

Ein Nachspiel zu der Affäre Alphons Köhl

Beschäftigte gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors
Dr. Köhling die 5. Ferienstrafkammer des Landgerichts I. Wegen
Beihilfe zur Untreue und Konkursverbrechen mußte sich der frühere
Rechtsanwalt Georg Merlecker vor dem Strafrichter verantworten.
Der Angeklagte war mit dem Kaufmann Alphons Köhl, der
seinerzeit durch seinen aufsehenerregenden Konkurs und seine Be-
ziehungen zu der Schauspielerin Rita Leon viel von sich reden
machte, sehr intim befreundet. Köhl wurde nach Hinterlassung
einer Schuldenlast von über 1½ Millionen Mark flüchtig und hält
sich bis jetzt im Auslande verborgen. Schon damals tauchten Ge-
rüchte auf, daß sich Merlecker an den in großem Stille angelegten
Pumpoperationen des Köhl beteiligt habe und ebenfalls stark über-
schuldigt sei. Diese Gerüchte fanden ihre Bestätigung, als Merlecker
eines Tages ebenfalls spurlos verschwand. Es ergab sich, daß
Merlecker ebenfalls eine Schuldenlast von mehreren hunderttausend
Mark kontrahiert hatte, die zum größten Teil aus Freundschafts-
diensten herrührte, die er dem Köhl geleistet hatte. Außerdem
wurde festgestellt, daß er in dem „Alten Klub“ wiederholt Beträge
bis zu 20 000 M. verpfändet hatte. Die Ermittlungen der Staats-
anwaltschaft ergaben, daß Köhl Wechsel in Höhe von über 200 000
Mark als angeblicher Inhaber der Knopffabrik in der Thierstraße
ausgestellt hatte, obwohl er hierzu gar nicht mehr berechtigt ge-
wesen war. Diese Wechsel waren zum Teil von Merlecker
akzeptiert worden, trotzdem dieser wußte, daß er widerrechtlich
handelte. Außerdem hat er, obwohl er die Finanzlage des
Köhl kannte, verschiedentlich unwahre Gerüchte über dessen Bonität
ausgestreut. Die Folge war die Einleitung eines Strafverfahrens
gegen Merlecker, der seinerzeit erst nach Konstantinopel geflüchtet
war. Von hier aus gelangte der Angeklagte nach vielen Ir-
fahrten nach Amerika, wo er sich mehrere Jahre aufhielt. Nachdem
über die ganze Affäre einigermaßen Gras gewachsen war, kam
er nach Deutschland zurück und stellte sich freiwillig der Staats-
anwaltschaft. Der Angeklagte wurde verhaftet und blieb längere
Zeit in Untersuchungshaft. Vor einigen Tagen wurde er gegen
Stellung einer Kaution von 10 000 M. aus der Haft entlassen. Die
Anklage legte dem Angeklagten eine Beihilfe zu der Untreue des
Köhl zur Last und ferner ein Vergehen gegen die Reichs-Konkurs-
ordnung, welches darin gefunden wird, weil er als Schuldner,
welcher seine Zahlungen eingestellt hat, durch Aufwand, Spiel oder
Wette, übermäßige Summen verbraucht hat bezw. schuldig ge-
worden war. — Der Vertreter der Anklagebehörde hielt den An-
geschuldigten für vollauf überführt und beantragte eine Gefängnis-
strafe von 8 Monaten sowie 2000 M. Geldstrafe. Das Urteil
des Gerichts lautete auf 3 Monate Gefängnis und 500 M. Geld-
strafe eventuell 80 Tage Gefängnis, die aber durch die erstens
Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurden.

Der Komposthaufen und der Pastor.

Gestern war vor der Ferienstrafkammer des Landgerichts II wegen
einfachen Diebstahls, begangen an einem Komposthaufen, der
Gärtner Albert Heller aus Steglitz angeklagt. Der Anklage liegt
eine schon längere Zeit zurückliegende Vorgesichte zugrunde. Der
jetzige Professor Herrmann war Inhaber des Grundstücks
Düppelstraße 42 in Steglitz, in welchem der Angeklagte seinen
Garten und Wohnung innehatte. Als Herrmann im Jahre 1906
verstarb, ging das Grundstück in die Hände der beiden Söhne des
Verstorbenen, des Pastors H. in Steglitz und des Kaufmanns H.
über. Die eigentliche Verwaltung des Grundstücks hatte der Pastor
Herrmann unter sich. — Auf dem Hofe des Grundstücks lag seit
vielen Jahren ein großer Müllhaufen, der dadurch entstanden war,
daß der verstorbene Vorbesitzer die Kosten der Müllabfuhr gespart
und die Mieter deshalb allerlei Abfallstoffe in einer Ecke aufge-
schapelt hatten, so daß hier schließlich ein sehr umfangreicher Berg
entstanden war. Dieser Müllhaufen machte dem Pastor H. sehr
viel Sorge, da auch er die nicht unbeträchtlichen Kosten des Ab-
fahrens scheute. Er war deshalb sehr erfreut, als sich eines Tages
der Angeklagte Heller, in dessen Familie er verkehrte und häufig
nachmittags Kaffee trank, anbot, den Müllhaufen zu beseitigen.
Der Pastor war hiermit vollkommen einverstanden und kümmerte
sich auch nicht mehr um diese Angelegenheit. Der Angeklagte hatte
bei dem Wegschaffen des Mülls die Entdeckung gemacht, daß aus
dem Müllhaufen mit der Zeit ein wertvoller Komposthaufen ge-
worden war. Er verkaufte deshalb einen Teil des Komposthaufens
für 90 Mark, nachdem er sich die Mühe gemacht hatte, den Haufen
zu sortieren und ungeeignete Stoffe, wie Glascherben, fortzu-
schaffen. Raum hatte der Pastor H. von dieser Tätigkeit des ge-
schäftstüchtigen Gärtners gehört, als er sofort zu dem Angeklagten
ging und einen Teil des Erlöses für sich in Anspruch nahm. So
kam auch eine Einigung zustande. Heller zahlte an den Pastor
gegen Quittung 30 Mark, wofür sich ersterer verpflichtete, den
Komposthaufen völlig zu beseitigen. Zwischen Pastor und Gärtner
entstanden später wegen einiger abgebrochener Abzinsung
Differenzen, die zu einer Privatbeleidigungsklage führte. Nun-
mehr erstattete der Pastor plötzlich eine Anzeige wegen Diebstahls
gegen Heller und behauptete, dieser habe seinerzeit sich den Kompost-
haufen ohne seine Genehmigung angeeignet. Heller wurde
tatsächlich wegen Diebstahl von dem Schöffengericht Berlin-Schöne-
berg zu einem Tage Gefängnis verurteilt, da der Pastor H. unter
seinem Eide behauptete, er habe niemals dem Angeklagten die Er-
laubnis gegeben, über den Komposthaufen ohne weiteres zu ver-
fügen. Wegen dieses Urteils legte Heller Berufung ein. Vor der
Strafkammer trat die Ehefrau des Angeklagten als Zeugin auf
und behauptete, daß der Pastor H. seinerzeit bei der Unterhaltung
am Kaffeetische sich sehr erfreut darüber gezeigt habe, daß ihr
Mann den Komposthaufen wegzuschaffen versprochen. Der Zeuge
Pastor H. stellte dies unter seinem Eide in Abrede. Das Gericht
hielt jedoch den Sachverhalt für nicht genügend aufgeklärt und er-
kannte deshalb auf Freisprechung des Angeklagten.
Und so viel Mühe und Eide wegen eines pastorlichen Müll-
haufens!

Verurteilter Bürgermeister.

Vom Pofener Schöffengericht war am 2. Juni d. J. der früher
in Schwereiz tätig gewesene Bürgermeister Hoppmann
wegen Unterschlagung zu einem Monat Gefängnis ver-
urteilt worden. Wie die Verhandlung seinerzeit ergab, hatte der
Bürgermeister am 4. April 1907 in seiner Eigenschaft als Ver-
trauensmann des Deutschen Ostmarkenvereins
zur Auszahlung an den Schneidemeister Proft, der sich auf Wis-
anlassung des Ostmarkenvereins in Schwereiz niedergelassen hatte,
einen Betrag von 400 M. übersandt erhalten. Als Proft das Geld
in Empfang nehmen wollte, erklärte ihm der Angeklagte, daß dieses
der Kämmerer Wül, der sich zwei Tage vorher bei Gelegenheit einer
Kassenrevision erschossen hatte, in Empfang genommen und unterschlagen
hätte. Als Vertrauensmann des Ostmarkenvereins wollte Angeklagter
aber diese unterschlagene Summe decken. Nach etwa einer Woche erhielt
Proft 200 M. und kurze Zeit darauf 80 M. gezahlt. Den Rest von
170 M. soll er noch heute bekommen. Da Bürgermeister Hoppmann
entgegen seiner Behauptung das Geld erst zwei Tage nach dem
Selbstmorde des Kämmerers Wül in Empfang genommen hatte, so
konnte letzterer das Geld unmöglich unterschlagen haben. Dies hatte
vielmehr der Angeklagte selbst getan und das Andenken des Ver-
storbenen zu Unrecht belastet. Wegen das Urteil legte der
Verurteilte Berufung ein. In der Verhandlung am Dienstag
vor der II. Ferienstrafkammer hat der Verurteilte um Abänderung
des ersten Urteils in eine mäßige Geldstrafe. Das Gericht be-
zeichnete das schöffengerichtliche Urteil als ein überaus mildes
und verwarf aus diesem Grunde die eingelegte
Berufung.

Ein Amtsdiebstahl verurteilt.

Gegen den Aufsicht führenden Amtsdiebstahl Dr. Steinhardt in
Gnesen, der, wie wir mitteilten, in der Nacht zum Montag auf dem
Bahnhof in Gnesen wegen Vergehens gegen den § 175 verhaftet
wurde, ist bereits am Dienstag verhandelt worden. Er wurde von
der Strafkammer des Landgerichts Gnesen wegen Vergehens gegen
den § 175 des Reichsstrafgesetzbuches in zwei Fällen zu sechs
Monaten und einer Woche Gefängnis verurteilt;
ferner wurde auf Unfähigkeit zur Verrichtung öffent-
licher Ämter für die Dauer eines Jahres erkannt.
Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Als
strafmildernd wurde bei der Urteilsverlesung hervorgehoben, daß
der Angeklagte unbescholten sei, und daß er sich während
seiner langen Dienstzeit das Vertrauen seiner Vorgesetzten erworben
habe.

Aus der Frauenbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Achtung! 2. Kreis. Heute, Donnerstag, den 20. August 1908,
abends 8½ Uhr, findet bei Gemp, Urbanstr. 170, unser Lesabend
statt, wozu die Genossinnen freundlichst einladet
Die Vertrauensperson.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Folter des Zeugniszwanges.

Frankfurt a. M., 19. August. (B. H.) Gegen die „Frankfurter
Zeitung“ ist das Zeugniszwangsverfahren eingeleitet worden. Der
verantwortliche Redakteur des politischen Teils, Hemberger,
wurde bereits von dem zuständigen Amtsdiebstahl vernommen und vor-
erst zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er sich weigerte, den Ver-
fasser des ersten informativen Artikels in der „Frankfurter
Zeitung“ über den Fall Schädling vom 21. Juli d. J. zu nennen.
Die Frage des Richters ging dahin, ob Bürgermeister Schädling
über dessen Bruder der Verfasser sei. Es wurden weitere Zwangs-
maßregeln im Falle fortgesetzter Weigerung angedroht.
Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbll.

Die Berliner Genossen und der Parteitag.

Am Dienstagabend nahmen die Genossen Berlins in sechs gut besuchten Versammlungen Stellung zum Parteitag in Nürnberg.

Über die Versammlungen gehen uns folgende Einzelberichte zu:

Erster Wahlkreis. In „Draßels Festjalen“ versammelten sich am Dienstag die Genossen des 1. Berliner Reichstagswahlkreises, um Stellung zu nehmen zum Parteitag in Nürnberg.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab Genosse Wolderski den Geschäftsbericht für das verlossene halbe Jahr. Er gedachte der blutigen Wahlrechtsdemonstrationen, die ein Ereignis waren, wie es nicht nur Berlin, sondern ganz Deutschland seit den 48er Jahren nicht wieder erlebt hat.

Genosse Wittner gibt hierauf den Kassenbericht. Demnach beträgt die Einnahme 6423,03 M., die Ausgabe 3619,88 M., bleibt Bestand 2803,35 M. Abgeliefert an den Verband wurden 2310 M.

Zum dritten Punkt leitet Genosse Wolderski die Diskussion über die Parteitagangelegenheiten ein und wendet sich scharf gegen das Gebahren der süddeutschen Landtagsabgeordneten. Wie der Blick aus heiterem Himmel hat die Nachricht von den seltsamen Beschlüssen und den noch seltsameren Antworten und Begründungen gewirkt.

Zu der nachfolgenden ausgedehnten und äußerst lebhaften Debatte kam der Unwille über die süddeutschen Budgetbewilligungen unverhüllt zum Ausdruck. Abgesehen von einem Genossen, waren sich alle Redner in der Verurteilung der betreffenden Abgeordneten völlig einig und sie erklärten deren Vorgehen für einen Disziplinbruch, der den demokratischen Grundsätzen geradezu ins Gesicht schlägt.

Kleines feuilleton.

Der Schularzt in Deutschland. Es ist noch nicht viel Zeit vergangen, seit die Fragen der Schulhygiene zuerst in eingehender Weise zum Gegenstand öffentlicher Erörterungen und Prüfungen gemacht worden sind. Bahnbrechend auf diesem Gebiete waren die Veröffentlichungen des Breslauer Ophthalmologen Hermann Cohn, während unter den Lebenden besonders Vaginsh-Verlin und Bangerstein-Wien sich Verdienste um diesen bedeutamen Teil der Volksgesundheit erworben haben.

dieser Frage gibt Genosse Bloch dem Wünsche Ausdruck, daß man die Jugendorganisation bestehen lassen und abwarten soll, wie sie sich weiter entwickelt, er selbst glaubt, daß sie sich gut entwickeln wird. Auch er ist gegen die Abweisung der Kasseier. Wir wollen den Gegnern das Feld nicht räumen; sind wir erst einmal auf der schiefen Ebene, dann geht es immer tiefer.

Als Delegierte zum Parteitag werden Wolderski und Weidmann gewählt, zur Provinzialkonferenz Zabol, Eigner, Stoliner, außerdem 10 Delegierte zum Verbandstag.

Zweiter Wahlkreis.

An der gutbesuchten Generalversammlung nahmen auch eine Anzahl Parteigenossen teil. Genosse Köderich gab den Vorstandsbereich in gedrängter Kürze, da der Bericht den Zahlenden bereits vorlag. In verlossenen Halbjahre wurden zwei Generalversammlungen und zirka 20 öffentliche Versammlungen abgehalten.

Aus dem Kassenbericht, den Genosse Schmidt erstattet, seien hier lediglich die Schlüsszahlen wiedergegeben. Sie betragen bei der Einnahme 12 000,82 M., bei der Ausgabe 11 584,63 M., so daß eine Mehreinnahme von 416,19 M. zu verzeichnen ist.

Zur Provinzialkonferenz werden Anträge nicht gestellt, doch sollen die Delegierten beauftragt werden, gegen die Anstellung eines zweiten Sekretärs für das Provinzialbureau zu stimmen, da hierfür eine Notwendigkeit nicht vorzuliegen scheint.

Delegiert werden die Genossen Schröder, Hendrich, E. Schmidt und Bangemann als Erfahmann.

Erst nach 1/11 Uhr konnte Genosse W. Fischer sein Referat über den Nürnberger Parteitag begeben. Die reiche Tagesordnung des Parteitages werde diesmal noch durch einige wichtige Fälle erweitert. Schon beim Vorstandsbericht werde man sich mit Frauen- und Jugendorganisation zu beschäftigen haben. Ueber erstere habe man ja bereits in Berlin gesprochen. Wir brauchen die Frauen für unsere Agitation, wenn die Partei Fortschritte machen soll, und zur Heranbildung der Jugend.

Redner bezweifelt dies und ist für jene Form der Organisation, wie sie nun von der Partei und den Gewerkschaften empfohlen sei. Die Jugendorganisation ist so zu leiten, daß ihre teils gewerkschaft-

lichen Bestrebungen nicht in Widerspruch geraten mit den Gewerkschaften selbst. Andererseits haben die Gewerkschaften ein Interesse daran, die Jugend in möglichst großer Zahl für den wirtschaftlichen Kampf vorzubereiten, deshalb wird zu erwarten sein, daß die Gewerkschaften nach dem Grundsatze verfahren, der Jugend den zulässig weitesten Anteil an der Mitarbeit einzuräumen.

Die Parteitage wird den Parteitag unter dem Gesichtspunkt beschäftigen, daß an dem Vorschlag des Unterstützungsrechtes und der Unterstützungsmöglichkeit strikt geübt wird. Daß diejenigen Orte, die vor einem Kampfe stehen, die Verantwortung tragen sowie die Tragweite ihrer Beschlüsse prüfen müssen, sei selbstverständlich. Daß hier, wie gesagt werde, die Zentralisation eintreten müsse, klinge ganz schön, aber wie kann die Partei die aus dieser Regelung entstehenden Kosten tragen?

Was soll herauskommen, wenn jetzt ein abermaliges Zusammen-treten der Instanzen verlangt werde? Jedenfalls ist es Sache der Gegner der bisherigen Vorschläge, um ihrerseits mit besseren, neuen Vorschlägen zu kommen.

So mäßig die Unterstüßungsfrage auch sei, müsse aber doch gesagt werden, daß, wenn die Kampfe mit großen, die allgemeine Arbeiterschaft beruhenden Fragen verknüpft sein sollten, dann die Unterstüßung keine Rolle spielen werde, was ja das deutsche Proletariat von jeher bewiesen habe.

Die Budgetbewilligung in Baden und Bayern wird vom Referenten scharf verurteilt. Es handle sich bei dieser Differenz aber um Genossen, die bis dahin mit uns Schulter an Schulter kämpften. Seit Dresden sollten wir gelernt haben, uns nicht in Stimmungen und Kesselergeißelungen hineinzulassen zu lassen. Obwohl hier auf seiter der Gegner der Budgetbewilligung stehend, hat Redner den Wunsch, diese Differenz kameradschaftlich zu regeln.

Es ist begreiflich, daß bei solchen Beratungen von Parlamentariern selbst die Parteipresse ausgeschlossen bleibt, jedoch es können Momente eintreten, wo die Parteipresse Wunsch und Verlangen hat, aufzusehen zu sein, ja vielleicht sogar auf irgend welche Beschlüsse bestimmend einzuwirken. Einem solchen Verlangen muß dann entsprochen werden. Hat der Parteivorstand von der Stuttgarter Konferenz gehört, Auskunft gefordert, diese jedoch nicht erhalten, so sei das nicht Minderheit, sondern Mangel an parteigenösslichem Empfinden. Geheimhaltung gegen Parteigenossen, Mitglieder und Schulse, ja gegen die Parteipresse aus taktischen Erwägungen; aber wenn der Parteivorstand fragt, dann gibt es keine Geheimhaltung, keine Verweigerung der Antwort.

In Frankfurt entschieden wir, daß die Budgetbewilligung eine grundsätzliche Frage und abzulehnen sei, in Lübeck dagegen hoben wir zwei Kartellen festgesetzt, unter welchen eventuell die Zustimmung erfolgen darf. Für Redner aber siehe seit, daß die Budgetbewilligung auf alle Fälle eine Vertrauensfrage darstelle. Kommen nun die Bayern und Wadenser und erklären, ja, was wollt ihr denn, wir sprechen der Regierung keineswegs unser Vertrauen, sondern unser Mißtrauen aus, dann erinnert das an jene Soldatemilidhandlungen, die auch kein Sämerzgefühl hinterlassen, ein Mißtrauensvotum also, das auch nicht weh tut. Der Vorwurf unserer angeblichen Negation mag einem unbewanderten Agitator Verlegenheit bereiten; der erfahrene Genosse jedoch wird leicht nachzuweisen in der Lage sein, daß es sich hier um einen Trugschluß handelt, daß alle brauchbaren Gesetze mit unserer Unterstüßung zu stande kamen. Die Bayern und Wadenser berufen sich zu unrecht auf den Lübecker Beschluß; für sie lag keine Zwangslage vor, dem Budget zuzustimmen, daß sie dafür stimmten, ist ein Mißbrauch des Beschlusses. Hier scheint auch ein Mißbrauch des Taktgefühls vorzuliegen, welcher sich schon zeigte, als die Wadenser an dem Begräbnis des Großherzogs teilnahmen. Dieser hat uns in seinem Leben nie seine Mißachtung gezeigt; da müßte das Parteigeühl über das Menschheitsgefühl gestellt werden. Genosse Fischer mißbilligt es entschieden, daß man von einer bayerischen, bairischen usw. Sozialdemokratie rede, was man selbst von Genossen zu hören bekommt, die vor Jahresfrist noch ganz andere Ansichten vertraten und doch erst kurze Zeit in Süddeutschland sind. Diese Partikularisierung muß unseren Widerpruch hervorrufen.

In Nürnberg handle es sich nicht darum, Sünder zu strafen oder Sühne zu schaffen, sondern den Parteipunkt allen Genossen klarzumachen. Also wir wollen uns nicht entrüsten, sondern ernst

Der Künstler: „Nicht das geringste, ich trinke ja Petroleum drauf!“

Fortschritt. Angehende Schauspielerin (stolz): „Diesen Abend habe ich schon eine größere Rolle. In dem vorigen Stück hatte ich nur zu sagen: „Es regnet, Mutter“ aber in dem neuen: „Es ist angerichtet, gnädige Frau!“

Aus der Schule. Lehrer (in der Religionsstunde zum kleinen Fritz): „Wen liebt du nächst dem lieben Gott am meisten?“ Fritzchen: Die kleinen Mädchen.

Das Banzenmittel. „Sie haben mir neulich ein Banzenpulver verkauft, welches gar nicht hilft.“ „Wie haben Sie es denn angewendet?“ „Ach, ich hab' es ins Bett gestreut.“ „Das hilft nichts, Sie müssen es direkt auf die Banzen streuen.“ „So ein Unsinn, wenn ich die Banzen erst habe, kann ich sie doch viel einfacher totschlagen!“

„Na ja, totschlagen hilft auch!“

Häusliche Szene. „Mama, weshalb schreiest denn Papa immer?“ „Das muß er, Kind. Papa ist doch Schriftsteller, und wenn er nicht schreiben würde, hätte er nichts zu essen.“ (Am nächsten Vormittag): „Ach, Papa, schreib doch heute mal Gadocki mit Köhler!“

Notizen.

Wieder ein Burgbau. Die Burggrüne Strahlenburg, eine der schönsten und malerischsten Ruinen der Bergstraße, bekannt durch Kleists Drama „Nathan von Heilbronn“, soll neu aufgebaut werden. Die erforderlichen Mittel, so heißt es, würden trotz des Protestes der Bergstraßenstädte bereits in den nächsten Etat eingestrichelt.

Ein Antiquitätenfabrikant. Einem Häßcher von Altkamerun ist man der „Frankfurter Zeitung“ zufolge in Bern auf die Spur gekommen. Ein Antiquar bot dem dortigen Historischen Museum Gegenstände zum Kauf an, die angeblich aus der Wahlhauer-Ansiedelung von Estabayer an Lac herrührten. Infolge dieser Offerte wurde eine Untersuchung eingeleitet und eine Hausdurchsuchung bei einem Individuum vorgenommen, das schon seit mehreren Jahren im Hause steht, mit gefälschten Antiquitäten Handel zu treiben. Bei dieser Hausdurchsuchung wurde ein beträchtliches Lager von Pfaffhaus-Gegenständen entdeckt, die sehr wahrscheinlich fabriziert sind. Das Individuum erhielt häufig Besuche von Antiquaren, die ihm als Zwischenhändler dienten.

Humor und Satire.

Bescheiden. Gast (der im Wirtshaus übernachtet will): „Es wird gut sein, wenn Sie mit eine Wärmflasche ins Bett stellen.“

Wirtin: „A Wärmflasch'n hab'n wir net; aber vielleicht tuat's Cahna der Bierwärmer!“

Wacht nichts. Herr (zum Variétékünstler): „Wenn Sie so Glas essen, macht Ihnen das gar nichts?“

beraten, wie der Wiederholung derartiger Dinge ein Niegel vorzuschleichen ist. Wir werden uns in Nürnberg bemühen, und ohne Anathemas und lange Resolutionen zu verhandigen, wie es möglich ist, wenn der gute Wille dazu vorhanden ist. Sonst aber müssen unsere Grundsätze präzise festgelegt werden. (Lebhafte Beifall.)

In der Diskussion polemisiert Genosse Grünwald gegen Fischers Stellung zur Jugendorganisation. Auch bezüglich der Meißner teilt Grünwald nicht Fischers Ansicht; die Form der Unterstützung ist verfehlt. Die kleineren Orte mühten z. B. von den besterhaltenen Orten unterstützt und so ein Ausgleich geschaffen werden.

Zur Budgetbewilligung unterbreitet dieser Diskussionsredner eine Resolution. Im wesentlichen kommt er in seinen längeren Ausführungen wie Fischer zur Billigung der Zustimmung. Mit einer Ausnahme werde man sich in Nürnberg jedenfalls nicht begeben. Hier mühte die Ansicht der Genossen festgelegt werden. (Beifall.)

Genosse Fankluch äußert sich zur Jugendorganisation dahin, daß die gemachten Vorschläge reiflichen Erwägungen entspringen seien. Voraussetzung der Jugendorganisation ist, daß sie erziele, daß die das 18. Lebensjahr überschreitenden jugendlichen Arbeiter der politischen und gewerkschaftlichen Organisation beitreten. Zeige sich diese Wirkung nicht, dann werde sich vielleicht herausstellen, daß die Selbständigkeit der Arbeiterbewegung zum Nachteil war. Zur Regelung der Unterstützungsfrage bei der Meißner mühten doch diejenigen Genossen, die in der Lage sind, bessere Vorschläge machen zu können, damit herauskommen. Schon im Übrigen habe Singer aufmerksam gemacht, welchen Auslegungen der fragliche Passus in der Resolution betreffs der Budgetbewilligung ausgesetzt werden könne. Ganz richtig habe Fischer die Handlungsweise der Süddeutschen als Mißbrauch des Vertrauens bezeichnet. Aber weil dieser Vertrauensbruch vorliege, nun zu sagen: Kommt her in unsere Arme, ihr lieben Brüder, alles ist vergessen und vergeben, wäre grundfalsch. Den Süddeutschen muß klar gemacht werden, daß wir nur eine einheitliche Sozialdemokratie haben können. Gelingt das, dann wird der Nürnberger Parteitag ein besonders denkwürdiger in der Parteigeschichte sein. (Beifall.)

Die nachstehende Resolution des Genossen Grünwald wird mit überwältigender Mehrheit angenommen:

Die Verammlung erkläre in den Budgetabstimmungen der badischen und bayerischen Landtagsfraktionen einen großen Verstoß gegen die Lübecker Resolution; sie erwartet deshalb, daß der Parteitag diese Abstimmungen scharfstens mißbilligt und Vorbeuge trifft, daß sich solche Fälle nicht wiederholen.

In dem Verhalten des badischen Landesvorstandes gegenüber dem Parteivorstande erblickt die Verammlung einen großen Verstoß gegen den Geist des Organisationsstatuts der Partei, einen Verstoß, der geeignet ist, die einheitliche Organisation der Partei auf das schwerste zu gefährden. Angenommen wird dann ferner eine längere Resolution, die gegen die politische Entrechtung der proletarischen Jugend, wie sie durch das von der Blockmehrheit geschaffene Vereinsgesetz zum Ausdruck kommt, protestiert. Schließlich erklärt sich die Resolution für die Selbständigkeit der Jugendorganisation.

Eine ebenfalls angenommene Resolution beauftragt die Reichstagsfraktion, gegen die den Büchleinischen gefährliche Konkurrenz der Militärkapellen einzuschreiten. Beide Resolutionen gelten als Anträge zum Parteitag, zu welchem die Genossen Kössner, Witte und Schäffer delegiert werden; als Ersatzmann wurde Genosse Wendel gewählt.

Zur Generalversammlung von Groß-Berlin wird folgender Antrag angenommen:

„Bei wichtigen Anlässen (18. März usw.) sollen vorher die zahlhabende beraten, welche Stellungnahme hierzu einzunehmen ist.“

Es sollen die Genossen nicht wieder vor fertige Tatsachen gestellt werden, wenn sie den Anforderungen nicht voll und ganz nachkommen können.

Nach Erledigung der Delegiertenwahl erfolgt in ziemlich vorgerückter Stunde Schluß der Versammlung.

Dritter Wahlkreis.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den dritten Wahlkreis tagte im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Der Vorsitzende, Genosse Pohl gab im Vorstandsbericht eine Übersicht der Tätigkeit in der Zeit vom 1. Januar bis zum 30. Juni, wobei er die große Arbeit vor und bei der Landtagswahl besonders hervorhob und betonte, daß ein Teil der Genossen große Opfer gebracht habe. Ende Juni zählte der Wahlverein 2768 Mitglieder. 3100 „Vorwärts“-Leser waren vorhanden. Genosse Harndt als Kassierer erstattete für die gleiche Zeit den Kasienbericht. Einschließlich eines vom Vorjahr übernommenen Bestandes von 2787,68 Mark wurden insgesamt im halben Jahr 11111,95 M. eingenommen. Nach Verrechnung der Gesamtausgabe von 7068,74 M. verblieb am 30. Juni ein Bestand von 4043,21 M. — Dem Kassierer wurde Decharge erteilt.

Für die Generalversammlung von Groß-Berlin wird aus der Mitte der Versammlung beantragt:

„Parteiengenossen, welche zwei Jahre politisch und gewerkschaftlich organisiert sind, wird nach zwei Monaten Arbeitslosigkeit oder Krankheit der „Vorwärts“ gratis geliefert; der Antragsteller muß aber seit mindestens zwei Jahren Abonnent des „Vorwärts“ sein.“

Der Antragsteller Kaminer wünscht, daß die Delegierten verpflichtet werden, in der Generalversammlung von Groß-Berlin für diesen Antrag einzutreten. Wegen der Schwierigkeit der Kontrolle und der Höhe des zu erwartenden Ausfalls u. a. wurde der Antrag von verschiedenen Seiten bekämpft, während andere Redner lebhaft dafür eintraten. Die große Mehrheit stimmte für den Antrag. Darauf wurden die Delegierten zur Generalversammlung gewählt.

Den Parteitag in Nürnberg betraf der nächste Punkt der Tagesordnung. Genosse Redakteur Bloch hatte das Referat dazu übernommen. Der Parteitag werde, so führte er aus, harte Arbeit haben. Die Ereignisse in den letzten Tagen hätten bewirkt, daß er ein Schlachtfeld sein werde, wo über einige der wichtigsten Fragen zu kämpfen sei. Es werde zu heftigen Auseinandersetzungen kommen. Die Frage der Budgetbewilligung werde einen großen Teil der Zeit in Anspruch nehmen. Aber sie dürfe andere wichtige Fragen nicht in den Hintergrund drängen. Wichtig seien die Fragen, wie die Frauen- und Jugendorganisationen zu gestalten seien und welche Direktiven der Bildungsausschuß erhalte. Sie erforderten eine sorgfältige Behandlung. Die geringste Meinungsverschiedenheit werde sich in bezug auf die Frauenorganisation herausstellen, denn da könnten nur in Zweckmäßigkeitsfragen abweichende Meinungen vorhanden sein. Jedenfalls dürfe man nicht vergessen, daß die Frauen die Agitation unter den Frauen am besten selbst betreiben. Minder leicht werde eine Einigung in der Frage der Jugendorganisation sein. Die Vereinbarungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission und die Stellungnahme des Gewerkschaftskongresses, auf die Redner verweist, haben schon zu einer lebhaften Diskussion geführt. Besonders von solchen Genossen, die sich mit Erziehungsfragen befaßt hätten, sei erklärt worden, daß der Lebensnerv einer wirksamen Jugendorganisation nur die Selbständigkeit der Jugendorganisation sein könne, daß sie nicht von oben herab, sondern gewissermaßen aus der Jugend selbst kommen müsse. Es sei bezeichnend, daß selbst von den Protektoren usw. der unter Irthümlicher Buchtel lebenden Jugendvereine eine gewisse Mitbeteiligung der Jugend empfohlen werde. Alles dränge nach einer gewissen Selbständigkeit. Wir mühten versuchen, uns von alten Autoritätsprinzipien frei zu machen und mühten anerkennen, daß eine Selbsterziehung möglich und nötig sei, die von Seiten der Erwachsenen Mai und Unterstützung, nicht aber Kommando erfahre. Von seinem Standpunkt aus, wäre es das Beste, wenn der Parteitag an die Frage der Agitation durch Komitees herantrete usw.; aber daneben solle eine selbständige Jugendorganisation, die Bildung, körperliche Erziehung und Unterhaltung pflege, ruhig weiter bestehen, und wo sie noch nicht bestimme, sich neu bilden können. Es solle eine Verbindung geschaffen werden zwischen den Erwachsenen

und Jugendlichen; sie dürfe nicht zerreißen, solle aber nicht das Verhältnis des Korporals zum Untergebenen, sondern das des älteren zum jüngeren Freunde sein. Der Bildungsausschuß werde diesmal über Tatsachen berichten können. Wahrscheinlich werde die Parteischule Angriffe erfahren. Im Lande sei schon die Meinung verbreitet worden, daß die großen Ausgaben zu wenigen zugute käme, und Kurt Eisner sei aufgetreten und habe verlangt, daß die Lehrkräfte vertrieben würden, damit sie jedem Landesteil zugute kämen. Einem derartigen Verlangen müsse der Parteitag in schärfster Weise entgegenreten. Ihre Aufgabe könne die Parteischule nur so erfüllen, wie sie sei. Da Eisner die Personalverhältnisse der Schule genau kenne und wisse, daß alle Lehrkräfte, bis auf eine, an Berlin gefesselt seien, so sei die Auffassung wohl richtig, daß er die Dezentralisation nur verlangt, weil ihm die Richtung des Lehrkörpers nicht passe. — Im Anschluß an Hinweise auf die Vorträge über „Sozialpolitik und neuer Kurs“ und „Reichsfinanzreform“ unterwarf Redner die Budgetbewilligungen in Bayern und Baden einer längeren kritischen Besprechung, wobei er im wesentlichen den Standpunkt des „Vorwärts“ vertrat und nachwies, daß die fraglichen Landtagsfraktionen und ihre Freunde in der Presse sich nicht auf den Absatz 8 der Lübecker Resolution beziehen könnten. Er schloß: Selbst wenn, was nicht der Fall sei, jene Etats unseren Anforderungen entsprächen, hätte kein Grund zur Budgetbewilligung vorgelegen, weil die Regierung auch dann noch der Ausdruck der Klassenherrschaft über das Proletariat bliebe und ihr keine Mittel bewilligt werden könnten. Er hoffe, daß die Mehrheit des Parteitages die grundsätzlich einschlechte Feindschaft dem kapitalistischen System gegenüber aufrecht erhalten und keine Abmilderung dulden werde. (Lebhafte Zustimmung.)

Genosse Raschke (von der Bewegung der Jugendlichen) begründete ausführlich folgende, von ihm gestellte Resolution:

„Der Parteitag erhebt Protest gegen die von der Blockmehrheit des Reichstages beschlossene politische Entrechtung der Jugend. Das Bestreben der Gegner, die heranwachsende Jugend der sozialdemokratischen Aufklärung zu entziehen, verpflichtet die Partei, im härtesten Maße als bisher die proletarische Jugend im Sinne der sozialistischen Weltanschauung zu erziehen. Der Parteitag sieht in der Betätigung der schulentlassenen Jugend in selbständigen unpolitischen Organisationen ein erfreuliches Zeichen des bei der heranwachsenden Generation erwachenden Tätigkeitsdranges, sowie ihres Freiheits- und Solidaritätsgefühls. Die Wahrnehmung wirtschaftlicher Interessen in Verbindung mit der Aufklärungsarbeit durch eigene Organisationen der Jugend sind geeignete Mittel zur Heranbildung tüchtiger Kämpfer für die moderne Arbeiterbewegung.“

Unter Aufrechterhaltung der Beschlüsse von Mannheim und Offen verpflichtet der Parteitag die Genossen in allen Orten, die Jugendbewegung nach Kräften zu unterstützen.

Die Selbständigkeit der Jugendorganisation bleibt gewahrt, jedoch ist es ratsam, daß örtliche Komitees, die sich aus Vertretern der erwachsenen Arbeiterschaft zusammensetzen, den Jugendlichen mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Zur Förderung der Bildungsbestrebungen unter der proletarischen Jugend wird ein Zentralkomitee für Deutschland eingeführt, das zu gleichen Teilen aus Vertretern des Parteivorstandes, der Generalkommission, des Bildungsausschusses und Praktikern der Jugendorganisation gebildet wird. An Orten, wo selbständige Jugendorganisationen nicht bestehen, werden Komitees für die Agitation unter der Jugend gebildet.

Dem Zentralkomitee wird die Herausgabe einer Jugendzeitschrift übertragen.“

Genosse Apich verurteilte scharf die Handlungsweise der süddeutschen Budgetbewilliger. — Genosse Huber legte dar, daß die Gewerkschaften sehr wohl auf dem Gebiete der Jugendagitation und Erziehung tüchtiges leisten könnten. — Genosse Gehrmann betonte, daß die Jugend vom 18. Lebensjahre ab sich den Gewerkschaften und politischen Organisationen anschließen habe. Es bleibe die Jugend zwischen dem 14. und 18. Jahr. Diese könne aber nicht von Gleichaltrigen erzogen werden. Daher der Gedanke des Komitees, die Leitung zu übernehmen. Zur Budgetfrage beantragt Gehrmann folgende Resolution:

„Die Verammlung verurteilt die langlebend vorbereitete Budgetbewilligung der bayerischen und badischen Landtagsfraktion als einen schweren Verstoß gegen die Grundsätze und Beschlüsse der Gesamtpartei. Sie erklärt die Verurteilung auf den 8. Absatz der Lübecker Resolution als durchaus verfehlt. Zwingende Gründe hat keine der Fraktionen für ihre Zustimmung anzuführen vermocht. Die Verammlung verurteilt ebenso die Weigerung, dem Parteivorstand als der von der Gesamtpartei bestellten Parteileitung Auskunft über die Beschlüsse der Fraktionen zu erteilen, als einen groben Verstoß gegen den Sinn des Organisationsstatuts und die Einheit der Partei. Ebenso kann das Verhalten derjenigen Parteipresse, die dem Vorgehen jener Fraktionen zugestimmt hat, nicht gebilligt werden. Die Verammlung fordert eine Regelung in dem Sinne, daß der 8. Absatz der Lübecker Resolution gestrichen wird.“

Nachdem noch Raschke die Gewerkschaften für geeignet erklärt hatte, sich der Jugendlichen anzunehmen, machte der Referent in seinem Schlusswort darauf aufmerksam, daß eine selbständige Jugendorganisation dem Anschluß an die Gewerkschaften nicht entgegenstehe.

Die obige Resolution Raschke, die Jugendlichen betreffend, und die Resolution Gehrmann zur Budgetfrage wurden angenommen. Ferner machte die Verammlung den Antrag zu dem ihren, daß auf die Tagesordnung des Parteitages 1909 die Frage der läublichen Arbeiter als erster Punkt zu setzen sei. — Zu einem Antrag Paul Jahns auf Wiederaufnahme in die Partei wurde gegen eine Stimme beschlossen, die Wiederaufnahme nicht zu empfehlen.

Als Delegierte zum Parteitag wurden die Genossen Pohl, Justin Braun und Kaminer und als Ersatzmann Fritz Schmidt gewählt.

Nach einem kurzen Referat des Genossen Gehrmann zur bevorstehenden Provinzialkonferenz stimmte die Verammlung der Vorlage für das Organisationsstatut zu. Als Delegierte sollen die Konferenz die Genossen Robert Dinger, Karl Alf und Khsche besuchen, als Ersatzmann eventuell Kaminer.

Als Revisor im Vereinsvorstand wurden (für zwei Ausgeschiedene) die Genossen Gustav Müller und Khsche bestätigt. Zum Revisor wählte man den Genossen Grimm.

Vierter Wahlkreis.

Die zahlreich besuchte, im Keller des Festsaales tagende Versammlung wurde um 9 Uhr von dem Genossen Hoffmann eröffnet. Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte ergriß Genosse Strödel das Wort zu seinem Vortrage über den Parteitag in Nürnberg.

Der Referent streifte kurz die Frage der Frauenorganisation und wandte sich dann zum Punkt Jugendorganisation. Die bekannte Abmachung zwischen Parteivorstand und Generalkommission könne keinen endgültigen Beschluß bedeuten. Der Parteitag selbst habe in dieser Angelegenheit zu bestimmen. Man hat gesagt, die selbständigen Jugendorganisationen hätten sich nicht bewährt; sie hätten es vielfach an der nötigen Besonnenheit fehlen lassen. Selbst wenn das letztere zuträfe, so ist das kein Grund, gegen die selbständigen Jugendorganisationen zu sein. Auch Partei und Gewerkschaften hätten ihre Pflichten. Die Entwicklung von Partei und Gewerkschaften hat bewiesen, daß eine solche Körperschaft nur lebensfähig ist, wenn sie das Recht der Selbstverwaltung hat. Für die arbeitende Jugend liegt nicht nur die Aufgabe vor, sich sportlich und körperlich zu schulen, sondern es ist nötig, sie geistig zu erziehen. Ihr die sozialistische Weltanschauung einzuführen. Die Jugendorganisationen sollen den modernen Geist auch in die jugendlichen Kreise hineintragen.

In der Meißnerfrage hat bekanntlich der Parteivorstand Abmachungen mit der Gewerkschaftskommission getroffen. Wir haben gesehen, daß die Meißner nicht den Charakter angenommen hat, den sie eigentlich annehmen sollte. Aber doch hat die Arbeitsruhe am 1. Mai festig um sich gegriffen. Dort, wo die Organisationen

der Meißner keinen Widerstand entgegengekehrt haben, hat sie so bedeutende Fortschritte gemacht. Alle Parteitage, die sich mit der Frage beschäftigten, haben erklärt, die würdigste Form der Meißner sei die Arbeitsruhe. Andererseits haben sich die Gewerkschaften mehr und mehr auf den Standpunkt gestellt, daß es sich nicht lohne, für die Meißner Aufwendungen zu machen. Mit dieser Tatsache müssen wir rechnen. Wir müssen uns endgültig entscheiden. Das, was wir erobert haben, müssen wir möglichst halten. Wenn die Meißner den Charakter der Arbeitsruhe behalten soll, müssen wir nach Mitteln und Wege suchen, um die Opfer dafür aufzubringen. Es ist vielleicht ein abgeleiteter Weg, Markmarken an diejenigen abzugeben, die verhindert sind, zu feiern und für die Unterhaltungen eine Zentralkasse über das ganze Reich zu schaffen.

Wenn wir die Frage der Reichsfinanzreform und im Anschluß daran die der Budgetbewilligung richtig beurteilen wollen, müssen wir uns die allgemeine politische Situation ansehen. Die Blockpolitik hat bewirkt, daß die Anforderungen unserer Weltpolitik ins Uferlose gestiegen sind, daß eine Aera des schärfsten internationalen Wettlaufes eingetreten ist. Auch der Reichsbedarf, an dem Deutschland krankt, ist eine weitere Folge der Blockpolitik. Freisinn und Zentrum sind bereit, der Regierung die erforderlichen 500 Millionen Mark neuer Steuern zu bewilligen. Das ganze Bürgertum hat sich zu einer reaktionären Masse zusammengesetzt, um der arbeitenden Klasse neue schwere Lasten aufzubürden. Diese Politik wird nicht nur von den reaktionären Parteien im Reich und in Preußen unterstützt, sondern auch von allen Parteien in den süddeutschen Staaten. Man kann nicht eine künstliche Scheidung machen zwischen Preußen und den süddeutschen Staaten. Es gab für unsere süddeutschen Genossen keine zwingenden Gründe, für das Budget zu stimmen. Wenn in der norddeutschen Parteipresse ein scharfer Ton angeschlagen ist, so findet das seinen Grund in dem Verhalten der süddeutschen Parlamentarier gegen den Parteivorstand und in der Geheimkonferenz. Da ist über eine Frage verhandelt worden, die vor dem Parteitag gehört. Die Fraktionsmitglieder sind genau wie jeder andere funktionäre Beauftragte der Partei und haben im Sinne der Partei zu handeln. Das Ergebnis der Stuttgarter Beratungen hat sich in Baden und Bayern gezeigt. Wir wollen uns nicht darüber täuschen lassen, daß tatsächlich in Süddeutschland Rührarbeit gegen den Lübecker Beschluß geleistet worden ist. Der Parteitag muß in dieser Angelegenheit ein ernstes Wort sprechen. Wenn die „Frankische Tagespost“ streng darauf sehen will, daß die kleinen Kreise nicht zu stark vertreten sind, so regelt sich diese Frage einfach nach dem Organisationsstatut. Will sie eine proportionale Vertretung auf dem Parteitag, so kann das den Berlinern nur recht sein. Bayern, Baden, Württemberg haben zusammen 61 000 Organisierte und können insgesamt 234 Delegierte entsenden, während Groß-Berlin mit 88 000 Organisierten nur 24 Delegierte stellen kann. Der Nürnberger Parteitag hat die Aufgabe, die Einheit und den Massencharakter der Partei zu wahren! (Lebhafte Beifall.)

Der Vorsitzende verlas dann die eingegangenen Anträge und Resolutionen.

Die Diskussion drehte sich zunächst um die Frage der Meißner. Die Mehrzahl der Redner sprach sich für ein Festhalten an der Arbeitsruhe aus.

Bei der Abstimmung über diesen Punkt wurde der Antrag, noch einmal in Verhandlungen über die Meißner einzutreten, abgelehnt und mit großer Majorität beschlossen:

„Die Feiern des 1. Mai unter allen Umständen durch Arbeitsruhe zu begehen und zu diesem Zwecke durch die Presse, durch Broschüren und Versammlungen geeignete Agitation dafür zu entfalten.“

Der Antrag der Genossinnen, den § 11, Absatz 1, Satz 2 des Parteistatuts zu streichen, wird ohne Debatte angenommen.

Ein Antrag, als besonderer Verhandlungsgegenstand auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen: „Die gegenwärtige Kriegslage in Deutschland“, wird nach einer beifällig aufgenommenen Begründung durch Ostrowski einstimmig angenommen.

Zur Frage der Jugendorganisation erhält dann das Wort noch Genosse Peters, der in temperamentvollen Ausführungen die Stellung der freien Jugendorganisation vertritt. Nach dem Beschluß des Hamburger Generalkongresses solle die Jugendorganisation vernichtet werden. Man dürfe nicht ad hoc über die Organisation der arbeitenden Jugend hinweggehen. Noch bestehen überall in Norddeutschland Organisationen und in Süddeutschland habe man die Auflösung schon bitter bereut. Der Genosse Schmidt hat in seinem Referat einen Standpunkt vertreten, den die Mehrheit der Genossen nicht teilen kann. Der Generalkongress hätte nicht das Recht, in dieser Frage selbständig zu entscheiden. Es wäre Pflicht gewesen, den Genossen selbst die Entscheidung über diese wichtige Frage zu überlassen. Die Jugendorganisationen in Nord- und Süddeutschland haben es unglücklich auf je 5000 Mitglieder und zusammen auf etwa 20.000 Leser der Presse gebracht. 20.000 Jugendliche sind zu einem gemeinsamen Zweck zusammengeführt; diese Arbeit will man nun vernichten. Die Jugendorganisationen hätten ein reiches Betätigungsfeld. In konfessionellen Verbänden sind allein 825 000 Jugendliche vereinigt. Nur eine freie, selbständige Jugendorganisation könne die Jugendlichen für uns gewinnen. Wir wollen nicht die Herrübernahme, sondern den Ausbau der Jugendorganisation.

Genosse Schröder sprach im Sinne des Hamburger Kongresses für Jugendabteilungen der einzelnen Gewerkschaften.

In der Abstimmung wurde folgender Antrag Peters mit großer Mehrheit angenommen:

„Der Parteitag spricht den selbständigen proletarischen Jugendorganisationen seine volle Sympathie aus und verpflichtet die Parteigenossen allerorts, unter strenger Beachtung des Vereinsgesetzes freie Jugendorganisationen nach norddeutschem Muster zu bilden und ihre Entwicklung tatkräftig zu fördern.“

Ein Antrag, auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen: „Sozialdemokratie und Genossenschaften“ wurde vom Genossen Brückner begründet und von der Versammlung angenommen.

Genosse Hagedorn sprach dann zur Budgetbewilligung durch die süddeutschen Landtagsfraktionen. Man könne dem Parteivorstand und dem „Vorwärts“ für ihre energische Eingriffe nur dankbar sein. Die Revisionisten seien der Ansicht, daß sie Oberwasser bekommen. Wir müssen auf dem Parteitag ganze Arbeit leisten. Er nehme an, daß die große Masse der süddeutschen Genossen mit ihren Führern nicht einverstanden ist.

Adolf Hoffmann führt aus: Der Disziplinbruch liege darin, daß man dem Parteivorstand keine Auskunft gegeben habe. Die süddeutschen Abgeordneten hätten kein Recht, für den Etat zu stimmen. Der Schwerpunkt ihres Verstoßes liege darin, daß sie selbständig in einer Frage entschieden haben, über die nur die Gesamtpartei beschließen könne. Auch die Sache in Geheimkonferenzen zu besprechen, hätten sie ihre Genossen um ihre Meinung fragen sollen.

Die Verammlung nahm in dieser Angelegenheit folgende Resolution an:

„In der Stellungnahme der süddeutschen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten zur Budgetbewilligung der Einzelabteilungen erblickt die heute, am 18. August, tagende Generalversammlung des Wahlvereins für den vierten Berliner Reichstagswahlkreis einen groben Verstoß gegen den Lübecker Parteitagbeschluß und somit einen völligen Bruch der unbedingt erforderlichen und hochzuhaltenden Parteidisziplin.“

Dieser Vorgang bedeutet einen kräftigen Verstoß der revisionistischen Arbeit, einen Schritt nach rechts, eine Annäherung an die Bürgerlichen, zur Reformpartei. Die Generalversammlung erwartet deshalb, daß der in Nürnberg stattfindende Parteitag mit aller Deutlichkeit erklärt, daß die Beschlüsse der Parteitage auch für die süddeutschen Landtagsabgeordneten bindend sind. Die Stellungnahme des Parteivorstandes als oberste Instanz der Partei und die Haltung des „Vorwärts“ als Zentralorgan in dieser Angelegenheit ist deshalb nur zu billigen.

Zur Brandenburger Konferenz werden keine Anträge gestellt.

Als Delegierte zum Parteitag wurden gewählt Otto Wächner, Paul Hoffmann und Paul Riffin. Auf der Provinzialkonferenz wird der Kreis vertreten durch die Genossen Karl Vethke, Wilhelm Sue und Ernst Wilhelm.

Fünfter Wahlkreis.

Die zahlreich besuchte Generalversammlung, die im „Alten Schützenhaus“ tagte, ehrte vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken der verstorbenen Mitglieder Nowatschek und Thies sowie des Reichs- und Landtagsabgeordneten Ehrhart.

Der Vorstandsbericht, den der Vorsitzende Friedländer gab, konnte wegen der Reichhaltigkeit der Tagesordnung nur kurz ausfallen. Der Redner führte aus, daß wegen der Wahlrechtsbewegung und wegen der Landtagswahlen die eigentliche Vereinsaktivität hintenangelassen werden mußte. Es fanden denn auch im vergangenen Halbjahre nur drei Vereinsversammlungen statt. Bei der Landtagswahl war der 5. Kreis infolgedessen besonders ungünstig gestellt, als er an drei verschiedenen Wahlbezirken, dem 7., 8. und 10., beteiligt war. Im 10. Wahlbezirk war am meisten Aussicht vorhanden, den Kandidaten der Partei durchzubringen. Infolge der schlaun Wahlkreisgeometrie war es jedoch trotz der größten Anstrengungen nicht möglich, die Wahl des Genossen Ledebour zu sichern. An der Wahlrechtsbewegung wie den Straßendemonstrationen haben sich die Genossen vom 5. Kreise nicht minder lebhaft wie die übrigen Genossen beteiligt. Der Redner wies schließlich noch auf die Veränderungen in der Organisation der Frauen hin, die das Reichsvereinsgesetz zur Folge hat, und sprach die Erwartung aus, daß nach endgültiger Regelung die Genossinnen auch im Verein mit größtem Eifer für die Partei tätig sein werden.

Die Abrechnung, die der Kassierer Kirste vorlegte, schließt mit einer Einnahmesumme von 6751,40 M. und einer Ausgabe von 5502,95 M., so daß ein Bestand von 1248,45 M. übrig blieb. Unter den Ausgaben sind 1400 M. für Beiträge an den Verbandsvorstand. — Nach Beantwortung einiger Anfragen erteilte die Versammlung auf Antrag der Revisoren dem Kassierer einstimmig Entlastung.

Zum Parteitag in Nürnberg führte der Referent Riepmann unter anderem aus, er habe geglaubt, daß dieser einer von den ruhigen, nicht aufregenden Parteitagen sein werde. Inzwischen habe sich die Situation so verschoben, daß Gegenstände prinzipieller Natur auftauchten, die gründlicher Erörterung bedürften. Die Delegierten würden nach Nürnberg gehen mit der besten Absicht, die Einigkeit innerhalb der Partei zu befestigen, dabei aber auch deutlich zum Ausdruck zu bringen, daß es keinen Unterschied zwischen Nord und Süd geben kann, die Parteigenossen und ihre Abgeordneten sich dort wie hier unbedingt nach den Parteitagsschlüssen zu richten haben. Falls wirklich der Lübecker Parteitagsschluß über die Budgetbeschränkung irgendwelche Deutungen, wie man sie in Süddeutschland verleiht, zulasse, so müsse von neuem festgestellt werden, daß es nur ein Recht und eine Pflicht in der Partei gibt. Der Redner besprach sodann auf Grund des Parteivorstandsberichtes die wichtigsten Ereignisse innerhalb der Partei und ihrer Bestrebungen. Er erwähnte dabei, wie der Parteivorstand den Berliner Genossen das Zeugnis ausstellt, daß sie in der Wahlrechtsbewegung ihre Aufgabe ausgezeichnet erfüllt haben, wie aber andererseits in den „Sozialistischen Monatsheften“ Dr. Bloch davon faßelt, daß, wenn dem Klan, mit dem die Genossen den Kampf eröffnen, die strategische Tüchtigkeit ihres Generalstabes entsprochen hätte, noch ganz andere Erfolge erzielt worden wären. Der Redner erklärte hierzu, daß Bloch offenbar keine Ahnung davon habe, wie der Kampf organisiert wurde, wie die Genossen schon lange vorher zu instruktiven Kurien zusammenberufen wurden, wie man in kürzester Zeit die Organisation der Landtagswahlbezirke schuf, wie überhaupt die Organisation unserer Genossen vortrefflich funktioniert. Die Bezirksführer und die Leitung hätten wahrlich etwas anderes verdient, als daß man sie als ganz gute Kerle hinstelle, die es nicht besser zu machen verstanden hätten. Ein Unrecht sei es, ihre Mühe und Arbeit in dieser Weise zu verkleinern; das zeuge nicht nur von Unkenntnis, sondern auch von bösem Willen. Zur Frauenorganisation sprach der Redner die Hoffnung aus, daß die Genossinnen sich so lebhaft und zahlreich im Wahlverein beteiligen werden, daß die Genossen auf der Duz sein müssen, um es ihnen gleich zu tun. Hinsichtlich der Jugendorganisation steht der Redner auf dem Boden der von Parteivorstand und Generalkommission gemeinsam angenommenen Resolution. Da das soziale Reichsvereinsgesetz eine sozialistisch-politische Organisation der Jugend unmöglich macht, könne es sich in der Hauptsache nur um die sozialistische Erziehung handeln. Im übrigen aber habe die Partei alles Interesse daran, daß die jungen Leute, wenn sie 18 Jahre alt sind, der einheitlichen sozialistischen Organisation der Erwachsenen beitreten. Zu der großen Aufregung, die bei einigen Parteigenossen über die Vorschläge Platz gegriffen habe, liege gar keine Veranlassung vor. Zum Kassenerbericht bemerkte der Redner, daß die Berliner diesmal in ihren Leistungen für die Partei von den Hamburgern überlagert wurden, aber nach wie vor den Ehrgeiz haben mühten, nach den Worten des verstorbenen Genossen Ehrhart als die „Bankiers der Partei“ zu gelten. In der Moskauer dürfte es selbst im eigenen Interesse der Gewerkschaften kein Zurückweichen vor dem verbündeten Unternehmertum geben, und darum dürften aber auch bei der Unterstützungsfrage die Hauptfragen nicht ausgeschaltet werden. Nachdem der Redner noch mit einigen treffenden Worten die Punkte Finanzreform und Sozialpolitik gestreift hatte, ging er ausführlicher auf das Verhalten der badischen und bayerischen Landtagsfraktionen ein, verlas die Lübecker Resolution und zeigte, wie die süddeutschen Genossen, die bei der preussischen Wahlrechtsbewegung in Telegrammen ihrer Sympathie und Solidarität Ausdruck gaben, mit ihrer Budgetbewilligung eben diese Solidarität verletzten. Der Redner erwähnte auch die neuesten Auslassungen des „Frankfurter Tagespost“ über „künstliche Häufung von Mandaten“ und „Mandatslauf“, die um so ärgerliche erscheinen, als die 81 000 organisierten Genossen Bayerns, Wabens und Württembergs eine zehnfach größere Zahl von Delegierten als die 86 700 Berliner Genossen zum Parteitag schicken können. — Der Parteitag müsse von neuem klarstellen, daß es keine besondere badische, bayerische usw. Sozialdemokratie, sondern nur eine deutsche und internationale Sozialdemokratie gibt.

In der Diskussion nahm zunächst Karl Vöthcher das Wort, sprach in halbständiger Rede für Erhaltung der selbständigen Jugendorganisation und empfahl eine dementsprechende Resolution. Der Redner hob besonders hervor, daß die Jugendorganisation in manchen Betrieben für die Abstellung schwerer Mißstände hinsichtlich der Ausbeutung und schlechten Behandlung der Lehrlinge und jungen Arbeiter gefordert habe, somit praktisch Jugendschutz betreibe, wo es den Organisationen der Erwachsenen nicht möglich sei, und daß die selbständige Jugendorganisation gerade bei der jetzigen wirtschaftlichen und politischen Lage erhalten und gefördert werden müsse. — Zu dieser Frage lag außerdem ein Antrag der 3. Abteilung vor, die Delegierten zu verpflichten, für die Erhaltung der selbständigen freien Jugendorganisation einzutreten. — Im selben Sinne äußerte sich Genosse Rietzsch und wünschte, daß den Delegierten in dieser Hinsicht ein gebundenes Mandat gegeben werde.

Zu den Vorfällen in Süddeutschland lag folgender Antrag von Dr. Wehl vor: „Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins für den 5. Kreis erklärt in dem Verhalten der badischen und bayerischen Landtagsfraktionen einen Disziplinbruch, den sie auf das schärfste mißbilligt. Sie erwartet, daß der Parteitag in Nürnberg in ganz entscheidender Weise dazu Stellung nimmt.“

Obwohl er sich gegen diese Resolution und meinte, daß die Berliner Genossen sich nicht so recht in die süddeutschen Verhältnisse hineinreden könnten. Wahrscheinlich werde der Parteitag in der Frage einen nach beiden Richtungen schwankeenden Beschluß fassen. — Dr. Wehl begründete seine Resolution und wünscht ferner, daß der Parteitag die Lübecker Resolution erneuern möge, jedoch unter Ausschaltung der Sätze, die eine Ausnahme von der allein richtigen, prinzipiellen Haltung zulassen. Wenn man den Delegierten auch in dieser Frage kein gebundenes Mandat aus-

erlegen wolle, so sollte man ihnen doch in Form eines Beschlusses die Meinung der Mitglieder mit auf den Weg geben. Der Redner erhob sodann Beschwerte über einige Sätze des Artikels „Die Schmach von Villeneuve“ in Nr. 179 des „Vorwärts“, in denen davon die Rede ist, daß es dem Militär „äußerst schwer gemacht war“, die Ruhe zu bewahren, und daß die Ereignisse „nicht so leicht zu vermeiden“ gewesen wären. Der Redner meinte, daß diese Sätze Entrüstung unter den deutschen Genossen hervorgerufen hätten und sicherlich von den französischen Bourgeoisblättern zur Beschönigung der Militärbrutalität übernommen worden seien. — Welchs sprach, diese Angelegenheit, dem Wünsche Wehls gemäß, in der Prekonferenz vorzubringen, zeigte aber auch, daß die Sätze im ganzen Zusammenhang des Artikels in ein anderes Licht kommen. Zur Frage der Jugendorganisation wie zu dem Verhalten der süddeutschen Parlamentarier äußerte der Redner sich durchaus im Sinne des Referenten. — Nach einem Schlußwort Riepmanns wurde über die vorliegenden Anträge abgestimmt. Die Abteilung 3 zog ihren Antrag zugunsten der Resolution Vöthchers zurück. Diese Resolution wurde dann gegen eine starke Widerheit abgelehnt. Die Resolution Dr. Wehls über die Budgetbewilligung wurde gegen eine Stimme angenommen. Ferner beschloß die Versammlung einstimmig, dem Parteitag die in Lübeck 1901 von Debel vorgeschlagene Resolution 104 zur Annahme zu empfehlen, allerdings unter Auslassung der nicht mehr den Tatsachen entsprechenden Worte „dem Beispiel der bayerischen und badischen Genossen folgend“.

Als Delegierte zum Parteitag wurden die vom erweiterten Vorstand vorgeschlagenen Genossen Riepmann, Fräbel und Julius Fahr, sowie als Ersatzmann Hanisch gewählt. Zur Provinzialkonferenz verzichtete Genosse Zucht der vorgeschrittenen Zeit wegen auf das Referat. Anträge lagen nicht vor. Als Konferenzdelegierte wurden die Genossen Rippel, Karl Vöthcher und Willi Fahr gewählt.

Zur Verbandsgeneralversammlung stellte Riepmann den Antrag, daß das „Mitteilungsblatt“ allen Genossen geliefert werden sollte, was die Versammlung jedoch nicht gutheißt. — Die von den Abteilungen vorgeschlagenen 11 Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung wurden einstimmig gewählt.

Schließlich wurde noch ein Antrag der 1. Abteilung gutgeheißen, wonach hier in Zukunft die Flugblätterverteilung von den Bezirken aus erfolgen soll. Die nächste Mitgliederversammlung soll sich jedoch mit der Frage befassen, wie nun die Hilfsleistung der Genossen gegenüber den schwächeren Abteilungen geregelt werden soll.

Sechster Kreis.

Die Generalversammlung des Wahlvereins des sechsten Berliner Reichstagswahlkreises fand in der Germania-Festhalle, Chausseestraße, statt.

Der Vorsitzende, Genosse Freythal, erstattete den Bericht des Vorstandes. Er erinnerte an die lebhafteste Bewegung, die der Wahlrechtskampf in Berlin hervorgerufen hatte, und zeigte, wie eifrig die Genossen des sechsten Kreises sich daran beteiligten. Der Wahlkampf selbst nahm dann die ganze Energie der Genossen in Anspruch und man kann wohl sagen, daß das Resultat nicht unbefriedigt ließ; man sah eine erfreuliche Zunahme der Stimmen auf der ganzen Linie. Redner gibt eine Uebersicht über die Steigerung der gewonnenen Wahlmännereffern und weist die Vorwürfe über den angeblichen Terrorismus, den die Genossen ausgeübt haben sollen, zurück. Er erinnert dann an die Versammlungen der Arbeitslosen im Kreise, an die Protestversammlungen gegen das neue Vereinsgesetz, an die Verbreitung ungeheurer Massen von Flugblättern und an die Aufnahme der Frauen in die Organisation. Im Anschluß hieran führt er den Mitgliederbestand an. Ende letzten Jahres zählte der Verein 22 821 Mitglieder, 3744 wurden in dem halben Jahre vom 1. Januar bis 30. Juni 1908 neu aufgenommen, aber 3335 mußten gestrichen werden, 22 wurden ausgeschlossen, 4408 waren mehr als sechs Monate mit ihren Beiträgen im Rückstande. Am 30. Juni war der Bestand an Mitgliedern 22 944, die Zunahme in einem halben Jahre betrug also nur 129. Durch den Eintritt der Genossinnen wurde der Bestand um 2014 erhöht, beträgt also jetzt 25 668.

Das Andenken der verstorbenen Genossen, 64 an der Zahl, wurde in der üblichen Weise gelehrt und dabei auch des Genossen Ehrhart gedacht.

Zwei Generalversammlungen fanden in der Berichtszeit statt, ferner 5 Versammlungen mit belehrenden Vorträgen, 21 Vorstandssitzungen, 8 Kreisokonferenzen und zahlreiche Sitzungen zur Wahlagitiation. Der Redner schloß seinen Bericht mit einem Appell zum eifrigen Werden für unsere Partei.

Genosse Müller erstattete den Kassenerbericht für das letzte halbe Jahr. Die Einnahmen betrugen 80 082,70 M., die Ausgaben betragen 58 772,99 M., der Bestand ist demnach 1250,71 M. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer entlastet. Er gab noch eine Liste von 31 Personen bekannt, die wegen Pflichtverfalls bei der Landtagswahl von der Partei ausgeschlossen wurden.

Die eingegangenen Anträge kamen darauf zur Erlebigung. Angenommen wurde der Antrag, der Verbands-Generalversammlung zu empfehlen, daß denjenigen Mitgliedern, die länger als zwei Jahre politisch und gewerkschaftlich organisiert und zwei Jahre Abonnent des „Vorwärts“ sind, nach zweimonatlicher Arbeitslosigkeit der „Vorwärts“ auf Verlangen gratis geliefert werde.

Ein weiterer Antrag, jedem Genossen, falls er ein Jahr Mitglied ist, im Todesfalle einen Kranz zu liefern, und zwar aus Kosten der Kasse des Kreises, wurde vom Vorstand bekämpft, weil man unliebsame Erfahrungen in dieser Richtung gemacht habe. Die Versammlung nahm aber den Antrag nach kurzer Diskussion an.

Die Vorschlagsliste der 151 Delegierten zur Verbands-Generalversammlung, wie sie von den 11 Abteilungen vorgelegt wurde, erhielt die Bestätigung durch die allgemeine Zustimmung der Versammlung.

Zum Parteitag in Nürnberg lagen einige Anträge vor, die ebenfalls Annahme fanden. Ein Antrag fordert eine Veränderung in der Delegiertenbesetzung und zwar dahingehend, daß bis 5000 Mitglieder durch drei Delegierte zu vertreten seien und für je weitere 5000 noch ein Delegierter zu wählen sei. Die Versammlung war damit einverstanden und ebenso mit dem Wunsche der Genossinnen, den § 11 Absatz 1, Satz 2 des Parteistatuts zu streichen, der dahin lautet, daß auch die Genossinnen in eigenen Versammlungen Delegierte wählen können. In ihrem Antrage heißt es: „Bei der jetzigen gemeinsamen Organisation von Männern und Frauen entspricht es nicht dem einheitlichen Charakter, noch in Extra-Frauenversammlungen weibliche Delegierte zu wählen.“ Weiter lag der Versammlung folgende Resolution vor:

„Die Generalversammlung des 6. Berliner Reichstagswahlkreises spricht der badischen und bayerischen Landtagsfraktionen für ihr disziplinwidriges Verhalten anlässlich der Budgetbewilligung ihre schärfste Mißbilligung aus.“

Die Resolution fand einstimmige Annahme. Genosse Freythal referierte dann über den bevorstehenden Parteitag. Die meiste Aufmerksamkeit in der vorliegenden Tagesordnung, so meinte er, wird den Fragen der Jugendorganisation und der Weisheit zuteil werden. Für die erstere wird der Parteitag kaum sofort die günstige Lösung finden können, hier tauchen Probleme auf, die reichlich überlegt werden müssen und eine gründliche Diskussion erfordern. Wir stehen vor neuen Aufgaben und beschreiten ein neues Gebiet, wo wir in eigener Weise vorgehen müssen, verschieden von dem Vorgehen anderer Parteien, welche die Jugend in ihrem Sinne leicht beeinflussen können. Man wird auf dem Parteitag Richtlinien geben, die wertvoll sein können. Um solche Richtlinien wird es sich auch bei der Diskussion über die Weisheit handeln, wenn die Unterstützungsfrage auftaucht. Der Redner erwartet, daß die Delegierten jedem Verwehen entgegenzutreten werden, was etwa darauf hinführt, die Weisheit zu unterbinden oder gar abzuschaffen. Man habe durchaus keinen Grund, mit pessimistischen Stimmungen auf die Entwicklung der Weisheit zu blicken, im Gegenteil sei man zu Hoffnungen berechtigt, denn die Weisheit gewinnt an Ansehen

und Bedeutung, die Teilnahme der Arbeiter an der Feler werde größer, wenn natürlich auch noch viel zu wünschen übrig bleibe.

Ein besonderes Gepräge würden die Debatten über die jüngsten Vorformnisse in Baden und Bayern dem Parteitag geben. Freythaler erinnert an die wiederholten heftigen Streitsfälle innerhalb der Partei über den Wert des Parlamentarismus als Waffe in dem Klassenkampf der Arbeiter. Die große Befürchtung vieler Genossen, daß die Partei der Verumpfung anheimfalle, wenn sie sich dem Parlamentarismus ergibt, tritt da in ihr Recht, wo die Partei nicht mehr als ein festgeschlossenes Ganzes die einzelnen Glieder kontrollieren kann. Wo eine einzelne Fraktion aus dem Gesamtverbande heraustritt, sich der Kontrolle der Partei entzieht, da ist die Gefahr groß, daß sie auf eine schiefe Ebene gerät, und die Fühlung mit den Massen geht dann bald verloren, schwerer Schaden erwächst daraus für die Partei. So sind die Liberalen gelunken von Stufe zu Stufe, mühten eine Konzeption nach der andern machen, bis sie bei der Blochbrüderchaft anlangten. In Württemberg, Baden, Bayern und auch in Hessen mochten sich Bestrebungen geltend, die die Gesamtpartei bekämpfen muß. Es muß die Pflicht der Delegierten sein, energisch dagegen Stellung zu nehmen. (Beifall.)

Drei Anträge liefen noch aus der Mitte der Versammlung ein, deren Veräumung aber abgelehnt wurde, weil statutengemäß die Anträge zum Parteitag vier Wochen vorher beim Vorstand hätten eingereicht werden müssen.

In der Diskussion über die Stellungnahme zum Parteitag wird von Genossen Lippich heftig polemisiert gegen Robert Schmidts Auffassung in der Frage der Jugendorganisationen, er tritt unter reichem Beifall der Versammlung für die Selbstständigkeit der Jugendorganisationen ein; die Jugendlichen brauchen in erster Linie soziales Wissen, um zu proletarischen Kämpfern herangebildet zu werden. Genosse Meyer spricht von der „Entgleisung“ der süddeutschen Genossen, die der Parteitag wohl wieder auf den rechten Weg führen werde. Die Weisheit will er besonders scharf als Demonstration hervortreten sehen, die sich gegen das Unternehmertum richten muß. Genosse Marx wendet sich ebenfalls gegen Robert Schmidt in der Frage der Jugendorganisation und gegen Meyers leichte Auffassung des Verhaltens der süddeutschen Genossen, das er als einen schweren Fehler hinweist und als einen Verrat an der Arbeiterklasse bezeichnet. Genosse Handke hofft, daß der Parteitag eine befriedigende Lösung in der Weisheitsfrage finden werde. Man müsse die Ungelegenheit nichtern erwägen und könne nicht große Demonstrationen erwarten, wenn z. B. eine schlechte Konjunktur im Wirtschaftsleben besteht. Besonders Wichtigkeit legt Handke der Frage bei, wie sich der Parteitag diesmal zu den Sozialisten stellen wird. Er verlangt, der Parteitag solle endlich energisch handeln und diejenigen nicht länger als Parteigenossen betrachten, die die Zentralverbände als ihre Widersacher bekämpfen; dabei erinnert er an das Verhalten von Wienenthal.

Wegen der vorgeleiteten Zeit wurde die Diskussion bald geschlossen und man schritt zur Wahl der Delegierten zum Parteitag. Gewählt wurden die Genossen Fahrrow, Mey, Veth, als Delegierte für die Provinzialkonferenz wurden gewählt die Genossen Dobroschaw, Dahms, Zehnke.

10. Verbandstag der Schneider und Schneiderinnen Deutschlands.

Frankfurt, 18. August.

Zweiter Verhandlungstag.

In der Debatte über den Geschäftsbericht wenden sich einzelne Delegierte scharf gegen die Abmachungen mit dem Arbeitgeberverband, andere verstehen und billigen die Haltung des Vorstandes. Dann wird beschlossen, die Debatte über diese Frage zu schließen und nur noch über die weiteren Teile des Geschäftsberichtes zu diskutieren. Angenommen wird zunächst die Resolution:

„Nach Kenntnisnahme des Geschäftsberichtes des Vorstandes und nach Darlegung der in Betracht kommenden Verhältnisse während des Kampfes im Jahre 1907, erkennt der Verbandstag an, daß der Vorstand nicht anders handeln konnte, als er gehandelt hat. Der Verbandstag spricht jedoch die bestimmte Erwartung aus, daß in Zukunft derartig weitgehende Abschlüsse nur nach vorausgegangener Zustimmung des Vereins eingegangen werden.“

Mit überwältigender Mehrheit abgelehnt wurde die Resolution, die besagt, der Verbandstag ist mit der Haltung des Vorstandes nicht einverstanden.

In der nun weiteren Diskussion werden hauptsächlich Wünsche bezüglich der

Presse

vorgetragen. Die Arbeitsverhältnisse in der Wäschebranche hätten in der Fachzeitung mehr berücksichtigt werden müssen. Dem Lebensbedürfnis der Jugendlichen und weiblichen Mitglieder sollte mehr Rechnung getragen werden. König-Verlin beantwortete einen Antrag von Frankfurt a. M., die Fachzeitung auszubauen und spricht für die Änderung des Zeitungslopes. Sabath-Verlin erklärt, daß er die Protestversammlungsberichte im Einverständnis mit dem Vorstand in der Fachzeitung aufgenommen habe. Durch die Aufnahme dieser Berichte sei den protestierenden Kollegen der Boden abgegraben worden, sagen zu können, die Meinung der Kollegen werde unterdrückt. Auf die vorliegenden Anträge zur Presse eingehend, wendet sich Sabath gegen einen Antrag von Berlin III und Herne, der verlangt, daß die Annoncen im Hochlast betreffs Gesuche um Freiwillige zum Militär seitens der einzelnen Regimenter nicht mehr aufgenommen werden sollen. Diese Inserate würden bezahlt und es liege kein zwingender Grund vor, sie nicht mehr aufzunehmen. Uebrigens besage der § 10 des Preßgesetzes, daß Mitteilungen von öffentlichen Behörden aufgenommen werden müssen. Ihm sei es übrigens am liebsten, wenn alle Inserate aus der Fachzeitung herauskommen würden. Die Wäschebranche würde mehr berücksichtigt werden, die Kollegen in dieser Branche sollten aber für die Fachzeitung mehr mitarbeiten. Den Wünschen auf weitere Ausbaurung des Fachorgans soll nach Möglichkeit Rechnung getragen werden.

Ein Schlußantrag macht der weiteren Debatte, in der auch Kritik an der Tätigkeit einzelner Gauleiter geübt wird, ein Ende. Verbandsvorsitzender (Hähmer-Verlin) geht in seinem Schlußworte auf die von den Delegierten erhobenen Wünsche und Beanstandungen ein. Nach weiteren Schlußreden werden diese Anträge angenommen.

Der Kopf der Zeitung ist in „Fachzeitung für Schneider und Wäschearbeiter“ umzuändern und der Inhalt der Zeitung betreffs Wäschebranchenfragen, besser als bisher auszuarbeiten und zu erweitern.

Die „Fachzeitung“ ist inhaltlich wie räumlich so auszubauen, um dem Lebensbedürfnis der weiblichen Mitglieder möglichst genügen zu können, somit die Lieferung der „Gleichheit“ entbehrt werden kann.

Die „Fachzeitung“ soll so frühzeitig hergestellt werden, damit dieselbe spätestens Freitag abend in den Händen der Beschlusführenden ist.

Abgelehnt wird der Antrag, daß die Annoncen im Hochblatt betreffs Gesuche um Freiwillige zum Militär nicht mehr aufgenommen werden sollen.

Die Verhandlungen werden dann vertagt.

Amlicher Marktbericht der sächsischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Hauptwaren. Marktweite: Fleisch: Zufuhr schwach, Beschäftigung, Preise unanständig. Wild: Zufuhr genügend, Beschäftigung, Preise schwach. Fisch: Zufuhr mäßig, Beschäftigung, Preise schwach. Butter und Käse: Beschäftigung, Preise unanständig. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Beschäftigung, Preise wenig verändert.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
2. Berliner Reichstagswahlkreis
(Bezirk 135).
Am Dienstag, den 18. d. M.,
beruft unser Parteigenosse, der
Droschkenführer 211/14
August Lucas.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Freitag,
den 21. d. M., nachmittags 5 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des Kreuz-
Kirchhofes, Mariendorf, aus statt.
Um recht zahlreiche Beteiligung
erlaubt **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
Bezirk Lichtenberg.
Am Dienstag, den 18. August,
beruft unser Parteigenosse, der
Vergolder
Hugo Thomas.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 21. d. M., nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Lichtenberger Gemein-
friedhofes, Bornikstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Vergolder
Hugo Thomas
am 18. August gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 21. August, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Lichtenberger Gemein-
friedhofes, Bornikstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
89/2 **Die Ortsverwaltung.**

Für die zahlreichen Beweise herz-
licher Teilnahme, sowie für die schönen
Kranzspenden anlässlich der Beerdigung
meines lieben Vaters **Emil
Hein** sage ich allen Beteiligten,
besonders den Verbandskollegen des
Bezirkes meinen innigsten Dank.
Alma Hein nebst Sohn.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog
m. Empfehl. viel Aerzte u. Prof. grat. u. fr.
H. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstraße 92/93

**Verband der freien Gast- und
Schankwirte Deutschlands.**
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass am 16. d. M. die Frau des
Kollegen **Czarnecki**
Auguste geb. **Bülow**
gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 20. August, nach-
mittags 3 Uhr, von der Halle des
Holländisch-Kirchhofes in der Jungfern-
heide aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
75/12 **Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht,
dass unser Mitglied, der Former
Ernst Schauer
am 15. d. M. infolge Unfalls,
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute in
Stettin statt. 120/10.
Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme sowie für die zahlreichen
Kranzspenden bei der Beerdigung
meiner lieben Frau
Henriette Fischer
geb. **Breuer**
sage hierdurch allen Verwandten und
Freunden, insbesondere den Genossen
des Bezirks 6613, dem Verband der
freien Gast- und Schankwirte, dem
Gesangsverein „Nord-West“ und der
Direktion sowie dem Herrn- und
Bühnenpersonal vom Marine-Variété,
Alt-Moabit 1, meinen herzlichsten
Dank. 40342
Otto Fischer
nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme, sowie für die reichen
Kranzspenden bei der Beerdigung
meines lieben Mannes
Johann Nawrocki
sage ich hierdurch allen Freunden und
Bekanntem meinen herzlichsten Dank.
Witwe Marie Nawrocki.
Vorortparzelle, 290 M. an
Brunnhofstr., Berlin, Rosendorferstr. 3. *

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und die Kranzspenden bei
der Beerdigung meiner lieben Frau,
unserer guten Mutter und Schwieger-
mutter 11135
Berta Arenhold
sagen wir allen Verwandten und Be-
kannnten, insbesondere Herrn Wilhelm
Ging, unseren herzlichsten Dank.
Geinrich Arenhold und Kinder.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, nicht am
Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Sie suchen einen haltbaren
und doch schmiegsamen
Stiefel. Tragen Sie die
Marke „Salamander“ und
Sie werden zufrieden sein.
Einheitspreis
12 50
Fordern Sie Musterbuch V

SALAMANDER
SCHUH-GES. m. b. H.
BERLIN: W. Friedrichstr. 182
C. Königstrasse 47
SW. Friedrichstr. 221



Singer Nähmaschinen.
Einfache Handhabung! 34982*
Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitseistung!
Weltausstellung Grand Prix Weltausstellung
Paris 1900: St. Louis 1904.
Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner
Kunstnäherei.
Elektromotoren für Nähmaschinendruck.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Stadtteilen



Gustav Adolf
Ein Fürstenspiegel zu Lehr und
Ruh der deutschen Arbeiter
von Franz Mohring
mit einem neuen Vorwort
Preis 1.- M. 247/1*
Billige Ausgabe 40 Pf.
Expedition des „Vorwärts“
Lindenstr. 69, Baden.

Bereine!! Achtung!! Gewerkschaften!!
Neue Armin-Hallen
Kommandantenstr. 58/59. - Fernspr. IV, 10 155.
Säle von 50-1000 Personen fassend.
Gute Beleuchtung! 6 Vereinszimmer. 11008
Sonntags und Sonntags dieses und nächstes Jahr noch frei.

Vereinsbrauerei Rixdorf
Hermannstr. 214-219. Hermannstr. 214-219.
Allen meinen werten Gönnern, Freunden und
Bekanntem mache ich hiermit die **ergebene Anzeige**,
dass ich die **Oekonomie des oben genannten Eta-
blissements** 3860L.*
am 1. Oktober d. J. übernehme.
Es soll mir eine ehrenvolle und angenehme Aufgabe sein,
auch an der neuen Stätte meiner Wirksamkeit den Ruf
meiner **guten Küche** zu erhalten. Hierdurch und durch
sorgsame **Pflege der vorzüglichen Biere der**
Vereinsbrauerei Rixdorf (Berliner Kindl u. Johanner-
Bräu) werde ich bestrebt sein, den Kreis meiner verehrten
Bekanntem zu befestigen und zu erweitern. Für die kom-
mende Wintersaison erbitten ich **Bestellungen auf Säle und**
Vereinszimmer, zur Abhaltung von Hochzeiten sowie jeder
anderen **Festlichkeit** möglichst frühzeitig nach meiner jetzigen
Wohnung und zeichne mit vorzüglicher Hochachtung
Wohnung: **Max Wendt**
Rixdorf, Hermannstr. 31 I. früher Inhaber der
Industrie-Festhalle, Berlin.

Abgerissen
u. unmodern an Garderobe brauchen Sie bei
unseren Preisen nicht zu gehen. Wir empfehlen
getragene
Monatsgarderobe
in feinsten Werkstätten gearbeitet, von Herr-
schaften, Doktoren, Kavaliern nur Wochen
gebrauchte 3846L.*
Monats-Anzüge 7, 10, 14, 18 M.
Monats-Paletots 5, 8, 12, 16 M.
J. Wand Hauptgeschäft:
Große Frankfurter Str. 116
2. Geschäft: Chausseestr. 89
3. Geschäft: Chausseestr. 86
**Bekanntestes Spezial-Geschäft für
Monatsgarderoben Berlins.**

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche
und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort
(fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben
zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahme-
stellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis
12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69,
bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Märkische Wanderfahrten. Ein-
bis dreitägige Ausflüge in die Mark.
Ritt 10 Starten, 1.50 Mark. Expedition,
Lindenstr. 69, Baden.
Bücher des deutschen Hauses.
Eine Sammlung guter Erzählungen,
Geschichten, Novellen usw. Gut aus-
gehalten, circa 300 Seiten umfassend,
zum Teil illustriert und gebunden.
75 Pfennige pro Band. Expedition,
Lindenstr. 69, Baden.
Instalateure und Händler kaufen
Bronzegasströmer, Jugampeln, Gas-
beleuchtungs-Gegenstände, Hängemas-
chinen aller Art, billig. Großhandlung
alle Gasarbeiten 125. Geschäftsteil
Engrosabakt. 10048*
Stegdecken (pottblillig), Fabrik
Große Frankfurterstr. 60. 29393*
Bronzegasströmer, Kleingewand.
Gelegenheiten. Alle Gasarbeiten. 125.*
Leuchte! (Leuchte) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
im Teppichlager Dr. Mann, Gadecher
Markt 4. Cabanel Str. 264/11*
Stegdecken billigst Fabrik, Große
Frankfurterstr. 9, parterre, Reuter-
hof. 10735*
Teppiche mit Handgehten, Fabrik-
niederlage Große Frankfurterstr. 9,
parterre, Reuterhof. Vorderstr. 4
6 Prozent Rabatt. 10745*
Kindertwagen, neu, dringend,
16,00. Wilsdorf, Exzerierstr. 25.*
Teppiche mit Handgehten für die
Hälfte. Teppich-Thomas, Danten-
str. 160, Dantenplatz. 10588*
Uhren, Goldwaren billigst Berner,
Boppelsack 3. 8598*
Anzüge, Paletots nach Maß. Aus
1. Stoffen, Monats- und nicht
abgeholte Sachen kommen billig.
Müllerscheider Hof, Brunnenstr. 3,
eine Treppe, am Rosenkavalier.
Wandkleider, Weidenweg 19.
Sportkleider verfallener Bettver-
kauf, Gardinenverkauf, Steppdecken,
Vorleinen, Tischdecken, Schmutz-
lappen, Aussteuerwäsche, Teppichver-
kauf, Bekleidungs-Garderoben, Ver-
schobenes pottblillig. 11358*

**Kindertwagen, Sportwagen, Kinder-
bettstühle.** Große Katen Kaffee-
zettel, gebrauchte pottblillig
Andreasstr. 63. 3263*
100 Ausflüge im Berlin mit
12 Illustrationen und 20 Karten,
1,50 Mark und 2.- Mark, Expedition,
Lindenstr. 69, Baden.
Wie wird die Staatsangehörigkeit
erworben? Ein Führer durch das
Recht der Staats- und Reichs-
angehörigkeit, von H. Heims. Preis
25 Pf. Expedition Lindenstr. 69,
Baden.
Wagenkasten!!! Gaszug-
lampen! 9,00. Gasarbeiten! 1/2
Schaufensterlicht pottblillig! Bohler,
Ballnertheaterstr. 32. 10648*
Gelegenheitskauf! Gardinen,
Stores, Portiere, Teppiche, Auf-
baumbezüge, Ständer, Säulen-
trumeau. Hoffmann, Raunhoferstr. 52.
Geschäftsverkäufe.
Zigarrengegeschäfte, zwei, zu ver-
kaufen eadent! mit kleiner Kassa.
Schäferstr. 11/12, Zigarrenfabrik.
Zigarrengegeschäfte, gute Erzeugnisse,
gegenüber Freymannsche Kaffee-
handlung, große Wohnung, billige Preise,
Koblenzstr. 51. 10685*
Barthelemy mit zahllosen
änderungslos über billig zu verkaufen
Banow, Altonaerstr. 32. 1145*
Gutachende Kundentherapie
französischer 300,00 zu verkaufen
Königsgrabenstr. 88. 11036*
Dechikat (nachweislich) gut-
gehend, halbtägig, unständlicher
billig verkauft, Brauereistr. 30. 160
Restaurations voller Schanz,
600,00 erforderlich, sofort zu ver-
kaufen Koloniestr. 5. 190
Möbel.
Auf Teilszahlung, Billigstellung,
Stühle und Stühle, Anzüge 15 Mark
an. Eine gute Möbelstücke 3 Mark an.
Verkauf, gewasene Möbel pottblillig.
„Berolina“, Rahminallee 49. 10098*
Wandkleider, Pensionaten bietet
sich eine Gelegenheit, billige neue,
gebrauchte Einrichtungen für wenig
Geld zu verkaufen. Tausende Gegen-
stände, Lagerung kostenlos. Anstalts-
annahme: R. Reich, Gröner Weg 3. *
Wiederverkauf und eine
große billig Grüner Weg 85, Hof,
Baden. 1140

Möbel sowie ganze Wohnungs-
einrichtungen auf Teilzahlung bei
geringer Anzahlung erhalten solide
Neute in der Möbelabteilung August
Stranke, Schönebergstr. 73/74. 9948*
Billige Möbel aus Versteigerungen
Anschlungen, Schränke, Verilts 20,-,
Tischchen 45,-, Salonarmaturen
85,-, Büttel, Schreibtische 35,-,
Bücherregale 58,-, Bierzug-
tische 68,-, Ledertische, Klapp-
tische, Trumeaus 30,-, Bett-
stellen, Tische, bunte Kissen 45,-,
Kronen, Delgemälde, enorm große
Auswahl kompletter Wirtshäuser jeder
Stilart, billiger als überall. Vermerk:
Möbelverkauf, Volkmannstr. 55. *
Möbel sowie ganze Wohnungs-
einrichtungen auf Teilzahlung bei
geringer Anzahlung erhalten solide
Neute in der Möbelabteilung August
Stranke, Schönebergstr. 73/74. 9948*
Billige Möbel aus Versteigerungen
Anschlungen, Schränke, Verilts 20,-,
Tischchen 45,-, Salonarmaturen
85,-, Büttel, Schreibtische 35,-,
Bücherregale 58,-, Bierzug-
tische 68,-, Ledertische, Klapp-
tische, Trumeaus 30,-, Bett-
stellen, Tische, bunte Kissen 45,-,
Kronen, Delgemälde, enorm große
Auswahl kompletter Wirtshäuser jeder
Stilart, billiger als überall. Vermerk:
Möbelverkauf, Volkmannstr. 55. *
Möbel sowie ganze Wohnungs-
einrichtungen auf Teilzahlung bei
geringer Anzahlung erhalten solide
Neute in der Möbelabteilung August
Stranke, Schönebergstr. 73/74. 9948*
Billige Möbel aus Versteigerungen
Anschlungen, Schränke, Verilts 20,-,
Tischchen 45,-, Salonarmaturen
85,-, Büttel, Schreibtische 35,-,
Bücherregale 58,-, Bierzug-
tische 68,-, Ledertische, Klapp-
tische, Trumeaus 30,-, Bett-
stellen, Tische, bunte Kissen 45,-,
Kronen, Delgemälde, enorm große
Auswahl kompletter Wirtshäuser jeder
Stilart, billiger als überall. Vermerk:
Möbelverkauf, Volkmannstr. 55. *
Möbel sowie ganze Wohnungs-
einrichtungen auf Teilzahlung bei
geringer Anzahlung erhalten solide
Neute in der Möbelabteilung August
Stranke, Schönebergstr. 73/74. 9948*
Billige Möbel aus Versteigerungen
Anschlungen, Schränke, Verilts 20,-,
Tischchen 45,-, Salonarmaturen
85,-, Büttel, Schreibtische 35,-,
Bücherregale 58,-, Bierzug-
tische 68,-, Ledertische, Klapp-
tische, Trumeaus 30,-, Bett-
stellen, Tische, bunte Kissen 45,-,
Kronen, Delgemälde, enorm große
Auswahl kompletter Wirtshäuser jeder
Stilart, billiger als überall. Vermerk:
Möbelverkauf, Volkmannstr. 55. *

Möbel sowie ganze Wohnungs-
einrichtungen auf Teilzahlung bei
geringer Anzahlung erhalten solide
Neute in der Möbelabteilung August
Stranke, Schönebergstr. 73/74. 9948*
Billige Möbel aus Versteigerungen
Anschlungen, Schränke, Verilts 20,-,
Tischchen 45,-, Salonarmaturen
85,-, Büttel, Schreibtische 35,-,
Bücherregale 58,-, Bierzug-
tische 68,-, Ledertische, Klapp-
tische, Trumeaus 30,-, Bett-
stellen, Tische, bunte Kissen 45,-,
Kronen, Delgemälde, enorm große
Auswahl kompletter Wirtshäuser jeder
Stilart, billiger als überall. Vermerk:
Möbelverkauf, Volkmannstr. 55. *
Möbel sowie ganze Wohnungs-
einrichtungen auf Teilzahlung bei
geringer Anzahlung erhalten solide
Neute in der Möbelabteilung August
Stranke, Schönebergstr. 73/74. 9948*
Billige Möbel aus Versteigerungen
Anschlungen, Schränke, Verilts 20,-,
Tischchen 45,-, Salonarmaturen
85,-, Büttel, Schreibtische 35,-,
Bücherregale 58,-, Bierzug-
tische 68,-, Ledertische, Klapp-
tische, Trumeaus 30,-, Bett-
stellen, Tische, bunte Kissen 45,-,
Kronen, Delgemälde, enorm große
Auswahl kompletter Wirtshäuser jeder
Stilart, billiger als überall. Vermerk:
Möbelverkauf, Volkmannstr. 55. *
Möbel sowie ganze Wohnungs-
einrichtungen auf Teilzahlung bei
geringer Anzahlung erhalten solide
Neute in der Möbelabteilung August
Stranke, Schönebergstr. 73/74. 9948*
Billige Möbel aus Versteigerungen
Anschlungen, Schränke, Verilts 20,-,
Tischchen 45,-, Salonarmaturen
85,-, Büttel, Schreibtische 35,-,
Bücherregale 58,-, Bierzug-
tische 68,-, Ledertische, Klapp-
tische, Trumeaus 30,-, Bett-
stellen, Tische, bunte Kissen 45,-,
Kronen, Delgemälde, enorm große
Auswahl kompletter Wirtshäuser jeder
Stilart, billiger als überall. Vermerk:
Möbelverkauf, Volkmannstr. 55. *

Romier, billig, mod. Köpender-
str. 147. Schwarz. 10068*
Teilnehmer an einem englischen
Hotel (monatlich 4 Mark) werden ge-
sucht. Privatstunden für Anfänger
und Fortgeschrittene werden erteilt.
6. Silesien, Schönberg, Sedan-
str. 57, III. 10038*
Wachanzahl Marienplatz, Köpen-
ick, Glienickerstr. 29, liefert blen-
dend weiße Bälle, ohne Anwendung
scharfer Mittel. Bettwäsche, Leib-
wäsche, 3 Handtücher 0,10. Abholung
Sonntags. 10668*
Wäsche wird sauber gewaschen,
frei getrocknet, Latex, Leibwäsche
0,10. Abholung Sonntags. Frau
Janke, Köpenick, Müggelsee-
str. 40. 17717*
Aufholerung, Bettmatr. 4,00,
Sofa 5,00, auch anheim Hause.
Schumann, Neue Königstr. 30.
Freisch. Ensemble Geigen-
str. 3. 171*
Kuchant von echt Dresdener
Haus-Bier vom Tag und in Flaschen.
Rigold, Cannenstr. 4. Vereins-
zimmer. 1101*
Vereinszimmer, geräumige mit
Piano, Garten, Regalbahnen empfiehlt
zu festigsten u. w. Gymnast.
Görnerstr. 50a. (Fremdenverkehr) 10158*
Arbeitslocher Walter (wird) Kaden-
mühl für 15 Mark. H. Teubner,
Güterstr. 6, II. 11075
Malerarbeiten, Kistenmaler
streicht Glas, Große Frankfurterstr. 120.

Herr sucht vobler möblierte
Schlafstelle allein im Sadoiten.
Preisofferten erbeten unter A.
Kouffer Platz 14/15. 113*
Handwerker sucht Schlafstelle,
allein, Nähe Kommandantenstr.
Tramienstr. Offerten Preisangabe
Heim 320, Postamt 23. 11055
Suche möblierte Schlafstelle für
Herrn Nähe Harnisdorferstr. Offerten
H. B. 100, Hauptpostlagernd. 1124
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Stüber Stübchen bietet am
Arbeits. Etliche werden abgeholt und
zurückgeführt. H. Müller, Post-
str. 27. 1458
Stellenangebote.
Automobil - Betrieb - Geschäft,
Gannoversche Str. 5, bildet junge
Leute im Kabinenfahrer von 21 Jahren
zu Motorfahrzeugführern aus, sofern
sie den üblichen Bedingungen der
Berufspolizei entsprechen. Eintritt
täglich. 10158*
Kunstmaler, selbständige, ver-
langt 3. Blume, Charlottenburg,
Schillerstr. 97. 1110*
Tüchtige Stepper auf Kopier-
verlangt Kamerunstr. 46, Seiten-
str. 14. 11075
Wieder Arbeitsbeschäftigung verlangt
Redlich, Schönleinstr. 5. 1129
In Arbeitsmarkt durch
beider Druck hervorgehoben.
Anzeigen kosten 20 Pf. die Zeile.
In meine Fabrik seiner Rahmen
und Bildarbeiten kann zu jeder ein
anfertiger **Lehrling** in die Ver-
stärkung als goldener
eintreten. 11920
Hans Gost, Aurfürststr. 45.
Wegen Streiks und Differenzen
sind gesperrt:
für **Normbacher Firma Kanig**
in Lichtenberg; **Reichert** in War-
zahn; **Schmidt**, Dresdenstr. 82;
für **Vergolder Gruhl** in Wagne-
burg.
Deutscher Holzarbeiterverband
Ortsverwaltung Berlin.

Partei-Angelegenheiten.

Oranienburg. Am Sonntag, den 23. August, nachmittags 3 Uhr, findet im Lokale Waldhaus Sandhausen eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genossin Martha Jeege über: „Warum müssen sich die Frauen und Mädchen organisieren?“ spricht. Die Genossinnen werden ersucht, tatkräftig für diese Versammlung besonders unter den Frauen und Mädchen zu agitieren. Früh 8 Uhr findet von den bekannten Lokalen aus eine Handzettelverbreitung statt. Hierzu werden die Genossinnen ersucht, vollzählig zu erscheinen.

Rudow. Am Sonntag, den 23. August, nachmittags um 3 Uhr, findet im Lokale von August Palm, Köpenicker Straße 81, eine Sollsversammlung statt. Reichstagsabgeordneter Genosse Fritz Zubeil referiert über: „Zweck und Ziele der Organisation“. Die Einwohnerschaft von Rudow und Umgebung, auch die Frauen und Mädchen, mögen sich an der Versammlung recht rege beteiligen.

Wilbau-Hoherselme. Die Parteigenossen werden auf die am Donnerstag abend 7 1/2 Uhr vom Bezirkslokale aus stattfindende Flugblattverbreitung aufmerksam gemacht. — Am Freitag, den 21. d. M., abends 7 1/2 Uhr, findet im Lokal von Heiser eine öffentliche Wählerversammlung statt, die sich mit dem am Dienstag, den 25. d. M. stattfindenden Ergänzungswahl und Erwahlwahl zur Gemeindevertretung beschäftigt wird. Referent: Stadtbekanntem Groger, Nizdorf. Um rege Teilnahme an der Flugblattverbreitung und an der Agitation für die Versammlung ersucht Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Garderobeabfuhrung im Freibad „Wannsee“

wurde kürzlich von uns in ihren Mängeln geschildert. Wir teilten unter anderem mit, daß es einer Spitzbäbin gelungen ist, die Kleider einer Besucherin des Bades ausgeliefert zu kriegen, während diese noch im Wasser war. Eine Marke mit der betreffenden Nummer war verloren gegangen, gedanklos hatte man eine neue Marke mit derselben Nummer angefertigt. Inzwischen hatte jene Spitzbäbin die alte Marke gefunden und mit ihr konnte sie dann den Schwindel ausführen. Wir hören jetzt, daß einer anderen Besucherin des Freibades „Wannsee“ noch Tolleres passiert ist. Für einen Badeanzug, den sie dort ließ, sollte sie 2 Mark Pfand hinterlegen, sie hatte aber nicht soviel Geld bei sich und gab daher als Pfand ihre goldene Uhr nebst Kette. Die Wirtin, ihr hierüber eine Bescheinigung oder einen sonstigen Ausweis zu geben, wurde abgelehnt mit dem Bemerkten, daß sei nicht nötig. Ein junger Mann, der das Pfand abnahm, begnügte sich damit, nach dem Namen zu fragen und diesen zu notieren. Als die Eigentümerin der Uhr das Bad wieder verließ und die Uhr zurückforderte, sah an Stelle des jungen Mannes eine junge Dame, die ihn inzwischen abgelöst hatte. Zur großen Bestürzung beider Damen stellte sich jetzt heraus, daß die Uhr an eine geriebene Gaunerin ausgehändigt worden war, die vorher bei Remung des Namens zugegen gewesen war und dann mittels des ihr auf diese Weise bekannt gewordenen Namens die Fergabe der Uhr erschwand. Dem herbeigerufenen Pächter des Bades — oder war's ein Vertreter von ihm? — wurde erklärt, man fordere Schadenersatz, nur durch die hier herrschende Lotterwirtschaft sei der Schwindel ermöglicht worden. Aber der Herr antwortete mit einem Achselzucken. Nachdem nunmehr Schritte zur Einleitung einer Schadenersatzklage getan worden sind, hat der Pächter die beiden Angestellten, die er für den Schaden haftbar macht, zur Eigentümerin der Uhr geschickt, um eine „Einigung“ anzubahnen. Es wird ihm nur übrig bleiben, dafür zu sorgen, daß Uhr und Kette zu ihrem vollen Werte ersetzt werden. Wenn jeder, der im Freibad „Wannsee“ durch Schuld der Verwaltung geschädigt worden ist, ebenso energisch aufzutreten wollte, würde es da draußen wahrscheinlich bald anders werden.

Untergrundbahnen.

In den nächsten Wochen soll die Untergrundbahnstrecke Potsdamer Platz — Spittelmarkt dem Verlehe übergeben werden. Ohne Zweifel wird damit eine Umwälzung des Verlehes auf dem Potsdamer Platz und in der Leipziger Straße verbunden sein. Aus diesem Anlaß ist jetzt schon in den Kreisen von Sachverständigen und Interessenten usw. die Frage erörtert worden, was notwendig ist: der Bau von Tunneln unter der Leipziger Straße und unter den Linden, vor dem Brandenburger Tor usw., die bekanntlich gegen 90 Millionen Mark kosten sollen, oder der Bau von Schnellbahnen, Unterpflasterbahnen, die Herstellung von direkten Verbindungen zwischen den Berliner Fernbahnhöfen? Sachverständige von anerkannter Autorität haben diese Frage mit großem Eifer dahin beantwortet, daß eine direkte Verbindung zwischen dem Steintor und dem Friedrichsruh-Bahnhof sowie dem Potsdamer und dem Anhalter Bahnhof bitter not tut. Diese Verbindung wurde von einer ersten Autorität auf dem Gebiete des Verkehrs als das „Rückgrat des gesamten Berliner Verkehrs“ bezeichnet. Ohne diese Verbindung sei an eine Entlastung des Verkehrs auf dem Potsdamer Platz niemals zu denken. Je länger mit der Herstellung dieser Verbindung gezögert würde, je größer würden die Schwierigkeiten auf den Bahnhöfen, vor denselben und in den Strahenzügen, die diesen Verkehr vermitteln. Eine zweite Autorität sprach sich dahin aus, daß mit dem Ausbau der Untergrundbahn Potsdamer Platz — Spittelmarkt der Verkehr erbracht werden würde, daß Schnellbahnen dringender notwendig sind und nur diese geeignet sind, den wachsenden Verkehrsschwierigkeiten zu begegnen. Neben dem schon erwähnten Ausbau der genannten Untergrundbahn sei daher die Herstellung der Unterpflasterbahnen von Moabit nach Nizdorf und vom Wedding nach dem Kreuzberg am dringendsten. Beide Herren meinten, daß man mit dem Bau von Tunneln unter der Leipziger Straße und unter den Linden noch warten könne, bis sich ein Bedürfnis dafür zeige. Jetzt sei ein solches nicht vorhanden; später, nach Ausführung der Straßendurchbrüche und nach der Ablenkung des Straßenverkehrs und Strahnenomnibusverkehrs könne man ja immer noch auf diese Tunnelprojekte zurückkommen; zunächst solle man aber das Allernotwendigste zu erreichen suchen und das seien Schnellbahnen und direkte Verbindungen, Beseitigung der offen anliegenden Risse und damit auch eine Entlastung der Bahnhöfe sowie ihrer Zufahrtstraßen herbeiführen. Dieses Ziel sei schneller zu erreichen und verspreche besseren Erfolg als der Bau gigantischer Tunneln ohne Aussicht auf Rentabilität und Befriedigung des Verkehrsbedürfnisses. — Vielleicht äußern sich noch andere Autoritäten zu diesen Fragen.

Die „Große“ berichtigt!

Eine Verwechslung hat sich, hinter dem Rücken der Wortorgane bei der Regierung das Ergänzungsverfahren auf Verlängerung der Konzessionsdauer um 30 Jahre nachgefragt zu

haben. Von keiner Seite sei dies behauptet worden. Es ist vielmehr ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Regierung (der Oberpräsident), die beteiligten Gemeinden zu einer Aeußerung binnen einer sechsmonatigen Frist aufgefordert hat, im Gegensatz zu der Verlängerung der Konzessionsdauer um 30 Jahre für die Berliner Straßenbahnen hinter dem Rücken des Berliner Magistrats. Es wurde dieser Gegenstand betont. Die „Große“ berichtet also etwas gänzlich Unzutreffendes. Dabei ist ein bemerkenswerter: Den Antrag auf Verlängerung der Konzessionsdauer stellte sie erst, als sie einsah, daß die Verhandlungen mit den Vororten scheiterten und diese nunmehr einen Verkehrsverband „Groß-Berlin“ ins Leben rufen würden. Die „Große“ kalkulierte sehr richtig, daß mit der Gründung des Verkehrsverbandes ihre Monopolstellung gefährdet sei und das Monopol nur durch eine Verlängerung der Konzession gesichert werden könnte. Gelingt es der „Großen“, die Verlängerung der Konzession zu erreichen, dann ist natürlich auch der Verkehrsverband „Groß-Berlin“ aufs höchste gefährdet. Die Monopolstellung der „Großen“ ist dann so gesichert, daß ohne ihre Zustimmung auch der Verband nicht für den Verkehr tun kann. Die Gemeinden sind dann auf die „Große“ angewiesen, die hinlänglich bewiesen hat, daß sie ihren Vorteil zu wahren versteht. Die abgeschlossenen Verträge haben dann nur geringen Wert; Wert hat dann nur die Konzession, wie die „Große“ bereits bei den Verhandlungen offen erklärt hat. Man soll sich also keiner Täuschung hingeben. Wird der Antrag der „Großen“, ihre Konzessionen auf 90 Jahre zu verlängern, genehmigt, dann hat die Gründung eines Verkehrsverbandes „Groß-Berlin“ wenig Zweck, und kann man dann der „Großen“ den gesamten Berliner Straßenverkehr für alle Zeiten überlassen. Sie wird dann auch die Tarife, Fahrpläne usw. festsetzen und den Gemeinden vorschreiben, was ihr gutdünkt.

Weshalb die „Große“ hofft, „von hinten rum“ mit ihren gegen das Eigentumsrecht der Gemeinden und gegen das Verkehrsinteresse gerichteten Plänen zugunsten ihrer Aktionäre bei dem Ministerium für öffentliche Arbeiten offenes Ohr zu finden, haben wir wiederholt dargelegt.

Aus dem Hospital in Rummelsburg.

Wegen gefährlicher Körperverletzung — begangen an dem 80jährigen Hospitalisten Schmidt — hatte sich am Dienstag vor dem Schöffengericht Lichtenberg der Hospitalist Karl Lehms zu verantworten. Beide sind als Hospitalisten in dem der Stadt Berlin gehörigen Hospital auf dem Terrain des Arbeitsbausees zu Rummelsburg untergebracht. Am 20. April d. J. (2. Dierstertag) hatte Lehms am Nachmittag den Saalwärter, der weggegangen war, zu vertreten. Nachdem er gegen 3 Uhr im Speisesaal Brot verteilt hatte, wollte er sich nach der Küche zurückbegeben. Unterwegs fiel ihm auf, daß es stark qualmte. Als er einen anderen Hospitalisten nach der Ursache des Qualmes fragte, erfuhr er von diesem, daß der achtzig Jahre alte Schmidt sich auf der Kochmaschine in der Küche Essen gewärmt hätte. Lehms forderte nun den Schmidt auf, das Fenster zu öffnen. Als Schmidt das Fenster öffnen wollte, sprang Lehms hinzu und stieß den alten Mann so heftig vor die Brust, daß dieser zu Boden fiel. Der achtzigjährige Greis konnte sich nicht mehr vom Boden erheben. Der sechzigjährige Hospitalist Weinert und der 82jährige Hospitalist Wallenstein haben dann den Schmidt auf und legten ihn auf einen Stuhl; da Schmidt Schmerzen verpürte, wurde er von Weinert ins Bett gebracht. Um Schmidt kümmerte sich von nachmittags bis zum nächsten Morgen niemand. Am 21. April früh wurde er dann nach dem Lazarett gebracht und hier wurde ein Oberstabschleifbruch festgestellt; er sollte nur kurze Zeit dort bleiben, denn am neunten Tage nach seiner Einlieferung starb er. Da nicht nachzuweisen war, daß der Tod im ursächlichen Zusammenhang mit der Körperverletzung stand, so wurde gegen Lehms nur Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung erhoben. In der Gerichtsverhandlung bestritt der Angeklagte, den Schmidt gestochen zu haben. Zwei Entlastungszeugen liehen ihn völlig im Stich. Dagegen bekundeten die Hospitalisten Weinert und Wallenstein, daß Lehms den Schmidt zu Boden gestochen habe. Anwalt Koperski hielt den Angeklagten für überführt und beantragte eine Gefängnisstrafe von zwei Wochen. Der Gerichtshof kam nach längerer Beratung zur Verurteilung, es sollen noch Augenzeugen geladen werden.

Wie ist es erklärlich, daß in dem Hospital in Rummelsburg der alte Mann einen halben Tag und die Nacht hindurch ohne ärztliche Hilfe war?

Ein forscher Polizeihund.

Die Polizei unserer lieben Stadt Berlin hat vor einiger Zeit sich ein paar Hunde zugelegt, die bei der Ermittlung und Verfolgung von Verbrechen und Verbrechern mitwirken sollen. Ueber die Leistungen dieser vierbeinigen Gehilfen der Polizei sind durch Notizen, die vom Alexanderplatz aus an die Zeitungen verandt wurden, weitestgehende Hoffnungen rege gemacht worden. Erfüllt haben sich die Hoffnungen bisher noch nicht. Uns ist wenigstens nicht bekannt geworden, daß die Berliner Polizeihunde schon Gelegenheit gehabt hätten, sich in irgendeiner großen Sache erfolgreich zu betätigen. Polizeihunde wurden bei der Suche nach dem Mörder des Müggelseeförsters Schwarzenstein verwendet. Einer „unkreisl“ Schwarzensteins eigenen Sohn, der dann als vermutlicher Mörder auf die Anklagebank geschleppt wurde, aber freigesprochen werden mußte. Inzdes, vielleicht erleben wir's doch noch, daß die Berliner Polizei, die bisher Grobes darin geleistet hat, Mörder nicht zu finden, mit Hilfe ihrer Hunde einmal einen wirklichen Mörder oder mal einen Ausfühler der zahlreichen Dachstuhlbrände erwischt. Verwendet werden die Polizeihunde einstweilen wohl hauptsächlich zur Auffindung und Verfolgung kleiner Uebelthäter, die im Tiergarten irgend eine Polizeiverordnung übertreten haben. Es scheint, daß sie sich in diesem wichtigen Amt genau so forscht benehmen, wie ein richtiger Schutzmännchen. Und auch das haben sie den zweibeinigen Polizisten sehr bald abgesehen, wie man bei solcher Tätigkeit in blindem, gegen ganz harmlose Leute sich wendenden Eifer danebengreift.

Am letzten Sonntag haben vier Männer, die in der Morgenfrühe durch den Tiergarten gingen, einem dieser Polizeihunde als Studienobjekt dienen müssen. Sie hatten nichts Böses im Sinn, nur an die vielen Fische dachten sie, die heute anbeihen würden. Denn das Angelvergnügen war, was die vier am Sonntag so früh, noch vor 6 Uhr, herausgelockt hatte. Angeln wollten sie in der Gabel, aber auf dem Wege zum Potsdamer Bahnhof wollten sie im Tiergarten sich erst noch eine tüchtige Portion Regenwürmer sammeln, die ihnen als Köder für die Fische dienen sollten. Ein Haufen alten Laubes, das verlockend sich ihnen darbot, versprach reiche Ausbeute. Vergnügt wollten sie sich an die Wühlarbeit machen, da kläffte ein Hund heran, ein Hund ohne Maulkorb, und ein Schutzmännchen folgte ihm. Die vier begriffen sofort, daß der Schutzmännchen etwa zu dem Zweck hinter dem Hunde herliefe, um ihn „festzustellen“, weil er dem bestehenden Verbot zuwider (vergl. § 88 der Berliner Straßenordnung) an öffentlichen Orten sich ohne Maulkorb blicken ließ. Offenbar war das ein Polizeihund, der vielleicht den allernuesten Mörder suchen sollte und nach berühmtem Muster sich in der Adresse irrte. Noch überlegten sie, da wurden sie auch schon gepakt, teils von der Faust des Schutzmännchens, teils von den Zähnen des Polizeihundes. „Machen Sie, daß Sie hier fortkommen!“ schrie der Schutzmännchen an, und mit kräftigem Arm schubste er den einen

der vier vor sich her. Ebenso erging es einem anderen, der ihn erfaßt hatte, den immer wieder nach den Weinen schnappenden Hund an die Leine zu nehmen und sich auch angemessener Umgangsformen zu bedienen. Erst nach wiederholter Aufforderung nahm der Beamte den Hund an die Leine. Er ließ dann von den Männern ab und euferte sich schimpfend, ohne daß er es für nötig gehalten hätte, ihre Namen seinem Notizbuch einzutreiben.

Das Abenteuer, das die vier harmlosen Angler da zu bestehen hatten, zeigt uns, wie bedenklich es ist, Polizeihunde frei umherlaufen zu lassen. Gewöhnliche Kinder sind ziemlich kluger und schnappen nur dann zu, wenn man sie reizt. Gegenüber einem Polizeihund aber muß jeder Spaziergänger sich darauf gefaßt machen, daß er von ihm gestellt und angegriffen wird, weil er aus ganz richtigen Gründen verdächtig erschien. Was würde übrigens demjenigen geschehen, der, den amlichen Charakter eines Polizeihundes nicht sofort erkennend, mit kräftigem Stockhiebe den maulkorblosen Angreifer unklugmächtig machte? Wer weiß, ob man nicht versuchen würde, ihn wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu belangen!

Eine verständige Polizeiverfügung.

Der Landrat des Kreises Zeltow, Dr. von Kähenbach, hat eine Verfügung über den Verkehr der Polizeiorane mit dem Publikum erlassen, die Nachachtung auch für andere Kreise — Berlin nicht ausgenommen — verdient. In der Verfügung heißt es:

In der letzten Zeit mehren sich die Beschwerden darüber, daß Privatpersonen in unbedeutenden Angelegenheiten persönlich auf das Polizeiamt geladen werden, obwohl die Sachen ebenso gut schriftlich oder durch Vermittelung der Polizeibeamten hätten erledigt werden können. Menschen, die ihrem Erwerbe nachgehen, müssen ein solches Verfahren als eine außerordentliche Rücksichtslosigkeit empfinden. Er eruchte deshalb, darüber zu wachen, daß Privatpersonen nur dann vorgeladen werden, wenn es sich um wirkliche Vernehmungen oder Aufführungen handelt, zu denen notgedrungen eine persönliche Aussprache erforderlich ist. Er wolle bei dieser Gelegenheit nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß das Publikum ein Recht darauf habe, im Polizeibureau zuvorzukommen und behandelt zu werden. Aufgabe der Bureau- und Polizeiamten sei es, das Verständnis für die polizeilichen Erfordernisse zu wecken und nicht über das Unverständnis zu richten. Im schriftlichen Verkehr mit dem Publikum vermisse er häufig die Rücksichtnahme auf die Person. Ein Anteil der Schuld falle auf die formulärmäßige Abfassung häufig wiederkehrender Schriftsätze. Auf den kategorischen Ton polizeilicher Mitteilungen und Aufforderungen könne in den meisten Fällen verzichtet werden, ohne daß hierdurch die Autorität der Polizei in geringerer Weise beeinträchtigt werde.

Bom „Hauptmann“ von Köpenick.

Am Sonntag und Montag wurden in Nizdorf von den Personen, die den Schuhmacher Wilhelm Voigt durchaus von Angehicht zu Angehicht sehen wollten, siebzehn wegen Ruhestörung, Krautwoll usw. polizeilich sistiert. Der Andrang dürfte nun endlich nachlassen, zumal Voigt von heute ab auf kurze Zeit im Passage-Panoptikum sich sehen läßt. Vormittags von 11—1 Uhr und nachmittags von 3—9 Uhr will Voigt im Passage-Panoptikum Passanten mit eigenhändiger Unterschrift verlaufen. Der Reingewinn aus diesem Verkauf soll nach Voigts Absicht dem Wohltätigkeitsfonds zum Wiederaufbau von Donauerschlingen überwiesen werden. — Eine weitere Meldung befaßt, der Köpenicker Hauptmann habe für ein Varieté in Kiel eine Stellung als Kassierer gegen ein Monatsgehalt von 250 Mark unter der Bedingung angenommen, daß mit seiner Person keine Reklame getrieben werde. — Noch immer verlautet nichts darüber, daß die zuständigen Behörden einen Gefesentwurf vorbereiten, der die Ausweisungsbefugnis der Polizei und die Stellung unter Polizeiaufsicht beseitigen und dadurch verhüten will, daß die Organe des Staates Leute, die sich durch ehrsliche Arbeit ernähren wollen, in die Arme des Verbrechens treiben.

Mord und Selbstmord. Im Hause Zehmannstr. 19 hat der 22 Jahre alte Telegraphenarbeiter Franz Krautwurst seine Braut die 17jährige Schneiderin, Gertrud Münderberg, gestern ermordet und dann sich selbst getötet. Krautwurst wohnte bei der Mutter seiner Braut, der verwitweten Schneiderin Münderberg in Schafstraße. Dort fing er mit der Tochter ein Liebesverhältnis an, das zur Ehe führen sollte. Das Verhältnis war nicht ohne Folgen geblieben, und das junge Mädchen sah dem Ereignis in Kürze entgegen. Krautwurst, der auf dem Postamt in der Ribeder Straße beschäftigt war, sollte zum Oktober bei dem Telegraphenbataillon 1 seiner Militärpflicht genügen und sah im Hinblick auf seine und seiner Braut Mittellosigkeit der Zukunft in banger Sorge entgegen. Auch hatte er gelegentlich die Aeußerung getan, daß es das Beste sei, wenn er das Mädchen und sich selbst erschießen würde. Gestern hatte er seinen freien Tag und kehrte gegen Mitternacht angetrunken in die Wohnung zurück. Die Braut machte ihm deswegen Vorwürfe. Nach kurzem Bessinnen zog Krautwurst einen Revolver aus der Tasche hervor und brachte seiner Braut zwei Schüsse in den Unterleib und in das rechte Auge bei. Als er das Mädchen tödlich getroffen umsinken sah, jagte er sich eine Kugel in die rechte Schläfe und fiel neben der Leiche seiner Braut tot nieder. Den Revolver hatte er sich erst wenige Stunden vorher gekauft und sich zur Ausführung der feigen und rohen Tat Mut angetrunken. Im Nebenzimmer schliefen die Mutter und drei Geschwister des Mädchens im Alter von 9 bis 13 Jahren. Sie fanden das Brautpaar in den letzten Zügen vor. Ein sofort herbeigerholter Arzt vermochte nur festzustellen, daß der Tod eingetreten war. Die Leichen wurden nach dem Schauhaufe abgeholt.

Vier Tage und vier Nächte im Walde. Die künstlichen Gummifische der Frieda Piemer sind gefunden worden. Ein Beamter der Oberförsterei Köpenick, der auf einem Patrouillengang begriffen war, entdeckte sie im Walde hinter einem Gebüsch. Wahrscheinlich haben die Diebe, von denen trotz eifrigster Nachforschungen der Polizei eine Spur noch immer nicht gefunden werden konnte, die Leute an jener Stelle fortgeworfen, da sich ihnen keine Aussicht bot, die Gummifische verkaufen zu können. Das arme Geschöpf soll nun auf Veranlassung des Danziger Magistrats nach Danzig als Unterschlupfswohnung abgehoben werden. Würde denn Danzig untergeben, wenn es die Bedauernswerte in Berlin läßt und die der Armen von Berlin zu zahlenden Almosen erstattet?

Habt auf die Kinder acht!

Ein Eitelkeitsverbrecher wurde am Dienstagvormittag in der Person des 33 Jahre alten, in der Kaiser-Friedrich-Straße zu

Pankow wohnenden Arbeiters Mann abgefaßt. Mann hatte zwei Schulmädchen im Alter von neun und dreizehn Jahren an sich gelockt, sie nach dem „Schwarzen Pfuhl“ verschleppt und sich dort an ihnen vergangen. — Gestern wurde ein besser gekleideter Herr im Omnibus auf der Fahrt Blücherplatz zur Großgörschenstraße vom Schaffner festgenommen und einem Schutzmännchen übergeben. Der Fahrgast, dessen Namen wir leider nicht ermitteln konnten, hatte im Gegenwart eines dreizehnjährigen Mädchens Schamlosigkeit im Wagen begangen.

Durch einen Radfahrer gestötet.

Am Montagabend wurde die acht Jahre alte Tochter Erna des in der Donaustraße wohnhaften Schriftsetzers Nau von einem Radfahrer umgestoßen. Sie konnte sich zunächst nach der elterlichen Wohnung ohne Hilfe begeben. Wenige Stunden darauf stellten sich aber heftige Schmerzen ein, die wohl von schweren inneren Verletzungen herrührten. Das Kind starb in der Nacht gegen 3 Uhr. Die Leiche wurde beklagungslos am Dienstagabend 5 Uhr in Decken gewickelt, durch einen Schutzmännchen abgeholt. Die Art des Transports der Leiche erregte mit Recht allseitigen Unwillen. Sie wurde nämlich auf einem Straßenreinigungswagen befördert. Dem Beamten, der diese Beförderungsart angeordnet hat, sollte energisch von seiner vorgesetzten Behörde das durchaus Ungehörige seiner Anordnung largemacht werden.

Ein Kind aus dem Juge gestürzt.

Der Zustand des kleinen Hirse, der, wie wir am Dienstag berichteten, dadurch aus dem Juge stürzte, daß ein Fahrgast plötzlich die Räder des Coupés auftrieb, hat sich soweit gebessert, daß die Lebensgefahr beseitigt zu sein scheint. Der Kleine hat einen komplizierten Oberarmbruch erlitten, der jedenfalls noch längere Verweilung in Anstalt bedingt. Der Vater des Knaben, Tischler Hirse, Löwenstraße 26, ersucht Augenzeugen um baldgefallige Angabe ihrer Adressen.

Aus Furcht vor Strafe vergiftet! Gestern Abend vergiftete sich der 13 jährige Knabe der Witwe Wielert mit Lysol. Das Kind wurde in sehr bedenklichem Zustand nach dem Lazaruskrankeuhause geschafft. Der Knabe soll den Korridor Schlüssel verloren und aus Furcht vor Strafe wegen dieses Verlustes die törichte Tat begangen haben. Es kann nicht oft genug Eltern eingepreßt werden: nicht durch Furcht, sondern durch Vertrauen vermag man Kinder zu erziehen.

Letzte Post nach Südwest im August. Die letzte Post nach Deutsch-Südwestafrika im Laufe des Monats August geht von Deutschland am 28. ab. Sie verläßt die Heimat abends 6^{1/2} in Köln mit der Bahnpost nach Berviers oder 7^{1/4} in Oberhausen mit dem Zuge nach Völkell. Die Post wird nach Southampton gebracht, wo sie am folgenden Tage dem fälligen Dampfer der Union-Castle-Linie übergeben wird, der nachmittags 4 Uhr nach Kapstadt in See geht. Von dort befördert sie ein Dampfer der Houstonlinie nach dem Schutzgebiet. Der Houstondampfer ist planmäßig am 18. September in Lüderichsbad und am 21. in Swalopmund. Briefe, Postkarten und Zeitungen nach Namansdrift, Barmbad, Stallfontein und Umasos gehen schon von Kapstadt auf dem Landweg über Steinfopf. Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben nach diesen Orten werden über Lüderichsbad befördert. Auch sonst nimmt diese Post nur Gegenstände der Briefpost mit.

Die Weltreise des Schulknaben. Das rätselhaft verschwinden des 13 jährigen Schülers Alfred Wiata aus der Rönneberger Allee 52 hat jetzt seine Aufklärung gefunden. Der Vermißte ist gestern auf dem Bahnhof in Köln von der Polizei aufgegriffen worden. Er ist nicht, wie anfangs befürchtet wurde, einem Verbrechen zum Opfer gefallen, sondern hat auf eigene Faust eine „Weltreise“ angetreten. Erst vor vierzehn Tagen war er während der Schulferien bereist und hierbei ergriff ihn die Sehnsucht, einmal eine Reise um die Welt zu machen. Vor acht Tagen fuhr er nun, anstatt das ihm von seinem Onkel anvertraute Geld auf der Post einzuliefern, nach dem Lehrter Bahnhof und reiste mit dem nächsten Schnellzug nach Köln. Von Köln ging die Reise nach Hamburg, von Hamburg nach Vonn und dann wieder nach Köln. Dort erlitt ihn dann sein Schicksal. Er wurde auf dem Bahnhof aufgegriffen und zur Wache gebracht, wo sich der Sachverhalt bald herausstellte. Im Besitz des jugendlichen Weltreisenden befanden sich noch 370 M.

Dreißt. Der wohnungslose Kaufmann Grunert erschien am Dienstag auf einem Polizeirevier auf dem Gesundbrunnen und in seiner Begleitung befand sich der Schuhmacher Bergmann, der ebenfalls gegenwärtig ohne Wohnung ist. Grunert bezeugte den B. des Diebstahls und gab an, er habe ihm auf dem Sietziner Bahnhof die Taschenuhr nebst Kette, das Portemonnaie und die Papiere gestohlen. Bei einer Durchsuhung des Angeklagten wurde jedoch nichts vorgefunden. Man mußte infolgedessen den B. wieder entlassen. Dagegen wurde der angeblich Bestohlene zurückgehalten. Es stellte sich nämlich heraus, daß hinter G. ein Steckbrief wegen Betruges erlassen worden war. Die Polizei hielt es infolgedessen für angebracht, den Demunzianten gleich zu verhaften.

Durch ein dreifaches Schwindelmandat ist der Vorsteher der Depotkasse der Nationalbank für Deutschland, Brunnenstr. 120, um 1000 Mark geprellt worden. In dem Kassenbureau erschien ein etwa 40 Jahre alter unbekannter Mann von mittelgroßer Figur, der eine gefällige Duntung auf den Namen eines Depotinhabers Christian E. Puttkamerstr. 21, vorlegte. Als Duntung war ein Formular der betreffenden Depotkasse bemittelt worden. Da die Fälschung täuschend ähnlich nachgemacht war, so wurde kein Verdacht geschöpft und das Geld anstandslos ausgehändigt. Später stellte sich dann heraus, daß man einem frechen Schwindler in die Hände gefallen war. Vermutlich wird der dreiste Gauner sein Schwindelmandat auch noch an anderen Stellen versuchen.

Anglistische. In der Feurigstraße 8 ist der 20 Jahre alte Handlungsgehilfe Robert Sch. nachts gegen 12 Uhr, als er sich zum Fenster hinauslehnte, von epileptischen Krämpfen befallen worden. Er stürzte aus seiner im vierten Stock belegenen Wohnung auf den Hof und mußte nach dem Schöneberger Krankenhause übergeführt werden. — Der Kaufmann Korzykowski suchte in der Wälschenstraße in Pankow einen in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen zu besteigen, glitt jedoch vom Trittbrett ab und stürzte so unglücklich zu Boden, daß er bewußungslos liegen blieb. Der Verunglückte wurde nach dem Pankower Krankenhause übergeführt.

Der Wintergarten hat seine neue Saison nach nur kurzer Pause eröffnet und zwar mit einem auf sein internationales Publikum zugeschnittenes Programm. Dasselbe weist eine Reihe erstklassiger Variétékräfte auf. Hierher gehört in erster Reihe die Japanertruppe Diabe, die auf dem Gebiete der Akrobatik und Gymnastik mit einer erstaunlichen Gewandtheit und Eleganz arbeiten. Das Gleiche kann von den fünf Morwits gesagt werden, die als ausgezeichnete Reusenjongleure auftreten. Auf dem Gebiete der Gedankenübertragung überraschen in einem fort die Zanigs, ein englisches Ehepaar, das Publikum. Mrs. J., die sich auf der Bühne befindet, nennt sofort die Zahlen, die ihrem Publikum befindlichen Gatten aufgeschrieben werden, sobald dieser die Zahl zu sehen bekommt; sie bezeichnet die Gegenstände, die ihrem Gatten gegeben werden, ohne daß sie dieselben sehen kann, aufs genaueste, ob es sich um eine russische, französische Banknote handelt, welche Zahl dieselbe trägt, ob es ein Willel, ein Bild oder sonstwas ist, das ihrem Gatten in die Hand gegeben wird. Frä. Lafory, eine Sängerin in der komischen Oper in Paris, verfügt über eine ganz annehmbare Stimme, während Herr Joseph Joseph den Männergesang in der ihr eigenen Weise gelungen zum Vortrag brachte. Das Auge fand seine Befriedigung durch die glänzenden Kostüme der Tiergärten, einer englischen Gesangs- und Tanztruppe. Den Schluß des Programms bildete eine amerikanische Sportszene „Der Zukunftspreis“, in der das Leben und Treiben auf dem Rennplatz dargestellt wird.

Vorort-Nachrichten.

Die 10jährige Konfessionerteilung an die Große Berliner Straßenbahngesellschaft hat in seiner letzten Sitzung nun auch der Schöneberger Magistrat abgelehnt, so daß jetzt von allen Gemeinden mit Ausnahme von Wittmann und Reinitzendorf, die noch keine Erklärungen abgegeben haben, ablehnende Bescheide vorliegen. Tegel und Nieder-Schönhausen allerdings haben schon, bevor die Verhandlungen über den Zweckerwerb aufgenommen wurden, zustimmende Beschlüsse gefaßt, weil ihren Verkehrswünschen von der Großen Berliner entsprochen wurde.

In den westlichen Vororten sind jetzt Dachstuhlbrände an der Tagesordnung. Vorigen nachmittags brannte es in der Hildegardestr. 16 zu Wilmersdorf; am Sonntag hingegen genossen die Schöneberger den Brand des bekannten Lanzoloffs „Schwarzer Adler“ und die Steglitzer ein gewaltiges Schadenfeuer in der Arndtstraße nahe beim neuen Botanischen Garten. Namentlich der Steglitzer Dachstuhlbrand lodte am Nachmittag eine gewaltige Menschenmenge heran, die sich in Betrachtungen über das eigentümliche Verhalten der Feuerwehr erging. Von Wilmersdorf nämlich war die Berufsfeuerwehr zu Hilfe geeilt, doch zog diese wieder ab, ohne in Tätigkeit getreten zu sein. Inzwischen wütete das Feuer lustig weiter, bis der Dachstuhl völlig niedergebrannt war. Was man während des Sonntags nur vermutet hatte, fand man am Dienstag im Lokalblatt bestätigt: die Steglitzer Feuerwehr hatte die Hilfe der Wilmersdorfer Dampfspritze dankend abgelehnt. Das ist ein Vorgang, der in den Vororten Berlins nicht zum ersten Male da war und der sich auch trotz des Feuerwehrtariffs, über das wir gestern berichteten, wohl noch wiederholen wird. Eine lokalpatriotische Eitelkeit, deren gemeinschaftliche Folgen hier nicht eingehend dargestellt zu werden brauchen, glaubt der nachbarlichen Hilfe selbst bei größeren Bränden entbehren zu können, läßt es nicht zu, daß auch die Feuerwehr eines anderen Ortes an der Ehre der Brandlöschung teilhabe. Fragt man nach den Ursachen dieses törichten und schädlichen Verhaltens, so muß unseres Erachtens ohne Frage den Beweggründen, die bei der Zusammensetzung der Feuerwehren zumeist maßgebend sind, ein gutes Teil Schuld zugeschoben werden. Es spielt eine große Rolle, daß die Feuerwehr ja nicht sozialistisch durchführe; auf hurtopatriotische, suberzine Besinnung ihrer Mitglieder wird zum mindesten ebenso viel gehalten wie auf berufliche Tüchtigkeit. Hurtopatriotismus und lokalpatriotische Voreingenommenheit stehen aber in innigster Lebensverwandtschaft zueinander; sind beide Untugenden bei einer Feuerwehr vereint, so können sie zu schlimmer Gefahr für die Einwohnererschaft des Ortes ausarten.

Pankow.

Außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins am 18. August 1908 im Restaurant „Zum Kurfürsten“, Berliner Straße 102. Zum 1. Punkt der Tagesordnung — Vorstandsbericht — erklärt der Vorsitzende Röber, daß er über die Zahl der stattgefundenen Vorstandssitzungen, über die Anzahl der versandten Briefe und andere Verwaltungangelegenheiten keine Auskunft geben kann, weil er zwei Kottbücher verloren hat. Bei dem Bericht über die letzten Gemeindevahlen bemerkt der Redner, daß im allgemeinen die Verhältnisse in Pankow auf die Dauer für die Sozialdemokratie ungünstiger werden, da immer mehr Angehörige des Mittelstandes zuziehen. Wer aber glaubt, daß durch den Freiwald-Standal ein Schaden für die Sozialdemokratie am Orte entstehen sei, werde nach den Wahlen sehen, daß er sich geirrt hat. Der Wahlverein steht zum Kampfe gerüstet da und wenn auch der Reichslagenverband bereits seit Monaten begierig alles Material sammelt, so sei er doch sicher, daß die erledigten Mandate wieder in unseren Besitz gelangen. Bei den Landtagswahlen ist eifrig gearbeitet und sind gute Erfolge erzielt worden. Von insgesamt 6991 Stimmen wurden für die Sozialdemokratie 3917 abgegeben. In Anbetracht der öffentlichen Abstimmung ein großer Erfolg. Die Abrechnungen von den Wahlen kann Röber noch nicht vorlegen, da er sechs Wochen krank war und jetzt noch keine Zeit hatte, die Abrechnung fertigzustellen.

Genosse Kühli (Revisor) bemängelt in scharfen Worten das Fehlen einer Abrechnung. Die Abrechnung, die seine Zeit zur Fertigstellung der Abrechnung war, könne er nicht gelten lassen. Der Vorstand hätte die Möglichkeit gehabt, die Generalversammlung ein oder zwei Wochen später stattfinden zu lassen und dann die Abrechnung vorzulegen. Röber hätte die Zeit, die die Ausarbeitung der Denkschrift beansprucht hat, besser zur Fertigstellung seiner Abrechnungen benutzen sollen. In demselben Sinne sprechen Fingler und Gerhardt, während Richter, Förster und Zimmermann Röber in Schutz nehmen. Als Argument führen die Genossen vornehmlich an, daß die Listen zu spät abgerechnet werden und infolgedessen rechtzeitiger Abschluß unmöglich ist.

Röber wendet sich gegen die Vorwürfe und verlangt, daß man ihm Vertrauen entgegenbringe. Auch auf einem Jahlabend sei der Zwischenfall gemacht, Röber solle man erst abrechnen. Das sei die Art, wie in Pankow demokratische Gerichte in Anlauf gesetzt werden. Die Betroffenen beweisen damit, daß sie zur Freiwald-Ligue gehören. Weisall und Zwischenrufe: Namen nennen! Die Namen weiß ich nicht, aber es ist schon so: wer kein Vertrauen zu mir hat, gehört zur Freiwald-Ligue. Andere haben gegen mich kein Mißtrauen. Dann gibt der Redner einen, wie er ihn selbst bezeichnet, oberflächlichen Bericht über die Abrechnung, von dem er mittel, eingangs habe er diese Berichterstattung vergessen.

Genosse Niehse gibt den Kassenbericht. Die Einnahmen betragen 1700,48 M., die Ausgaben 1641,05 M. Die Mitgliederzahl ist von 642 auf 602 zurückgegangen, was seine Ursache in der ungünstigen wirtschaftlichen Konjunktur haben dürfte. Dem Kassierer wird einstimmig Befehle erteilt. Roniert wird, daß auch von der Kassierer noch keine Abrechnung vorliegt. Es wird erklärt, daß dieselbe zur nächsten Versammlung fertiggestellt sein wird. Den Bericht über die Kreisgeneralversammlung erstattet Genosse Hillmann. Er wendet sich insbesondere gegen das Verhalten des Genossen Stadthagen und die Geschäftsführung in der Kreisversammlung. Genosse Röber legt eine Resolution des engeren Vorstandes vor, die vom Parteivorstand verlangt, ein Schiedsgericht gegen Genossen Stadthagen einzusetzen. Als Grund wird das Verhalten Stadthagens auf der Kreisgeneralversammlung und die Schiedsgerichte in Sachen Röber angeführt, die auf Antrag Stadthagens in der Kreisversammlung dem Parteischiedsgericht gegen den engeren Pankower Vorstand überwiesen sind.

Röber erklärt, er sei sich bewußt, daß der richtige Instanzenweg vorschreibe, das Verfahren beim Kreis anhängig zu machen. Doch beim Kreis erhalten wir nicht unser Recht. Ein Anrufen desselben bedeutet Selbstmord.

An der Diskussion beteiligen sich noch die Genossen Hillmann, Obier, Gerhardt und Wolf, die teils gegen, teils für den Ortsvorstand eintreten. Die vorgeschlagene Resolution wurde gegen 4 Stimmen angenommen. Sodann ersucht Röber die Versammlung, im Namen des engeren Vorstandes folgende Entschlieung anzunehmen: Die Gemeindeverdirektor-Fraktion hat die Genossen Fingler und Kubig als nicht mehr zur sozialdemokratischen Fraktion gehörig zu betrachten. Auch über diesen Antrag entspinnt sich eine lange Diskussion. Schließlich wird derselbe gegen 15 Stimmen angenommen. Beim nächsten Punkt der Tagesordnung erklärt Röber, daß der Vorstand sein Amt niederlegt. Er erklärt, daß dies nur geschieht, um Gelegenheit zu haben, die Vertrauensfrage zu stellen. Genosse Obier tritt in warmen Worten für den bisherigen Vorstand ein.

Glück ist der Meinung, daß die Vorstandsmittglieder vorläufig nicht wiedergewählt werden können, da ein Ausschlußverfahren gegen sie schwebt. Die Vorstandsmittglieder und besonders Röber haben bisher immer auf dem Standpunkt gestanden, daß Genossen, gegen die ein Verfahren schwebt, ihr Amt bis zur Erledigung der Angelegenheit niederzulegen haben. Auf einmal stehen dieselben Personen auf einem anderen Standpunkt. In demselben Sinne äußert sich Genosse Gerhardt. Beschlossen wird, eine Genossin in den Vorstand zu wählen. Die Versammlung entscheidet sich für die Genossin Reihner. Sodann findet folgende Resolution gegen 11 Stimmen Annahme:

„In Berücksichtigung, daß die Genossen von Pankow keine Veranlassung haben, dem engeren Vorstand ihr Vertrauen zu entziehen, so haben dieselben keine Veranlassung, die Niederlegung dieser Ämter entgegenzunehmen, drücken demselben vielmehr ihr Vertrauen aus und erwarten, daß der engerer Vorstand in der bisherigen Weise weiterarbeiten, bis zur Entscheidung der schwebenden Ausschlußangelegenheiten.“

Die Versammlung war nur von rund 200 Teilnehmern besucht. Hoffentlich gelingt es dem vom Kreis angerufenen Parteischiedsgericht, in Pankow den Boden für eine ersprießliche Parteitätigkeit bald zu glätten.

Charlottenburg.

Bei dem am 8. August stattgefundenen Sommerabendball der Metallarbeiter ist eine Wache gefunden worden; abzuholen bei Klappstein, Krummstr. 42.

Steglitz.

Bei dem am 16. August stattgefundenen Volksfest sind ein Krumband, ein Stok und eine Uhr gefunden, zwei Säime verloren. Um Meldung der Finder und Verlierer bei Höhn, Steglitz, Marksteinstraße 9, wird gebeten.

Vermischtes.

Furchtbare Grubenunglück.

Eine große Explosion erfolgte, wie Telegramme melden, am Montagabend in der Kohlengrube Wappole in der Nähe von Wigan in Lancashire. 76 Bergleute sind verunglückt. Eristige Gase und Deckeneinstürze machten den Rettungsmannschaften ein direktes Vordringen zum Katastrophort unmöglich. Es wurde eine Verbindung von der 800 Meter entfernten Grube Jankson aus hergestellt. Bis Dienstag mittag wurden 18 Leichen geborgen.

Nord und Selbstmord.

Im Dorfe Barnetwy unweit Rathenow gab, wie ein Telegramm meldet, der Schweizer Bogt auf die unerschickte Anna Götzling, mit der er ein Verhältnis hatte, aus einem Revolver vier Schüsse ab und verletzte sie lebensgefährlich, dann richtete er die Waffe gegen sich selbst. Die Verletzungen beider sind lebensgefährlich.

Hotelbrand in Leipzig.

Bei einem gestern früh in einem Hotel in der Reiter Straße ausgebrochenen Dachstuhlbrande wurden zwei Kellnerinnen in ihrer unter dem Dache liegenden Schlafkammer erstickt aufgefunden. Eine 78 Jahre alte Witwe konnte noch im letzten Augenblick von der Feuerwehr gerettet werden.

233 000 M. unterschlagen.

Der Kassierer der Dresdner Bank Hermann Eckert in Dresden hat, wie ein Telegramm aus Dresden meldet, das Institut durch raffinierte Fälschungen um den Betrag von 233 000 Mark geschädigt. Er ist seit gestern früh flüchtig. In zurückgelassenen Briefen spricht er die Absicht aus, den Tod zu suchen. Die Angelegenheit ist den Behörden übergeben worden. Eckert war 34 Jahre im Dienste der Bank und genöß das unbedingte Vertrauen seiner Vorgesetzten.

Tödlicher Autounfall. Koburg, 19. August. (S. Z. B.) Das Automobil, das gestern die Prinzen August Wilhelm und Oskar von Preußen nach Koburg gebracht hatte, verunglückte auf der Rückfahrt auf der Chaussee bei Oberlangensfeld (Oberstadt). Der Wagen stürzte die Böschung herab und begrub den Chauffeur unter sich, der auf der Stelle tot war. Die Leiche wurde nach Lichtenberg gebracht.

Seemannsnot. Untweit der Lebensrettungsstation Vermeget bei Atlantik City fand man die Ueberreste eines Fischerbootes mit zwei Mann der Besatzung darin, die mehr tot als lebendig waren. Die Männer waren durch Hunger und die Unbill des Wetters so mitgenommen, daß sie, als man sie in die Rettungsstation einlieferte, außer Stande waren, über ihre Schicksal Auskunft zu geben. Man befürchtet, daß die Männer sterben werden, ohne ihre Rettung wieder zu erlangen, obwohl ihnen jede erdenkliche Hilfe zu teil wird.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Johann Jacoby“. Heute abend 8^{1/2} Uhr bei Bugge, Kasernen-Allee 95, Generalversammlung.

Les- und Diskussionsklub Wilhelm Liebknecht. Sitzung heute abend 8^{1/2} Uhr bei Buhl, Dampfer Str. 93. Gäste willkommen.

Berband der Freireisenden Deutschlands. Heute abend 10^{1/2} Uhr: Rosenfelder Straße 11/12: Versammlung und Vortrag.

Deutscher Arbeiter-Abteilungs-Bund. Ortsgruppe Berlin. Morgen (Freitag) abend 1/9 Uhr im Englischen Hof, Neue Köhler Str. Vortrag des Genossen Simon Rosenfeld über Erziehungsfragen. Gäste willkommen!

Witterungsbericht vom 19. August 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-Höhe mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. in Grad Celsius	Stationen	Barometere-Höhe mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. in Grad Celsius
Stettin	765 B			2wolbig	16	Liparanda	757 B			0 heiter	9
Danzig	767 B			3 bedeckt	14	Petersburg	752 B			1 bedeckt	14
Berlin	766 B			wolkig	16	Schwab	764 D			4 bedeckt	16
Frankfurt	767 B			1 heiter	11	Aberdeen	770 B			2 bedeckt	10
Hamburg	767 B			2wolbig	15	Paris	766 B			2wolbig	13
Wien	767 B			1 heiter	16						

Wetterprognose für Donnerstag, den 20. August 1908. Vielwolbig heiter und am Tage ziemlich warm bei auffrischenden nordwestlichen Winden; keine oder unbedeutende Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachricht: der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 18. 8.	seit 17. 8. (cm)	Wasserstand	am 18. 8.	seit 17. 8. (cm)
Memel, Iltis	136	+10	Saale, Brandau	123	-7
Oregel, Zuerburg	-13	+1	Havel, Brandau	43	+3
Weichsel, Thorn	374	+72	Havel, Rathenow	34	-8
Oder, Ratibor	142	0	Spree, Spremberg	70	0
„ „ „ „ „ „ „ „	125	-8	„ „ „ „ „ „ „ „	81	0
„ „ „ „ „ „ „ „	142	-4	„ „ „ „ „ „ „ „	-84	-11
„ „ „ „ „ „ „ „	60	0	„ „ „ „ „ „ „ „	-2	+10
„ „ „ „ „ „ „ „	32	-3	„ „ „ „ „ „ „ „	416	-6
„ „ „ „ „ „ „ „	-14	+1	„ „ „ „ „ „ „ „	214	-7
„ „ „ „ „ „ „ „	-53	+5	„ „ „ „ „ „ „ „	216	-5
„ „ „ „ „ „ „ „	-171	+3	„ „ „ „ „ „ „ „	152	+30
„ „ „ „ „ „ „ „	80	+2	„ „ „ „ „ „ „ „	152	+30
„ „ „ „ „ „ „ „	87	-1	„ „ „ „ „ „ „ „	10	+3

*) + bedeutet Hoch. — Fall. — *) Unterpegel. Nach telegraphischer Meldung betrug der Wasserstand der Weichsel bei Thorn heute 372 Zentimeter.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 20. August.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Tristan und Isolde. Anfang 7 Uhr.
Königl. Schauspielhaus. Minna von Barnhelm.
Neues königl. Opernhaus. Die Wallfäre. Anfang 6 1/2 Uhr.
Deutsches. Die Räuber.
Kammerspiele. Frühlings Erwachen. Anfang 8 Uhr.
Anfang 8 Uhr.
Leffing. Die Stützen der Gesellschaft.
Neues. Baccarat.
Neues Schauspielhaus. Die Dollarprinzessin.
Kleines. 2 mal 2 = 5.
Komische Oper. Der Herriffent.
Reibenz. Der Floh im Ohr.
Hebbel. Cyprienne.
Schauspielhaus. Die blaue Maus.
Trianon. Madame Josette — meine Frau.
Westen. Ein Walzertraum.
Schiller (Wallner-Theater.) Der Prophet.
Schiller Charlottenburg. Das letzte Mittel.
Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Die Diebin.
Luisen. Zule.
Thalia. Witternachtsmädchen.
Verdard Kiste. Das Geheimnis von New York.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/58.

Hebbel-Theater.
Königsplatz Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Cyprienne.
Lustspiel in 3 Akten v. Cordeu u. Lafay.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Baccarat.
Freitag und Sonnabend: Baccarat.
Sonntag: Der Dieb.

Kleines Theater.
Donnerstag, den 20. August ex.,
Anfang 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.
Freitag: 2 mal 2 = 5.
Sonnabend: 2 mal 2 = 5.
Sonntag: 2 mal 2 = 5.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Ein Walzertraum.
Operette von Oscar Strauß.

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:
Der Floh im Ohr.
Schwank in 3 Akten von G. Feydeau.
Deutsch von Wolf-Jacoby.
Morgen und folgende Tage: Der Floh im Ohr.

Luisen-Theater.
Donnerstag, den 20. August 1908,
abends 8 Uhr:
Suse.
Täglich: Zule.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
8 Uhr. Schauspielhaus. 8 Uhr.
Sommerfestzeit. Leitung v. G. Witz.
Donnerstag, den 20. August 1908:
Die Diebin. (Lech Klefina.)
Sensationsstück in 4 Akten von G. R. E. M. Kellan.
Freitag: Ein Rabenbalz.

BERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurter Str. 132.
Das Geheimnis v. New York
Anf. 8 Uhr. Sommerpreise.
Auf der Gartenbühne:
Theatervorstellung. Spezialitäten.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr: Die Attraktions-Novitäten.
9 1/4. **Vera Violetta.**
9 1/4.
Boulevard-Operette von Ed. Gösler.
10 1/4: **Grat Zeppelein** auf seiner großen Fahrt.
Ab 7 1/2 Uhr: Konzert im Theatergarten.

Sanssouci. Kollhusen
Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Deute Donnerstag:
Erstklassige Nummern.
Gr. Elite-Soiree Tanz-
Kränzh. von
Hoffmanns
Norddeutsch. Sänger
Beg. Sonnt. 5. wochent. 8 U.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich nachm. 5 Uhr:
Gr. Militär-Doppel-Konzert
Eintritt 1 M.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.,
Kinder unter 10 Jahren
— die Hälfte. —

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.) Moritz-Oper.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Prophet.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Postillon von Lonjumeau.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Jüdin.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Das letzte Mittel.
Freitag, abends 8 Uhr:
Ein Fallissement.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Das Stiftungsfest.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die blaue Maus.

Metropol-Theater
Zum 336. Male:
Das muß man seh'n.
Renue in 12 Bildern m. Ges. und Tanz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Spezialitätenvorst. im Garten.
Bei ungünst. Witterung i. Theater.
Großes Progr. Anf. d. Vorst. 8 Uhr.
Anf. d. Gartenkonz. 7 Uhr. st. Or.
Sonnabend, 22. August: **Gala-Sommerfest.** Eine Kassenacht a. d. Weinbergsweg. R. d. K. M. G. L. S.

WINTERGARTEN
Eröffnungs-Programm.
The Zancigs — Joseph Josephi, Sänger
— Ephraim Thompson, dressierte
Elephanten — Okabo, Japaner-
Truppe — Die 5 Mowatte, Konlon-
Jongleuro — Die 12 Tiller Girls,
Engl. Gesangs- u. Tanztruppe —
Cornelia und Eddie, Amerikanische
Excentrics — Der Zukunftspreis,
großes Rennbild — Karl Hertz,
Zauberkinastler — Beyer de Lafory,
französ. Sängerin — Der Biograph.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
BELLINI
der König aller Gedankenleser
mit seinen noch nie gesehene,
aus Unglaubliche grenzenden
Gedankenübertragungen m.
Das großartige August-Programm!
Grete Gallus, Fritz Stoll usw. usw.

Passage-Panoptikum.
Täglich von 11-1 und von
8-9 Uhr:
Auftreten des Herrn
Wilhelm Voigt
genannt der
Hauptmann von Köpenick.
Eintritt inkl. aller Sehens-
würdigkeiten
50 Pf. ohne Extra-Entree.

Parodie-Theater
Dresdener Straße 97.
Deute:
Cavalleria-Rustikana und
die unheimliche Burleske
„Berlin steht Kopf“.
Anfang Sonnt. 8. Bochent. 8 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Stammstr. 16.
Deute: Rothow-Dugall.
Die Anna-Liese.
Anf. 6 Uhr. Kassenpreise 3-6 Uhr.
Während und nach der Vorst.: Tanz.
Freitag: Angeflagt!
Sonnabend: Der Wilderer.

Brunnen-Theater
Badstraße 58. Direkt.: Will Voigt
Täglich:
Der jüngste Leutnant.
Erstklassige Spezialitäten.
Bollini Truppe Kurt Ellis
The 5 Violentos Powell and Powell
Adolf Hartley.
Gründung 3 Uhr. Anfang 4 1/2 Uhr.
Vorverkauf von 10 Uhr ab.
Mittwoch, 26. August: 40-jähriges
Jubiläum von Karl Möller.

Berliner Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9.
Täglich:
Die Welt ein Paradies
große Ausstattungs-Revue
und erstklassige Spezialitäten.
Anf. Sonnt. 4 Uhr, Wochent. 4 1/2 Uhr.
Im Saale: Täglich gr. Ball.

Volksgarten-Theater
— am Bahnhof Gesundbrunnen. —
Donnerstag, den 20. August 1908:
Großes Gartenfest
mit italienischer Nacht u. feinste
Befeuchtung d. ganzen Stabliementes.
Großes Brillant-feuerwerk.

Schweizer Garten.
Am Königsforst — Am Friedrichshain.
Täglich: Theater-Vorstellung,
Spezialitäten und Ball.
Jeden Abend Berliner Leben.
10 Uhr:
Vollständ. mit Gesang in 3 Bildern.
Jeden Kinderfreudenfest.
Mittwoch:
Vollständ. mit Gesang. Kinematograph.
Entree 30 Pf.
An Wochentagen ist Saal u. Garten
an Vereine zu Festlichkeiten zu
vergeben.

Gustav Behrens-Theater.
Goltzstr. 9.
Wiedereröffnung
Sonnabend, den 22. August:
Neu! Neu! Neu!
Die Guldenprinzessin.
Operette.
Wiederanstreten von Gustav Behrens
und 10 erstklassige Spezialitäten.
Tudor-Kinematograph.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr.

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47-49.
Donnerstag, den 20. August:
Die Geheimnisse von London
Sensationsdrama in 8 Bildern.
Anf. d. Vorst. 7 Uhr, d. Konz. 5 Uhr.
Kasseneröffnung 4 Uhr.
Nach der Vorstellung: Ball.

Freie Volksbühne

Die neuen Mitgliedskarten
müssen bis heute abend aus den Zahlstellen abgeholt werden.

Eröffnungs-Vorstellungen des Spieljahrs 1908/09
Sonntag, den 30. August, nachmittags 3 Uhr:

Lessing-Theater Friedrich-Karl-Ufer 1. Die versunkene Glocke. Märchendrama in 3 Aufzügen von Gerhart Hauptmann. 4. Abteilung.	Neues Schauspielhaus Nollendorf-Platz 7/8. Die Kinder d. Exzellenz. Lustsp. in 4 Aufzügen von Ernst v. Wolzogen u. W. Schumann. 1. Abteilung.	Thalia-Theater Dresdener Str. 72/73. Te Deum. Komödie in 5 Aufzügen von Ernst Rosmer. II. Abteilung.
--	--	---

Sämtliche Nachmittagsvorstellungen sind geschlossene, zensurfreie Vereins-
vorstellungen, zu denen nur Mitglieder Zutritt haben gegen Vorzeigung ihrer
Mitgliedskarte.
Die Mitgliedskarten für die Nachmittags-Abteilungen müssen je 2 Mark enthalten. Das Ein-
schreibegeld beträgt 90 Pfennig, ebenso der Augustbeitrag der alten Mitglieder.

12. (I.) **Abend-Abteilung im Neuen Schauspielhaus**
Montag, den 7. September, 7 Uhr (pünktlich Anfang wegen der):
(langen Dauer der Vorstellung):

Goethe: Faust (I. Teil).
Einschreibegeld 90 Pfennig, Beitrag der Abend-Abteilung 1,10 Mark.
(Für die Abendvorstellungen sind vorläufig mit der Direktion des Neuen Schauspielhauses
abwechselnd zur Aufführung vereinbart):

Goethe: Faust (I. Teil).	Hebbel: Judith.	Shakespeare: Julius Cäsar.
------------------------------------	---------------------------	--------------------------------------

Einige neue Mitglieder können sich noch in den nachstehenden Zahlstellen anmelden:

N.: Ernst Beyer, Veteranenstr. 11. H. Roloff, Wörther Str. 31. A. Charlet, Ackerstr. 134. Paul Maxanke, Pankstr. 24. R. Vogel I, Lortzingstr. 37. K. Opitz, Lynarstr. 2. K. Wessenthal, Ackerstr. 123. A. Tiets, Invalidenstr. 124 (Stettiner Bahnhof). Kriedemann, Stargarder Str. 74. — NO.: Franz Niemeyer, Weberstr. 19. J. Reul, Barnimstr. 42. — O.: P. Horsch I, Engelufer 15 (Gewerkschaftshaus). G. Vogel II, Koppenstraße 83. Lohaus, Thaeerstr. 63. Witwe Henze, Petersburger Str. 34. — SO.: A. Böttger I, Skalitzer Str. 107. Friedrich, Mariannenstraße 5. Schulz, Görtitzer Straße 58. Karl Scholz, Wrangelstraße 110. — S.: Haase, Kottbusser Damm 4. Gottfried Schulz, Admiralstraße 40a. W. Böhrner, Ritterstr. 15. F. Meyer, Dresdener Str. 128/129. — SW.: Rudolf Daehn, Hagelberger Str. 27. Müdersbach, Lindenstr. 59. F. Ohnesorge, Markgrafenstr. 102. A. Böttger II, Zossener Str. 30. — W.: Wiemers, Bülowstr. 59. G. Moldenhauer, Barbarossastraße 64. — NW. (Moabit): Paul Horsch II, Charitéstr. 3 (Verbandshaus der Metallarbeiter). Lamprocht, Putzstr. 10. — C.: H. Ramm, Stralauer Str. 3/6. Alb. Löwenberg, Neuo Schönhauser Str. 13. Clasen, Gipsstr. 27. G. Weinhacht, Grünstr. 21. — Rixdorf: P. Henning, Zietenstr. 69. Max Zirkel, Fuldastr. 55 (Idealpassage). — Charlottenburg: P. Schmidt, Wilmersdorfer Str. 130. — Wilmersdorf: E. Meyer, Umlandstraße 97. — Tempelhof: M. Müller, Berliner Str. 41/42. — Ober-Schöneeweide: H. Knapp, Westendstraße 22. — Tegel: Johann Lauer, Berliner Str. 92. — Rummelsburg: Havenstein, Ale-Boxhagen 50. — Weißensee: Nerlich, Lothringenstr. 13. 211/12

Ordner-Sitzung: **Sonnabend, den 22. August 1908, im Gewerkschaftshaus.**
Tagesordnung: Wahl der Beisitzer und Geschäftliches.
Der Vorstand. I. Vertr.: Die Geschäftsstelle, Rixdorf-Berlin, Kirchhofstr. 46, 2 Tr.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.
Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.
Das kommt davon!
mit dem Vorspiel:
Es lebe das Nachtleben.
Komödie in 3 Akten von Anton und Donat Herrnfeld.

Reichshallen-Theater
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anf. Börsenplatz 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Reichshallen-Garten und
Restaurant: Militär-Konzert.

Restaurant „Waldkater“
40 Tegeler Weg Charlottenburg Tegeler Weg 10
Drei Minuten vom Bahnhof Jungfernheide.
Jeden Sonntag
Großes Freikonzert. Original-Zigeuner-Kapelle.
Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. Familien können
Kaffee trinken. Bier 60 Pf. Glas Bier 10 Pf. Gr. Weibe 20 Pf.
Im Saal: Gr. Ball. Um freil. Zutritt bittet **Der Waldkater.**
11106 S. B.: Hermann Bock.

Ostbahn-Park
Am Küstrinerplatz, Rüdorsdorferstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert,
Theater- und Spezialitäten-
Vorstellung.

Max Kliems
Sommer-Theater.
— Hasenheide 13-15. —
Kunstige Leitung: Bernhard Langa
Täglich: **Großes Konzert, Theater-
und Spezialitäten-Vorstellung.**
Mittwoch: Kinderfest.
Donnerstag: Elite-Tag.
Fröhels Allerlei-Theater.
Schönhauser Allee 143.
Täglich:
Mit vollen Segeln.
Lebensbild in 3 Akten.
Dazu
erstklassige Spezialitäten.

Gustav Behrens-Theater.
Goltzstr. 9.
Wiedereröffnung
Sonnabend, den 22. August:
Neu! Neu! Neu!
Die Guldenprinzessin.
Operette.
Wiederanstreten von Gustav Behrens
und 10 erstklassige Spezialitäten.
Tudor-Kinematograph.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr.
Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47-49.
Donnerstag, den 20. August:
Die Geheimnisse von London
Sensationsdrama in 8 Bildern.
Anf. d. Vorst. 7 Uhr, d. Konz. 5 Uhr.
Kasseneröffnung 4 Uhr.
Nach der Vorstellung: Ball.

Aufruf!

Am 6. August wurde **Donaueschingen** von einem furchtbaren Brand-
unglück heimgesucht. 130 Wohnhäuser und 160 Nebengebäude fielen in wenigen Stunden

dem rasenden Element zum Opfer. Von ihrer Habe konnten die Betroffenen nichts retten. Etwa 600
Personen sind obdachlos, von Kleidung und Hausgerät entblößt. Der Schaden beziffert sich auf
Millionen, von denen nur ein sehr geringer Teil durch Versicherung gedeckt ist.

Trotzdem die erste Not durch hochherzige Spenden aus Donaueschingen selbst gemildert wurde,
ist das Elend unter den zum überwiegenden Teil ganz armen Leuten unbegreiflich. Haus und Hof,
die fahrende Habe, alles ist ihnen vernichtet. Die Hilfe der nächsten Mitbürger reicht hier nicht aus.
Unterstützung aus dem ganzen großen Vaterlande tut dringend not, nur rasche Hilfe wird wirksam sein.

Ueber das freundliche Schwarzwalddstädtchen kam die Heimsuchung fast in dem gleichen Augen-
blick, in dem die Augen der ganzen Welt auf Glad und Untergang des Zeppelinschen Luftschiffes ge-
richtet waren. Wenn jetzt dem Grafen Zeppelin die Fortführung seines Lebenswerkes gesichert ist und
nun zum zweiten Male die Bitte um werktätige Hilfe für Hunderte von Obdachlosen, durch die
Klammern aus ihrem Besten Vertriebenen, ins Land hinausgeht, so sind wir überzeugt, daß dieser
Appell an die Opferwilligkeit unserer Mitbürger nicht ungehört verhallen wird. Insbesondere richten
wir an die norddeutschen Stammesgenossen die Bitte, durch rasche und werktätige Hilfe den schwer
Heimgesuchten zu zeigen, daß kein Unterschied ist zwischen Nord und Süd, gewiß nicht, wenn es gilt,
zu helfen und zu retten.

Ihr helft zugleich und vor allem Hunderten und Aberhunderten von armen, nothleidenden,
hungernden und frierenden, ihres Heims und ihres Obdachs beraubten Menschen. Eine der ersten Spenden,
die in Donaueschingen ankam, waren 1000 M. des Grafen Zeppelin. Folgt seinem Beispiel, lindert das
Elend, das so groß ist, daß die Hilfe des Südens nicht mehr genügt, erfüllt auch hier den stolzen
Wunsch: daß ganze Deutschland soll es sein!

Ueber die eingehenden Spenden wird öffentlich quittiert. Lebensmittel, Wirtschaftsgegenstände,
ungetragene Kleidungsstücke und sonstige Naturalien werden nach den als Depot eingerichteten
städtischen Wärmehallen in der Dirschstr. 97-100, erbeten oder von
jedem Spediteur kostenlos abgeholt.

Geldsendungen nehmen in Empfang: Die Haupt- und Depositenkassen der
Bank für Handel und Industrie, der Berliner Handelsgesellschaft, der
Commerz- und Diskontobank, der Deutschen Bank, der Direktion der Dis-
konto-Gesellschaft, der Dresdner Bank, der Mitteldutschen Kreditbank,
der Nationalbank für Deutschland, des A. Schaaffhausen'schen Bank-
vereins, die Direktion der Handelsvereinigung, die Geschäftsstelle der
unterzeichneten Kommission, Berlin, Jägerstr. 22, sowie jedes Mitglied
des Komitees.

Auch der kleinste Beitrag ist willkommen!

Norddeutsches Hilfskomitee für Donaueschingen.

1115

Das tägliche Ziel vieler 1000 Schaulustiger bildet die
Hagenbeck-Schau
Berlin, König-, Ecke Neue Friedrichstraße. 218/6*
Täglich abends 8 Uhr: Große Vorstellung.
Jeden Sonntag, Mittwoch u. Sonnabend 2 große Vorstellungen, nachm. 4 u. abends 8 Uhr.
Jeden Sonntag von 11 Uhr vorm. bis 12^{1/2} Uhr Besichtigung u. Fütterung der Raubtiere.
Jeden Wochentag ab 10 Uhr vorm. bis 1 Uhr mittags hochinteressante Raubtierdresur-Proben.
Besichtig. u. Fütterung d. Raubtiere geg. ein Entree v. 50 Pf. f. Erwachs. u. 25 Pf. f. Kinder.

Bitte ausschneiden!
Vorzugsbillett!
Vitascope-Theater,
110 Invalidenstr. 110
gibt 700 Personen sossend, gütlig
für 1-4 Personen
statt 75 Pf. nur 50 Pf.
50 30
30 20
Sonnabend, Sonntag ungtlig.

Achtung! Achtung!
Sangesfreunde!
Sonntag, den 23. August 1908,
findet eine
Morgensprache
in Ludwig's Viktoriagarten, Köpenicker Landstraße
statt, veranstaltet von den
Gesangvereinen des Arbeiter-Sängerbundes.

Gastwirte!
Klavier, famoser Ton, verkauft weg-
zugshalber **Kruger**, Zwinglstr. 4.
Altestes Teilszahl-Geschäft
für **Brennabor-Räder!**
Kein Laden!
Günstigste
Bedingungen.
Berlin SO.,
Louis Barth, Brückenstr. 10a. pl.

Arnold Scholz. **Neue Welt.** Hasen-
heide 108-114.
Gr. bayerisches Keller-Fest.
Heute: **Elite-Tag!**
Monster-Feuerwerk
Anfang 5 Uhr. Entree 25 Pf.
Alle Passepartouts haben Gültigkeit ohne Nachzahlung.

Wanzen
Schwaben, Russen, Flöhe,
Wegen, Blattläuse etc. werden durch
meine unschädlich wirkenden Spezial-
mittel nebst Brut vollständig beseitigt.
In Flaschen resp. Schachteln a 30 Pf.,
50 Pf., 1.00 bis 3.75 M.
Zahlreiche lobende Anerkennungen.
1000 M. Belohnung
demj., der mir ein. Nichterfolg nachweist.
Hugo Barth, Drogerie, Brunnenstr. 14.

Diez' Spezialitäten-Theater
Landsberger Allee 76/79, direkt Ringbahn-Station.
Bequemste Fahrgelegenheit nach allen Stadtrichtungen.
Ob schön! Täglich: Ob Regen!
Das neue und beste Programm Berlins.
Die größte u. beste Raubtiergruppe d. Gegenwart. Gebr. Bügler.
10 Löwen und 8 Bären.
Anfang 3 Uhr. Entree Wochentags 20, Sonntags 30 Pf.
Täglich: Vollbesetzung aller Art.

Steppdecken
Extrapreise!
Emil Lefèvre
Berlin Süd. Seit 1882
nur Oranienstr. 158

Von der Michaelbrücke an der
Michaelstr. heute Donnerstag, **Große Dampfer-Korsolahrten**
den 20. August:
zu kleinen Preisen mit Musik 30 Pf. bis Schmöckwitz, Restaurant Seebüh-
se. Dasselbe: Doppel-Konzert sowie Land- und Wasserfeuerwerk.
Abfahrt früh 9^{1/2} Uhr, 2, 4 u. 6^{1/2} Uhr. 11115
Außerdem Sonnabend 10 Uhr vorm. Extralohr nach Wolterdörf.
9^{1/2} Uhr abends Mondschiffahrt nach Müggelsee. Preis hin und
zurück 50 Pf. Heerde G. Zachow.

Bunt Cretonne Ersatz für 300
Dockbett 750
Similiseide in den 1525 750
Farben
Wollfilas rot, blau, 1675 850
oliv
Bunte Normal- 150 250 350
Schlafdecken
Wolldecken ganz 300 400
dick
Räumungs-Extraliste
enorm billiger Angebote
gratis und franko.

Herrn-Stoff-Reste Wer - Stoff - hat
zu Herrenanzügen sportlich, feinste
Fabrikate, Kammergarn, Chevots,
neueste Muster von A. R. an der
Neder, reine Wolle. 150/1
Ludwig Engel, Prenzlauer-
straße 23, II. (Alexanderplatz.)
Spezialität: Anzug kompl. nach Maß
„Napoleon“ M. 36,00.
Ein Versuch führt zur dauernden Kundenschaft!

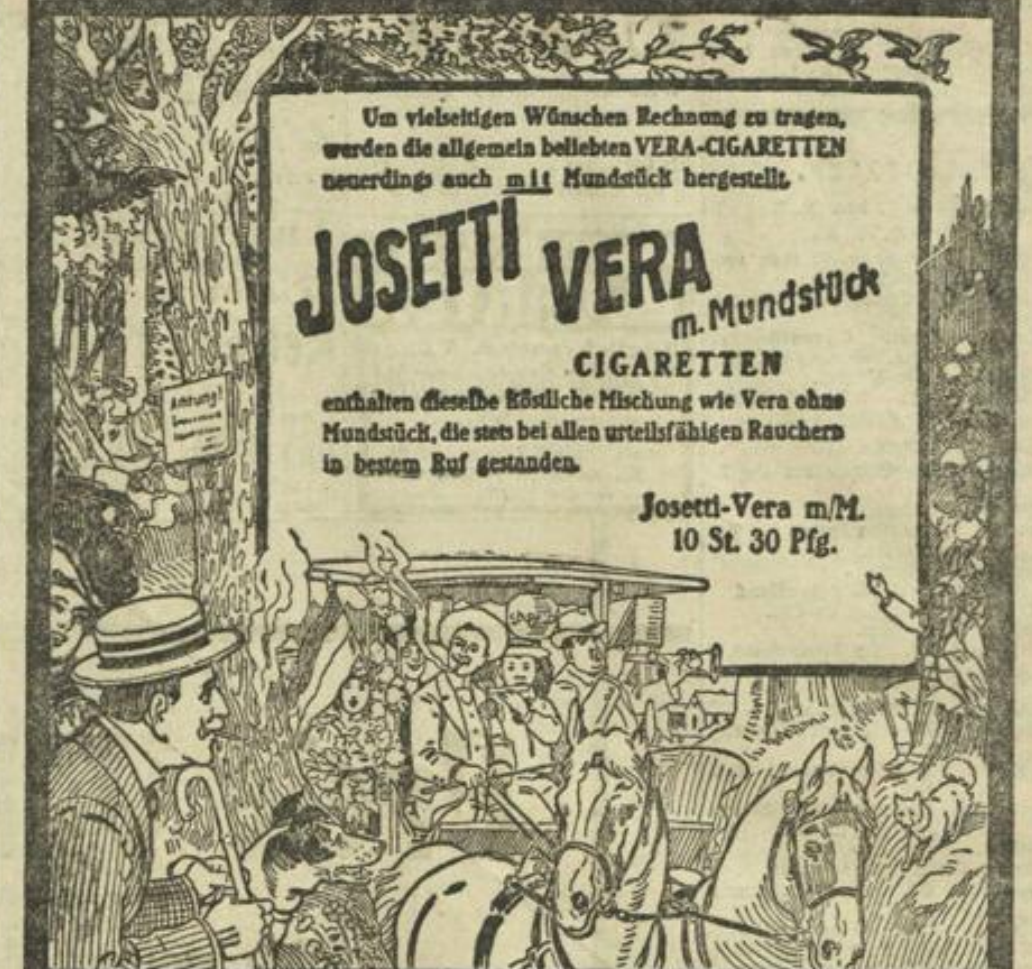
Haben Sie schon einen Phonographen
gratis bekommen?
Um unsere unübertroffenen Starkton-Platina-
Hartguss-Walzen überall bekannt zu machen,
haben wir uns entschlossen, 2000 H. Konzert-
Phonographen zu verschenken. Näheres durch
Prospekt grat. Postkarte genügt. Viele Dank-
schreiben. National-Phonograph-Kompagnie Dresden 16/441.

Um vielseitigen Wünschen Rechnung zu tragen,
werden die allgemein beliebten **VERA-CIGARETTEN**
neuerdings auch mit Mundstück hergestellt.

JOSETTI VERA
m. Mundstück
CIGARETTEN

enthalten dieselbe köstliche Mischung wie Vera ohne
Mundstück, die stets bei allen urteilsfähigen Rauchern
in bestem Ruf gestanden.

Josetti-Vera m/M.
10 St. 30 Pfg.



Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute, Donnerstag, abends 8^{1/2} Uhr, bei Freyer,
Koppenstraße 29:
Vertrauensmänner-Versammlung
für sämtliche Bezirke und Branchen.
Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zur Arbeitsvermittlung. 2. Der Verbandstag des Arbeitgeber-Sängerbundes
für das deutsche Holzgewerbe. Referent: Kollege Th. Glocke. 3. Verbandangelegenheiten.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Berlin.
Drechsler! Treppengeländer! Luxusbranche!
Sonnabend, den 22. August 1908:
Gr. Sommerfest
in Anton Voekers Festsaal, Weberstr. 17,
bestehend in 89/7
Konzert sowie Auftreten der berühmten Original-Grotesk-
Duettisten und Ergänzungs-Gebrüder Geralf.
Verlosung und Tanz. — Anfang des Konzerts 8 Uhr.
Eintritt: Damen 30 Pf., Herren 50 Pf. = = = Tanz frei.
Um gültigen Zutritt ersucht Das Komitee.

Bekanntmachung.
Ortskrankenkasse des Maurergewerbes.
3. Abänderung zu dem Statut vom 24. 11. 03.
Artikel I.
Beschluss der außerordentlichen General-Versammlung
der Kassemitglieder und der Arbeitgeber vom 9. Juli 1908.
Der § 30 des Kassensatzes erhält folgende Fassung:
Die wöchentlichen Beiträge werden hiermit auf 4^{1/2} Proz. des durch-
schnittlichen Tagelohnes, und zwar:
in Klasse 1 (Maurer) von 84 auf 96 Pf.,
• 2 (Arbeiter) 72 81
• 3 (Zehrlinge und Arbeiter unter 16 Jahren) von 36 auf 42 Pf.,
• 4 (weibliche Mitglieder) von 36 auf 42 Pf.,
• 5 (weibliche Mitglieder unter 16 Jahren) von 24 auf 27 Pf.
festgesetzt.
Artikel II.
Die vorstehende Abänderung tritt nach erfolgter Genehmigung mit
dem Montage nach erfolgter Bekanntmachung in Kraft.
Berlin, den 13. Juli 1908.
Der Vorstand
der Ortskrankenkasse des Maurergewerbes
zu Berlin.
A. Daehne E. Simanowski
Voritzender Schriftführer.
Genehmigt durch Beschluss vom 28. Juli 1908.
(L. S.) Der Bezirksausschuss zu Berlin, Abt. II.
II C. 81. 08 Kayser.
10905
Die vorstehende Bekanntmachung tritt mit dem 24. August 1908 in Kraft.
Druckeremplare vorstehender Abänderung liegen zur Entnahme im Kassens-
lokal, Sophienstr. 6, aus.
Der Vorstand.

Achtung, Vereine!
für Sommer- und
Kinderfeste empfohlen:
Stocklaternen, Fackeln, Schärpen,
Kopfbedeckungen, Illuminat.-Laternen,
Decorationsgirlanden, Verlosungsartikel, Karten, Seisen,
Reglerpreise, Jug.- u. Scherzartikel, Feuerwerk, Festabend.
Große Auswahl, billige Preise, kalante Bedienung
Pohl & Weber Nachf., Berlin.
Am Spittelmarkt 4/5 I Alexanderstr. 51/52
Ans.: Otto Osser. Ans.: Ernst Herbst.
Kataloge gratis und franko sowie Versand nach außerhalb.

Gemeinsame
Orts-Krankenkasse
für
Köpenick u. Umgegend.
Zu einer
Donnerstag, den 27. August er.,
abends 7 Uhr,
im Restaurant Franz Köhne zu
Adlershof, am Bahnhof,
stattfindenden 276/2
Außerordentlichen
General-Versammlung
laden wir hiermit die Vertreter der
Arbeitnehmer und der Arbeitgeber ein.
Tages-Ordnung:
Beschlusfassung über die durch Aus-
scheidn der Orte Köpenick und
Müggelseheim notwendigen Ände-
rungen folgender Paragraphen des
Statuts: § 1, § 2, § 12, § 20, § 29
Nachtrag V, § 30 Nachtrag V, § 31
Nachtrag V. Es ist für Köpenick
Adlershof zu setzen, bezgl. Stadt
Köpenick und „Müggelseheim“ zu
streichen.
Adlershof, den 18. August 1908.
Der Vorstand.
A. Hansen, Vorsitzender.

Allgemeine
Orts-Krankenkasse
zu Berlin.
Gemäß der Vorschrift des § 67 des
Statuts geben wir hiermit bekannt,
daß die in der Generalversammlung
vom 27. April 1908 beschlossene dritte
Abänderung zum Statut die behör-
dliche Genehmigung erhalten hat.
Artikel I.
§ 41
wird gestrichen, derselbe erhält fol-
gende Fassung:
Die Mitglieder des Vorstandes ver-
walten ihr Amt als Ehrenamt, er-
halten jedoch für die Teilnahme an
den Vorstand-, Kommissions- und
den im Interesse der Kasse mit
Kerzen, Apothekern und sonstigen
Lieferanten abzuhaltenden Sitzungen
sowie auch für Kassentourneen 2 M.
pro Person und Sitzung.
Der Vorsitzende erhält außerdem
für den ihm durch Wahrnehmung der
übrigen Vorstandsgeschäfte erwachsen-
den Zeitverlust und entgehenden
Arbeitsdienst eine Pauschalver-
gütung von 40 M. monatlich. Den
übrigen Vorstandsmitgliedern wird
der ihnen durch Wahrnehmung der
Vorstandsgeschäfte entgehende Arbeits-
verdienst sowie die notwendigen deren
Auslagen ersetzt, wenn es sich um
eine während der üblichen Arbeitszeit
stattfindende Tätigkeit handelt.
Die zu den Sitzungen und Kassent-
ourneen hinzuzuziehenden Kassent-
beamten erhalten die gleiche Ent-
schädigung wie die Vorstandsmit-
glieder, wenn es sich um eine außer-
halb der gewöhnlichen Dienststunden
liegende Tätigkeit handelt; anderen-
falls werden ihnen nur die eventuell
erwachsenden baren Auslagen ersetzt.
Artikel II.
Diese Abänderung tritt mit dem
Tage der Bekanntmachung in Kraft.
Berlin, den 20. August 1908.
276/1 Der Vorstand.
Wilhelm Plohl, Vorsitzender.